Free21
Credible news mounted on paper

Magazin
Nr. 6, 5. Jg., Dezember/2018
Im Netz: www.free21.org

Streit-Thema **Migration**

Seit 2015 erhitzen sich die Gemüter beim Thema Einwanderung und Flüchtlinge. Dass zu den Ursachen der Migration, neben Krieg und Armut, auch handfeste wirtschaftliche Interessen der Zielländer gehören, kommt in der Debatte, in der Kritiker oft pauschal als „rechts“ bezeichnet werden, zu kurz. Fakten statt Mythen sind auch bei der Berichterstattung über den Einfluss der Zuwanderung auf Löhne und Kriminalität von Nöten.

SEITE 4–25

Propaganda-Fabrik des Pentagon

27.000 Menschen arbeiteten schon 2009 im Auftrag des Pentagons daran, die öffentliche Meinung im Sinne der USA zu manipulieren. Und das ist keine Verschwörungstheorie von **Thomas Röper.** ▶ SEITE 36

Superwanze „Alexa“ schneidet mit

„Während die Stasi noch in Wohnungen einbrechen musste, um ein paar Wanzen zu installieren, bezahlen wir heute an die 100 Euro und lassen uns freiwillig ausspähen“, sagt **Johannes Bröckers** im Interview. ▶ SEITE 39

Atlantic Council bläst zur Zensur

Nicht staatstragende, unbequeme Meinungen und Informationen sind zu zensieren, am besten auf indirektem, unauffälligem Wege. Wie auf Befehl machen sich unsere Bundeskanzlerin und die EU an die Arbeit. ▶ SEITE 42

Unterstütze **Free21:** drucken – lesen – teilen – spenden: **www.free21.org**

Free21
Credible news mounted on paper
DAS Magazin
Nr. 6, 5. Jg., Dezember/2018

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.,
c/o Marika Matthaei, 10369 Berlin,
Karl-Lade-Str. 36a,
E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Redaktion: Holger Bartholz

ViSdPR: Holger Bartholz,
c/o Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a,
Telefon: +49 176 57 91 28 83
E-Mail: redaktion@free21.org

Lizenz:
Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Bildrechte der Coverbilder auf Seite 1 dieses Magazins:

Bild Nr. 1: Shutterstock
Bild Nr. 2: DoD, Navy Petty Officer 1st Class Tim D. Godbee
Bild Nr. 3: zensursula, CC BY-SA 2.0
Bild Nr. 4: Pixabay, CCo

TITEL

4 **Die neoliberale Pakt**

Der Migrationspakt der Vereinten Nationen wird wenig verbessern und vieles verschlechtern, vor allem aber eines: die migrationsauslösende Ungleichheit weiter verstärken. *Von Hannes Hofbauer*

7

„Kriege stoppen! Das wäre das oberste Gebot."

Medien berichten viel über Migration, aber die Auswirkungen der Migration auf die Herkunftsländer übersehen sie oft. Das sagt der Wiener Verleger Hannes Hofbauer im Interview *mit Marcus Klöckner.*

GESELLSCHAFT

9 **Alternative Medien vorgestellt**

#2: Das Blog „Neulandrebellen".

10 **Erst will die Regierung den Migrationspakt annehmen und**

gleich darauf ein Einwanderungsgesetz, das ihm widerspricht. *von Norbert Häring.*

13 **Keine negativen Lohneffekte durch Zuwanderung?**

Jens Berger von den Nachdenkseiten.de hat sich der Sache angenommen

22 **Wie rechts ist der Osten wirklich?**

Rassismus und rechte Gesinnung nur im Osten? *Von Katrin McClean*

39 **„Alexa eine Superwanze, die gerne ganze Gespräche mitschneidet,**

die wir zu Hause führen.", sagt Johannes Bröckers im Interview *mit Marcus Klöckner.*

HINTERGRUND

17 **Wie kriminell sind die Flüchtlinge wirklich?**

Pauschalisierende Meinungen sowie teils ungenaue und interpretationsbedürftige Zahlen prägen die Debatte. *Von Holger Bartholz*

42 **Der Atlantic Council bläst zu Zensur**

und Bestrafung abweichender Meinungen. Nicht staatstragende, unbequeme Meinungen und Informationen sind zu zensieren, am besten auf indirektem, unauffälligem Wege. *Von Norbert Häring*

GEOPOLITIK

26 **Die Folgen einer Provokation**

Im September 2018 schoss die syrische Luftabwehr versehentlich ein russisches Aufklärungsflugzeug vom Typ IL-20 ab. Der Tod von 15 russischen Soldaten hat weitreichende Konsequenzen. *Von Peter Frey*

30 **Der kalte Krieg um Eurasien – von Moskau aus betrachtet**

Geopolitische Analyse aus russischer Sicht, die sehr genau auf die Ursachen der akuten Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen den USA und Russland sowie der allgegenwärtigen Dämonisierung Russlands eingeht, anhand einer Buchrezension *von einem Gastautor auf norberthaering.de*

34 **RENWO – die Plattform für mehr Transparenz**

Von Produkten, Politikern und dem, was wer zu bieten hat ... *von Andrea Drescher*

36 **Die Propagandafabrik**

27.000 Menschen arbeiteten schon 2009 im Auftrag des Pentagons daran, die öffentliche Meinung im Sinne der USA zu manipulieren. *Von Thomas Röper*

REZENSION

45 **Auf dem Weg in die Kleptokratie**

Als Kleptokratie bezeichnet man eine Staatsform in der die Plünderer, die Diebe über die Gesellschaft herrschen. Laut dem Börsenmakler und Autoren Dirk Müller sind wir inzwischen schon ein gutes Stück auf dem Weg dahin vorangekommen. *Von Paul Schreyer.*

48 **Den Frieden leben**

In ihrem Buch „Wir sind Frieden" stellt die Friedensaktivistin Andrea Drescher Menschen und Konzepte vor, die uns zeigen: Jeder kann sich für eine friedlichere Gesellschaft einsetzen. *Von Katrin McClean*

Neuigkeiten zum Jahresende ...

Liebe Leserinnen und Leser,

seit der letzten Ausgabe hat sich Free21 einen Schritt weiter entwickelt. Wir freuen uns sehr, dass wir die Artikel in dieser Ausgabe in einem neuen lesefreundlicheren Layout präsentieren können.

Was hat sich verändert? Die Grundschrift ist nun etwas größer und die Ränder etwas breiter, was in der Summe zu einer besseren Lesbarkeit führt. Außerdem gibt es nur noch drei Spalten, statt wie bisher vier und mehr Weißraum sorgt für Übersichtlichkeit. Die Quellen sind nun in kleinerer Schrift als der Grundtext und können so besser platziert werden.

Wir hoffen, dass das Free21-Magazin durch diese Veränderungen auf Sie, liebe Leserinnen und Leser, seriöser und ansprechender wirkt und Sie als aktive Verbreiter und Verteiler des Magazins hoffentlich noch positivere Resonanz erhalten. Aber sehen Sie selbst!

Ob Lob oder Kritik – wir sind sehr gespannt, wie es Ihnen gefällt und freuen uns über Ihr Feedback an info@free21.org.

Redaktionell wollen wir immer dort, wo es sich anbietet, einen inhaltlichen Schwerpunkt setzen und uns einem wichtigen Thema ausführlicher widmen, um Ihnen eine umfassendere Sicht aus mehreren Blickwinkeln zu ermöglichen.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe ist gleichzeitig auch ein sehr strittiger Punkt: Migration. Wohl kein anderes Thema hat in den letzten Jahren die Menschen in unserem Land so gespalten, wie die massive Zuwanderung seit 2015.

In den letzten Wochen kam als weitere Facette dieses Themas das UN-Migrationsabkommen hinzu, das für neue Kontroversen gesorgt hat. Fast wäre darüber im Vorfeld nicht berichtet worden, wenn es nicht anfangs einige wenige alternative Medien gegeben hätte, die sich der Problematik annahmen. Besonders positiv hervorzuheben ist hier der Journalist Norbert Häring, der schon ab Juli über die Hintergründe berichtet hat.

Es gibt noch viel mehr Beispiele für das Versagen der Medien und so verwundert es nicht, dass laufend mehr Menschen feststellen, dass Berichterstattung und Wirklichkeit immer öfter voneinander abweichen und dass nicht tiefgründig genug, teilweise gar nicht oder zu einseitig berichtet wird.

Die Debatte über Migration und ganz besonders über Flüchtlinge, ist leider mehr eine ideologische als eine sachlich-konstruktive Diskussion. Dabei werden gerne Narrative statt faktenbasierte Informationen verbreitet und das von beiden Seiten des politischen Spektrums. Die Vielfalt der Ursachen wird oft verkürzt dargestellt, Probleme mit Flüchtlingen werden verharmlost oder übertrieben und Kritiker werden allzu schnell in eine bestimmte Schublade gesteckt.

Die vorliegende Ausgabe nähert sich dem Thema kritisch, aber sachlich. Es wird auf die Gründe, Ursachen und Folgen der Migration eingegangen und es kommen Stimmen zu Wort, die wichtige Aspekte aufzeigen, die in den Mainstreammedien zu wenig Beachtung finden.

Am Wichtigsten aber war uns dabei, dass vor allem die Fakten nicht zu kurz kommen, weil man sich nur bei Kenntnis dieser eine echte eigene Meinung bilden kann.

Free21 wünscht Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre und hoffentlich besinnliche, friedvolle Weihnachtstage.

Holger Bartholz

Fördermitglied für Free21 werden:

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. **Der Fördermitgliedsbeitrag beträgt 5,– Euro pro Monat.** Eine jährliche Spendenbescheinigung gibt es natürlich auch.

Ja, ich möchte jetzt Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein und schicken das Formular per Briefpost an:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B. St.Nr. 27/680/76987

Kontoinhaber
Vorname, Name:

Str., Nr.:

PLZ, Ort, Land:

E-Mail-Adresse:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE84ZZZ00001969982
Mandatsreferenz-Nr.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften **in Höhe von monatlich 5,– Euro** einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

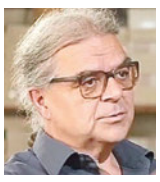
(Bild: Unbekannt, wikimedia, CC0)

Der **neoliberale** Pakt

Der Migrationspakt der Vereinten Nationen wird wenig verbessern und vieles verschlechtern, vor allem aber eines: die migrationsauslösende Ungleichheit weiter verstärken.

von Hannes Hofbauer

Autor: Hannes Hofbauer



Jahrgang 1955, studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien. Er arbeitet als Publizist und Verleger. Im Promedia-Verlag sind von ihm unter anderem erschienen „EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen“, „Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter“ und „Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung“.

Ausgerechnet in der Nähe des afrikanisch-europäischen Nadelöhrs treffen sich am 10. Dezember 2018 VertreterInnen der UNO-Staatenwelt zum Migrationshype. An der afrikanisch-europäischen Schwelle lebt das alte koloniale Erbe noch, dessen territoriale Reste sich bis in unsere Tage erhalten haben, und zwar in zweifacher Hinsicht.

Da sind einmal die spanischen Exklaven Melilla und Ceuta, die mit hohen Maschendrahtzäunen umgeben sind, an deren scharfen Metallzähnen sich das anbrandende Elend des schwarzen Kontinents blutig schlägt. Vis-à-vis davon, an der südlichsten Spitze der iberischen Halbinsel, erinnert das Vereinigte Königreich an seine hegemoniale Vergangenheit und behauptet allem Gerede von einer „gemeinsamen europäischen Kultur“ zum Trotz den Felsen Gibraltar als eigenes Hoheitsgebiet.

Bei den Feierlichkeiten zur Beschlussfassung des „Globalen Paktes für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“, vulgo: Migrationspakt, wird vom Kolonialismus und seinen bis heute reichenden Folgen nicht die Rede sein und insbesondere auch nicht darüber, welche Grundlagen für Krisen, Kriege und Vertreibungen auf dem afrikanischen Kontinent seine Proponenten gelegt haben.

Der UN-Migrationspakt soll, so behaupten seine Befürworter, ein besseres Zeitalter einläuten. Weil er historische Wurzeln und sozio-ökonomische Ursachen der weltweiten Schieflage ignoriert, wird er das Gegenteil erreichen ... und die migrationsauslösende Ungleichheit legitimieren.

Schon das dem Text des UN-Paktes grundgelegte Verständnis von Migration macht die Stoßrichtung der Initiative deutlich. Im ersten Absatz der „Leitlinien“ heißt es unter Punkt 8:

„Wir erkennen an, dass Migration eine Quelle des Wohlstandes, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung in unserer globalisierten Welt ist.“

„Für wen?“, müsste sich ein unbedarfter Leser spontan fragen. Eine Antwort darauf erhält er freilich nicht. Stattdessen geht es in verschwurbelter Sprache weiter:

Publiziert auf Free21 am 1.12.2018, 6:00 Uhr, geändert 1.12.18, 22:00 Uhr

> Ziel des globalen Paktes ist es, das Potential der Migration für die Erreichung aller Ziele für nachhaltige Entwicklung zu nutzen sowie die Wirkung zu erhöhen, die die Erreichung der Ziele in der Zukunft für Migration haben wird."

Auf insgesamt 34 Seiten wird die Beweisführung versucht, dass Migration für die dem Pakt beitretenden Staaten zu „einer Win-Win-Zusammenarbeit", unter Punkt 14, führen wird. Dort, wo kaum hörbar und noch schwerer lesbar angedeutet wird, dass am Weg dahin vielleicht doch Hindernisse auftauchen könnten, werden die verwendeten Begriffe fein abgewogen. Es ist dann nicht von „Vorteilen und Nachteilen der Migration" die Schreibe, sondern von „Vorteilen und Herausforderungen". Ein negativ konnotiertes Wort kommt im Text nicht vor.

Und die Wirklichkeit? Wem nützen und wem schaden massenhafte Wanderungen, seien sie nun durch Kriege und Vertreibungen oder durch die wirtschaftliche Not ausgelöst? Solche Fragen kann nur jemand tabuisieren, der in der Migration tatsächlich „eine Quelle des Wohlstandes, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung" sieht, jemand also, der die Ursachen ausklammert und mit einem Tunnelblick durch die Welt geht, getrieben entweder vom eigenen wirtschaftlichen Vorteil oder dem schlechten Gewissen den Armen im „globalen Süden" gegenüber. Beides führt zur verzerrten Wahrnehmung.

Massenmigration ist der sichtbare Ausdruck weltweiter Ungleichheit. Wer diese Erkenntnis teilt, kann am UN-Migrationspakt nichts Gutes finden, denn dieser Zustand muss überwunden und nicht verwaltet werden.

Das durchschnittliche Prokopf-Einkommen im Kongo liegt 93 Mal unter jenem in den USA. 93 Mal. Und im gemeinsamen EU-europäischen Binnenmarkt beträgt die Differenz im Durchschnittslohn zwischen Deutschland und Bulgarien 8:1. Diese Zahlen erklären die Triebkräfte, die Menschen dazu bringen, in Scharen ihre Heimat zu verlassen und sich über das Mittelmeer oder den Balkan in den europäischen Zentralraum aufzumachen. Die Ursachen der Migration sind menschengemacht.

Afrikanische Bauern auf einem lokalen Markt sind kaum Konkurrenz für EU-Landwirtschaftsexporte. Diese zerstören die lokale Wirtschaft und verursachen Migration. (Foto: Pixabay, CCo)

Freihandelsabkommen zwischen Brüssel und über 30 afrikanischen und karibischen Staaten verdrängen zig Millionen Bauern und Kleingewerbetreibende aus lokalen Märkten, der Millionen Hektar umfassende Landkauf durch britische, saudische, chinesische und andere Investoren tut ein Übriges. Es sind die Söhne dieser im Konkurrenzkampf mit den global agierenden Konzernen Unterlegenen, die fern ihrer Heimat ein Überleben suchen (müssen).

Diese sogenannten „Ökonomischen Partnerschaftsabkommen" schaffen Migration. Dazu kommt der Krieg des Westens gegen die muslimische Welt, der seit über einem Vierteljahrhundert Hunderttauende getötet und Millionen vertrieben hat. Westliche Allianzen lösen Flucht- und Migrationswellen im Nahen und Mittleren Osten, in Afghanistan, Nordafrika und Mali aus.

Migration wird gemacht. Sie hat viele Gesichter und nur die wenigsten spiegeln Glück und Zufriedenheit. Gewinner und Verlierer können relativ leicht identifiziert werden. Zu den Gewinnern zählen Unternehmen, die eine ständige Zufuhr billiger und – ihrer Not gehorchend – williger Arbeitskräfte nützen können, um die Produktionskosten im weltweiten Wettbewerb niedrig halten zu können.

Ihre Sprachrohre in Deutschland fordern demnach logischerweise, mehr MigrantInnen ins Land zu lassen, wie beispielsweise eine Studie der Bertelsmann-Stiftung vom Mai 2015. Wenige Monate vor der großen muslimischen Einwanderung veröffentlichte die Stiftung Recherchen, aus denen sie eine „Triple-Win"-Situation ableitete; alle würden, so der Tenor, von Migration profitieren: die Herkunftsländer, die Zielländer und die Migranten (1).

Auch der Präsident des „Bundesverbands der deutschen Industrie", Ulrich Grillo, stieß wenige Tage vor Angela Merkels Willkommensgruß ins selbe Horn und garnierte sein Argument noch mit „christlicher Nächstenliebe" (2).

Zu den Verlierern gehören neben dem Großteil der MigrantInnen selbst und jenen immer mehr werdenden Einheimischen in den westeuropäischen Zentralräumen, die von der Konkurrenz am Arbeits- und Wohnungsmarkt betroffen sind, vor allem die Volkswirtschaften, die für die Ausbildung der Auswandernden gezahlt haben.

Zwischen 2011 und 2017 verließen 7000 Ärzte Rumänien in Richtung Kern-EU, Serbien meldete ähnliche Zahlen. Ein ausgebildeter Mediziner verdient in Rumänien 400.-, in Deutschland 4000.- Euro. Diese Differenz überzeugt den jungen Arzt aus Osteuropa. 38 Prozent des medizinischen Personals in Großbritannien – das sind 50.000 Ärzte und 95.000 Krankenschwestern – erhielten ihre Ausbildung in peripheren, strukturschwachen Ländern;

in Deutschland sind es 10 Prozent. Wenn man dieser Zahl die Ausbildungskosten von 200.000 bis 300.000 Euro pro Arzt zugrunde legt, dann kann man sich leicht ausrechnen, wer von der Migration profitiert und wer verliert.

Deutschland, genauer gesagt die deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), hat übrigens aus dieser regionalen und sozialen Differenz ein Geschäftsmodell entwickelt. Sie schloss mit den Behörden in Bosnien-Herzegowina einen Vertrag, der es deutschen Gesundheitsunternehmen erlaubt, in Bosnien Ausbildungskurse anzubieten – freilich nicht für die lokalen Spitäler, sondern für Krankenanstalten und Seniorenheime zwischen Kiel und München. Das örtliche Goethe-Institut koordiniert die Sprachkurse.

„Das ist gut für alle", meint die Direktorin einer dieser Sprachschulen und fügt mit sarkastischem Unterton hinzu: „vor allem für die deutschen Unternehmen, für die es viel teurer wäre, wenn sie ihre Angestellten in Deutschland ausbilden müssten" (3). So stellt sich auch der UN-Pakt eine „sichere, geordnete und reguläre Migration" vor.

Im Jahr 2016 kam dann unter der Schirmherrschaft des IWF (4) eine Studie heraus, die auf den ersten Blick verwundert. Dort heißt es, dass die Massenabwanderung aus Osteuropa, die zwischen Mitte der 1990er Jahre und 2015 20 Millionen Menschen erfasst hat, die einzelne Länder im Schnitt 7 Prozent ihres Wachstumspotentials gekostet hätte.

Der IWF-Kenner glaubt, sich verlesen zu haben und blättert zurück. Tatsächlich: die Migration aus dem Osten des europäischen Kontinents hat die neuen EU-Mitgliedsstaaten innerhalb von fast zwei Jahrzehnten 7 Prozent Wachstum gekostet. Mit der Welt des IWF im Reinen ist sein Kritiker erst wieder, wenn er weiterblättert und die Empfehlungen der internationalen Finanzorganisation registriert, wie Bulgarien, Rumänien, Polen oder die Slowakei auf diesen Aderlass reagieren sollen.

Der IWF fordert nämlich Sofia, Bukarest, Warschau und Bratislava dazu auf, ihrerseits Bedingungen zu schaffen, um billige Arbeitskräfte aus der Ukraine, Weißrussland und Albanien ins Land zu holen. Die Migrationsspirale soll sich weiterdrehen. Und sie tut es mittlerweile auch.

Die Slowakei hat im Mai 2018 ihr Einwanderungsgesetz liberalisiert, um den durch Massenabwanderung virulent gewordenen Facharbeitermangel zu beheben; schon arbeiten tausende Ukrainer in der slowakischen Automobilindustrie, die freilich deutschen, französischen und koreanischen Eigentümern gehört. Und in Polen halten fast 2 Millionen Ukrainer ganze Wirtschaftszweige am Laufen. Die in deutschen Breiten kolportierte Erzählung, dass Warschau keine Migranten aufnehmen würde, ist schlicht falsch. Die polnische Regierung betreibt ihre eigene Einwanderungspolitik.

Der UN-Migrationspakt steht all diesen Entwicklungen vorbehaltlos positiv, ja affirmativ gegenüber. Migration ist gut. Punktum. Dort, wo ansatzweise von „nachteiligen Triebkräften und strukturellen Faktoren" die Rede ist, beispielsweise unter Punkt 16.2, „die Menschen dazu bewegen, ihre Herkunftsländer zu verlassen" wird tunlichst vermieden, diese beim Namen zu benennen.

Das Wort „Krieg" kommt auf 34 Seiten kein einziges Mal vor. Forderung nach notwendigem sozialem Ausgleich? Fehlanzeige. Forderung nach wünschenswerter regionaler Angleichung? Fehlanzeige. Push- und Pull-Faktoren von Massenwanderungen werden nicht benannt. Ohne allerdings die Ursachen zu benennen, die Menschen dazu zwingt, sich in die Fremde aufzumachen, friert man den Ist-Zustand ein, schlimmer noch: man legitimiert ihn.

Damit erklärt sich auch, warum der UN-Migrationspakt bei weltoffen agierenden Kapitalfraktionen, ihrem liberalen politischen und medialen Umfeld so beliebt ist und von diesen so vehement verteidigt wird. Die gängige postulierte Weltoffenheit übersetzt sich im liberalen Diskurs als Durchsetzung der vier kapitalistischen Freiheiten: dem ungehinderten Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskraft.

Ökonomische Konvergenz bei gleichzeitiger sozialer Divergenz bildet das Grundmuster unseres Wirtschaftssystems sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch zunehmend weltweit. Der Mensch bleibt dabei auf der Strecke. Er wird zum Produktionsfaktor, der eben billiger in Bulgarien erzeugt und ausgebildet und profitabler in Deutschland verwertet werden kann.

Diesem System Einhalt zu gebieten, hat sich die politische Linke dereinst auf die Fahnen geschrieben. In der Frage der Migration ist sie – wie in vielen anderen Fragen auch – allerdings schwer vom Kurs abgekommen. Sie verwechselt das oft beklagenswerte Schicksal des Migranten mit der Funktion der Migration und hat daher begonnen, Migration positiv zu finden, obwohl sie Ungleichheit zum Ausdruck bringt. Verpackt in ein UN-Dokument kämpfen nun weite Teile von ihr um den Erhalt dieser weltweiten Schieflage, was einem politischen Offenbarungseid gleichkommt.

Am Ende spricht der UN-Migrationspakt Klartext. Dort, wo es um die „Implementierung" geht, also ums Geld, wird er ehrlich. Weil nicht erwartet werden kann, dass die UNO seine Umsetzung finanziert, taucht die Idee auf, dass es die Profiteure der „sicheren, geordneten und regulären Migration" tun sollen. Das Finanzorgan des Migrationspaktes soll für „relevante Stakeholder, den privaten Sektor und Stiftungen von Philantropen", so Punkt 43, offen sein. George Soros und Konsorten dürfen also ran an die Migrationsfrage, gedeckt von oberster Stelle, den Vereinten Nationen.

Quellen und Anmerkungen:

(1) *<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/mai/wie-migration-zu-einem-dreifachen-gewinn-wird/>*

(2) *<www.presseportal.de/pm/55903/3094788>*

(3) **Jean-Arnault Dérens/Laurent Geslin,** Kein Bleiben in Banja Luka. Aus: Le Monde diplomatique vom Juni 2018, S. 8f.

(4) **Nadeem Ilahi/Anna Ilyina/Daria Zakharova, Emigration Slows Eastern Europe's Catch Up With the West, 20. Juli 2016** *<https://blogs.imf.org/2016/07/20/emigration-slows-eastern-europes-catch-up-with-the-west/>*

Dieser Text wurde zuerst am 21.11.2018 auf Rubikon unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/der-neokoloniale-pakt› veröffentlicht. Lizenz: Hannes Hofbauer, Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=30825›

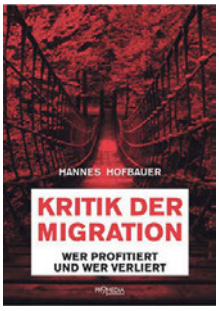
Publiziert auf Free21 am 1.12.2018, 6:00 Uhr, geändert 1.12.18, 22:00 Uhr

Foto: Screenshot aus einem Interview mit Hannes Hofbauer auf KenFM.de https://youtu.be/o4giRL_LLHU

H. Hofbauer: „Kriege stoppen! Das wäre das oberste Gebot.“

Medien berichten viel über Migration, aber die Auswirkungen der Migration auf die Herkunftsländer übersehen sie oft. Das sagt der Wiener Verleger Hannes Hofbauer im Interview mit den NachDenkSeiten. Hofbauer, der sich seit Jahren mit dem Thema Migration beschäftigt, betont im Interview, welche weitreichenden Auswirkungen die Abwanderung vieler Menschen aus ihrer Heimat für diese Herkunftsländer hat und warnt davor, die politischen Ursachen und Hintergründe von Migration auszublenden.

von Markus Klöckner



Buchcover „Kritik an der Migration“ von Hannes Hofbauer

Herr Hofbauer, warum bedarf es einer Kritik der Migration?

Migration ist Zeichen von Ungleichheit auf der Welt. Diese Ungleichheit wächst. Deshalb müssen wir uns kritisch, und nicht verschleiernd oder mit einer rosaroten Brille mit Migration und ihren tatsächlichen Ursachen auseinandersetzen. Regional, aber auch weltweit, ist zu beobachten, dass unterschiedliche Gegebenheiten, die in den jeweiligen Ländern vorherrschen, aufeinanderprallen. Sie führen zu schweren Verwerfungen. Die Herkunftsländer der Menschen, die ihre Heimat aufgrund der Hoffnung auf ein besseres Leben verlassen, werden regelrecht ausgesaugt, weil sie die jungen, flexiblen Arbeitskräfte an andere Länder verlieren. Und auch in den Zielländern, die in mancherlei Hinsicht von Migration profitieren oder profitieren können, nehmen die Probleme, die sich aus der Migration ergeben, zu.

Erfasst die Medienberichterstattung Migration ausreichend?

Zugespitzt lautet der vorherrschende Tenor in den Medien: Migration ist gut für die Gesellschaften, die Migranten in großer Zahl aufnehmen. Eine vorherrschende Sicht ist, dass notwendige Ar-

beiten, die schwer und schmutzig sind, von Einheimischen nicht gerne verrichtet werden. Also könne die reiche Gesellschaft dankbar sein, dass Migranten diese Arbeiten übernehmen. Die Frage ist jedoch: Warum werden die wenig attraktiven, schmutzigen Arbeiten so schlecht bezahlt? Dabei geht es letztlich um das Verhältnis von Arbeit und Kapital, auf unsere Frage heruntergebrochen: um die Lohnhöhe. Dass es auch anders geht, zeigt ein Beispiel aus Wien. Dort ist die Müllabfuhr in Gemeindehand. Als Müllmann tätig zu sein, hört sich vielleicht nicht besonders schön an, aber die Wiener Müllmänner werden sehr gut bezahlt und sind hochangesehene Leute. Ist also der politische Wille da, kann für dreckige Arbeiten ein guter Lohn bezahlt werden. Dann sind auch Einheimische bereit, sie zu verrichten. Wenn Migranten aber in solche Jobs gepresst werden, weil sie eher schlechte Bedingungen und schlechte Bezahlung in privatisierten Unternehmen wie zum Beispiel den Paketdiensten akzeptieren, dann stimmt etwas Grundlegendes nicht.

Medien konzentrieren sich also nicht genug auf die politischen Hintergründe der Migration?

Wenn in den großen Medien die Meinung vorherrscht, Migration sei eine Notwendigkeit für unsere Gesellschaft, dann wird sehr oft übersehen, was Migration für die Herkunftsländer bedeutet. Nehmen wir zum Beispiel das Gesundheitswesen. In einem Land wie Großbritannien kommen fast 40 Prozent der Ärzte und Krankenschwestern aus peripheren Regionen, wie zum Beispiel Serbien, Rumänien oder auch aus der Ukraine. In Deutschland sind es 10 Prozent. In den Ländern Osteuropas werden die angehenden Ärzte und Krankenschwestern ausgebildet. Diese Länder tragen also die Kosten, stellen die Ressourcen usw. zur Verfügung, damit die Ausbildung ermöglicht wird. Da die Ausgebildeten aber in Großbritannien das Zehnfache wie in Serbien verdienen, verlassen sie ihre Heimat. Dieser Aderlass ist für die Herkunftsländer dramatisch. Bulgarien hat in den vergangenen 25 Jahren 41% seiner aktiven Bevölkerung zwischen 25 und 40 Jahren verloren.

Rechte Medien sehen nun im Migranten den Hauptfeind, obwohl er das größte Opfer dieser ungleichen Entwicklung auf der Welt ist. Und die Linke verharrt in einer Art Schockstarre.

Sie haben das Verhalten der Politik angesprochen. Was hat die Politik des Westens mit Migration zu tun?

Schauen wir auf die Partnerschaftsabkommen, die die Europäische Union mit über 30 Ländern Afrikas und der Karibik abgeschlossen hat.

Partnerschaftsabkommen?

Das sind Freihandelsabkommen, die die Märkte für Produkte großer Konzerne der EU und überproduzierte europäische Landwirtschaftsprodukte öffnen. Formal soll das auch umgekehrt gehen.

Wo ist das Problem?

Die Produkte des sogenannten „globalen Südens", also zum Beispiel aus Afrika, sind für den europäischen Markt oft nicht attraktiv genug, nicht konkurrenzfähig. Was das bedeutet, liegt auf der Hand: Die Partnerschaftsabkommen sind letztlich eine Markterweiterungsstrategie der Europäischen Union. Das führt dazu, dass die lokalen Märkte der armen Länder durch den Import europäischer Waren einer Konkurrenz ausgesetzt sind, der sie nicht standhalten können. Die Auswirkungen sind schlimm. In Ländern wie Ghana leiden hunderttausende Bauern unter

Foto: Screenshot aus einem Interview mit Hannes Hofbauer auf KenFM.de https://youtu.be/o4giRL_LLHU

diesen Partnerschaftsabkommen, weil sie ihre eigenen Produkte – z.B. aus der Hühnerzucht – nicht mehr vor Ort verkaufen können, da diese im Vergleich zu den importierten Tiefkühlhühnern aus der EU zu teuer sind. Die örtlichen Bauern verlieren ihre Lebensgrundlage. Und damit sind wir wieder beim Thema Migration. Die Söhne und Töchter dieser Bauern können auf dem heimischen Agrarsektor nicht überleben, sie machen sich auf nach Europa – als Migranten.

Wie sieht es mit Kriegen aus, die von westlicher Seite ausgehen?

Krieg ist ein wesentlicher Faktor für Migration. Menschen wollen logischerweise nicht in Ländern leben, in denen ihnen Bomben auf den Kopf fallen. Sie flüchten aus ihrer Heimat. Wenn die USA seit 1991 den Irak mit Krieg überziehen, dann flüchten die Iraker. In Afghanistan, dem Jemen, Libyen und Mali spielt sich die gleiche Tragödie ab. Wer würde nicht genau so handeln?

Das Problem ist, dass diese Ursachen für Migration bei uns zwar bekannt sind, im Getöse um die Willkommenskultur allerdings oft untergehen. Man konzentriert sich aufs Helfen und vergisst die Kritik der Ursachen. Helfen ohne Kritik der Ursachen legitimiert diese sogar in gewisser Hinsicht.

Was müssten Politiker tun, um Ursachen für Migration zu beseitigen?

Kriege stoppen! Das wäre das oberste Gebot. Kriege, an denen die USA und andere NATO-Staaten beteiligt sind, dürfen nicht fortgeführt werden. Die NATO führt seit 25 Jahren Krieg gegen muslimische Länder. Die in meinem Buch „Kritik der Migration" so genannte „Große Wanderung der Muslime" im Jahr 2015 ist die Antwort darauf.

Außerdem müssen die Partnerschaftsabkommen kritisch diskutiert und Schritt für Schritt zurückgenommen werden. Aber die Politik geht in eine ganz andere Richtung. In Ruanda blockiert der Präsident die Altkleiderimporte aus Europa und den USA. Diese Altkleider sorgen für eine Zerstörung des heimischen Textilmarktes. Bürger hierzulande kommen sich zwar gut dabei vor, wenn sie Kleider spenden, aber wenn diese Kleider in ein Land wie Ruanda gelangen, entsteht Schaden, kein Nutzen.

Also: regionale Schutzmaßnahmen müssen von Ländern der Peripherie ergriffen werden können, ohne dass unsere Politik aufschreit und den „freien Welthandel" gefährdet sieht. Genau der ist Ursache sozialer Verwerfungen im Süden und Osten, die nun über die Migration auch uns betreffen. Außerdem: Wir dürfen nicht

Publiziert auf Free21 am 3.12.2018, 6:00 Uhr

den Fehler machen, davon auszugehen, Ungleichheiten existierten nur zwischen der EU und Afrika. Auch innerhalb der EU gibt es seit Jahrzehnten massive Ungleichheiten. Wenn wir uns damit auseinandersetzen, kommen wir zu einer traurigen Erkenntnis. Es ist nämlich nicht so, dass die EU gegen diese Ungleichheit vorgeht. Nein, die Verantwortlichen unternehmen nichts, weil die EU auf dieser Ungleichheit basiert.

Wie meinen Sie das?

Die EU basiert auf der Gleichzeitigkeit von ökonomischer Konvergenz (damit ist gemeint, dass die wirtschaftlichen Spielregeln in allen EU-Länder gleich sind) und sozialer Divergenz (damit ist gemeint, dass das Soziale, also Arbeitsrechte, Löhne usw. nicht gleich sind).

Bei einer Lohndifferenz von 1 zu 8, wie es zwischen Deutschland und Bulgarien der Fall ist, ist es doch nur verständlich, dass die jungen Bulgaren ihre Heimat verlassen und nach Deutschland oder Schweden gehen.

Damit können wir auch an das anknüpfen, was ich eben schon zu Großbritannien gesagt habe. Ein enormer Druck auf die Löhne entsteht. Einheimische Arbeitskräfte stehen Menschen gegenüber, die bereit sind, für viel weniger Geld zu arbeiten. Die Auswirkungen sind weitreichend und haben im Fall von England auch die Abstimmung zum Brexit beeinflusst.

Aber selbst in Deutschland sehen wir das Problem. Das Lohnniveau zwischen West und Ost ist noch immer unterschiedlich. Da verwundert es nicht, dass in den letzten 25 Jahren 16 Prozent der Ostdeutschen nach Westdeutschland gezogen sind. Für die armen Regionen bedeutet diese Entwicklung, dass sie noch weiter verarmen. Wir haben es nicht nur mit politischen Fehlentscheidungen zu tun. Die Herrschaft des Kapitals beeinflusst maßgeblich die Politik, über die wir hier sprechen.

Dieser Text wurde zuerst am 1.11.2018 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=46839› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

‹http://www.free21.org/?p=30856›

Alternative Medien vorgestellt – #2:

www.neulandrebellen.de

Seitenname:
neulandrebellen

Seiten-Typ: Blog

Betreiber: Jörg Wellbrock, Roberto J. De Lapuente

Themenschwerpunkte:
Politik und Innenpolitik, Medien, Meinungs- und Pressefreiheit

Auf die Neulandrebellen bin ich – leider – erst vor Kurzem gestoßen. Denn es macht nicht nur Spaß, sie zu verfolgen und den regelmäßigen Podcasts zuzuhören, sondern es ist auch informativ. Bereits die Selbstdarstellung ist lesenswert. Ein Auszug:

„Warum ausgerechnet #neulandrebellen? Die Frage ist so berechtigt, wie die Gegenfrage: Warum nicht? Seitdem Angela Merkel sich unfreiwillig als „Nichtauskennerin" geoutet hat, ist der Begriff „#Neuland" ja fast so allgegenwärtig wie die „Alternativlosigkeit". Das ist doch nun wirklich ein guter Grund zu rebellieren. Und da kommen wir ins Spiel! Wir, das sind Roberto J. De Lapuente und Tom Wellbrock.

Tom Wellbrock ist Texter und Sprecher. Möglicherweise haben Sie seine Stimme schon einmal in einem Erklärvideo gehört oder als Vorleser politischer Artikel. Roberto J. De Lapuente ist freier Publizist und Blogger. Aus der Idee, Gastbeiträge für den Spiegelfechter zu schreiben, erwuchs die nächste: Die #neulandrebellen.

Man möchte gerne weiter wachsen und sucht Mitstreiter: Denn gemeinsam können wir mehr erreichen. Ist so!"

Auf der Seite findet man – speziell in den Podcasts – einige Mitstreiter. Ob Jens Berger, Nina Chilt, Prinz Chaos oder Bodo Schickedanz: die Diskussionen sind spannend und abwechslungsreich. Sie bieten Informationen, manchmal etwas polemisch-satirisch und/oder bissig präsentiert, der Blog hat aber auch keinen streng journalistischen Anspruch. Es ist ein Blog. Meinung ist ebenso erlaubt wie Humor oder Provokation. Überschriften wie „Stell dir vor, es ist Wahlkampf und keiner merkt's" oder „Krückenpresse: Unser täglich Wort gib uns heute – und kritisiere es nicht!" zeigen auf humorvolle Art, wo die politische Reise aus Sicht der Autoren hingeht.

Nachdem beide Blogger anhand ihrer geäußerten Meinungen nicht den Verdacht aufkommen lassen, „rechts" zu sein – LaPuente schreibt auch für das Neue Deutschland, eines der linken Sprachrohre der Republik – beeindruckt der Umgang mit dem „Problem AFD".

Sätze wie „Jedenfalls ging es mir persönlich mächtig auf den Senkel, dass die AfD durch ihren Einzug in den Bundestag für alles verantwortlich gemacht wurde, was dazu geführt hat, dass sie in den Bundestag kam. Und darauf können wir uns doch einigen, oder nicht? Ich meine darauf, dass die AfD ja nicht die große Koalition angeführt hat." Diese klare Trennung zwischen Ursache und Wirkung findet man viel zu selten.

Artikel und Podcasts wie „Vorschlag zur Güte: AfD-Wähler wegsperren!", „Auch AfD-Wähler gehören unteilbar zu diesem Land, ihr Superdemokraten!" oder „Liebe AfD-Wähler-Basher, könnt Ihr Euch mal wieder einkriegen?" führen bei den Followern zwar zu heftigen Diskussionen, machen aber deutlich, dass den beiden Blogbetreibern Meinungs- und Pressefreiheit wichtiger sind, als tumbes Lagerdenken.

Erfrischend quergedacht!

Andrea Drescher

Quellen:

[1] <http://www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf>

[2] < https://www.bundesbank.de/resource/blob/724600/509697d8d158432428a3bece51bc25ef/mL/2018-04-lohnwachstum-data.pdf>

[3] < https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/einwanderungsgesetz-spd-bundestagsfraktion.pdf>

Müllmann mit Migrationshintergrund :-) (Foto: Pixabay, CC0)

Erst will die Regierung den **Migrationspakt** annehmen ...

... und gleich darauf ein Einwanderungsgesetz, das ihm widerspricht

von Norbert Häring

Die Bundesregierung will eine Woche nach Zustimmung zum UN-Migrationspakt, ein Einwanderungsgesetz beschließen. Im Pakt verpflichtet sich Deutschland, Migranten Zugang zu Grundleistungen zu geben. Im Einwanderungsgesetz will die Regierung den Zugang von Migranten zu Sozialleistungen ausschließen. Die Vorgeschichte des Einwanderungs- gesetzes legt nahe, in welche Richtung der Konflikt aufgelöst werden wird.

Mit ihrem Fachkräfte-Einwanderungsgesetz, das die Bundesregierung kurz vor Weihnachten im Kabinett beschließen will, setzt sie Ziel 5 des Migrationspakts um, nämlich bessere und flexiblere Wege für reguläre Migration zu schaffen, die den Bedürfnissen der Arbeitgeber („lokalen Arbeitsmärkte“) gerecht werden.

In dem Gesetzentwurf heißt es, übereinstimmenden Medienberichten zufolge, dass Arbeitsmigranten von außerhalb der EU – nur um diese geht es im Einwanderungsgesetz - fünf Jahre lang keine Sozialleistungen beziehen können. Werden sie arbeitslos, sind sie ohne Unterhalt und irgendwelche staatlichen Leistungen, zum Beispiel ärztliche Versorgung im Krankheitsfall. Das widerspricht diametral der Selbstverpflichtung, die die Bundesregierung mit dem UN-Migrationspakt [1] am 11.12. eingehen will:

> „Wir verpflichten uns, sicherzustellen, dass alle Migranten ungeachtet ihres Migrationsstatus ihre Menschenrechte durch einen sicheren Zugang zu Grundleistungen wahrnehmen können. Wir verpflichten uns ferner zur Stärkung von Leistungserbringungssystemen, die Migranten einschließen, ungeachtet dessen, dass Staatsangehörige und reguläre Migranten möglicherweise Anspruch auf umfassendere Leistungen haben.“

Vor allem abgelehnte Asylbewerber, die nach dem Gesetzentwurf künftig zu Arbeitsmigranten werden dürfen, werden in ein extremes Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Arbeitgebern gesetzt, aber nicht nur sie. Abgelehnte Asylbewerber sollen eine zweijährige Beschäftigungs-Duldung erhalten, wenn sie mindestens 18 Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Bis sie diese Hürde genommen haben, und wenn sie sich in der Zweijahresfrist befinden, müssen sie alles tun, um ihren Job zu behalten, es sei denn, sie gehören zu den wenigen Glück-

Autor: Norbert Häring

ist Wirtschaftsjournalist und Autor populärer Wirtschaftsbücher. Er schreibt für Deutschlands führende Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt. Er ist Mitgründer und Ko-Direktor der World Economics Association.

www.norberthaering.de

lichen aus dieser Kategorie, die jederzeit damit rechnen können, einen neuen sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjob zu bekommen. Denn Jobverlust kann sehr leicht Ausweisung bedeuten.

Arbeitsmigranten, die mit einem Jobangebot einreisen und ihren Arbeitsplatz verlieren haben keinerlei Anspruch auf Sozialleistungen. Wenn sie noch keinen Anspruch auf Arbeitslosenversicherung erworben haben, haben sie – wenn sie kein Vermögen haben – keine Möglichkeit mehr, ihren Lebensunterhalt zu decken. Die Krankenversicherung läuft bei Jobverlust aus. Die Aufenthaltsgenehmigung auch. Prekärer kann die Situation eines Arbeitsmigranten kaum sein. Er oder sie werden alles tun müssen, um ihren Job zu behalten.

In aller Regel wird dieser Job nicht bei Siemens oder Daimler sein, sondern zum Beispiel in der häuslichen Pflege oder im Niedriglohnbereich, wo prekäre Arbeitsbedingungen ohnehin die Regel sind. Das Einwanderungsgesetz ist ja gerade so gestrickt, dass es nicht mehr nur den Hochqualifizierten Zugang geben soll, die ihn ja schon haben, sondern allen „Fachkräften“, also auch Pflege- und Reinigungsfachkräften.

Es gehört nicht viel Fantasie dazu, sich vorzustellen, wie skrupellose Arbeitgeber im Niedriglohnbereich oder Menschen, die Frauen aus armen und ärmsten Ländern als Pflegekräfte oder Hausangestellte beschäftigen, die Zwangslage der Immigranten ausnutzen können. Das öffnet ein Tor für sklavenartige Arbeitsverhältnisse.

Es ist bisher ein Geheimnis der Großkoalitionäre, wie das mit den folgenden Passagen aus dem UN-Migrationspakt zusammengehen soll:

> „Wir werden einschlägige Richtlinien und Verfahrensweisen überprüfen, um sicherzustellen, dass sie Migranten nicht in prekäre Situationen bringen oder solche Situationen verschärfen oder unabsichtlich verstärken.“

Der Widerspruch zwischen Pakt und Einwanderungsgesetz könnte einfach ignoriert werden. Dann verliert der Pakt allerdings die Rechtfertigung, die von unserer Regierung vorgetragen wird, dass es nämlich vor allem darum gehe, dass Migranten in anderen Ländern besser behandelt werden, vor allem in anderen potentiellen Zielländern. Wer wird sich da in der Pflicht fühlen, wenn Deutschland als einer der Haupttreiber seine Verpflichtungen derart missachtet.

Dass der Widerspruch durch eine Änderung des Paktes aufgelöst wird, kann man wohl weitgehend ausschließen.

Dass der Widerspruch aufgelöst wird, indem entweder die nächste Regierung oder die Gerichte für eine Änderung des Einwanderungsgesetzes sorgen, darf man dagegen für sehr wahrscheinlich erachten.

Sollten die Grünen maßgeblich an der nächsten Regierung beteiligt sein, dürfte der Ausschluss von Sozialleistungen schnell fallen oder verwässert werden.

Geplantes **Einwanderungsgesetz** widerspricht Migrationspakt

von Oskar Lafontaine

Die Absicht, qualifizierte Fachkräfte aus Entwicklungsländern für die deutsche Wirtschaft abzuwerben, widerspricht dem viel diskutierten UN-Migrationspakt. Unter Ziel 2: „Minimierung nachteiliger Triebkräfte und struktureller Faktoren, die Menschen dazu bewegen, ihre Herkunftsländer zu verlassen“, heißt es:

„Wir verpflichten uns, förderliche politische, wirtschaftliche und soziale Bedingungen, sowie Umweltbedingungen zu schaffen, unter denen die Menschen in ihren eigenen Ländern ein friedliches, produktives und nachhaltiges Leben führen können …

Um diese Verpflichtung zu verwirklichen, werden wir in die Erschließung von Humanressourcen investieren, durch Förderung von Unternehmertum, Bildung, berufsausbildenden und -qualifizierenden Programmen und Partnerschaften sowie die Schaffung produktiver Arbeitsplätze, entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und den Gewerkschaften, mit dem Ziel, die Jugendarbeitslosigkeit zu senken, die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte (‚brain drain‘) zu vermeiden und die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte (‚brain gain‘) in den Herkunftsländern zu optimieren sowie die demografische Dividende bestmöglich zu nutzen.“

Oscar Lafontaine (Foto: Dirk Vorderstraße, wikimedia, CC BY-SA 2.0)

Wenn man dieses Ziel ernst nimmt, dann kann man das beabsichtigte Einwanderungsgesetz nicht verabschieden, weil es vom Geist des deutschen Beschäftigungsnationalismus geprägt ist. Wir dürfen beispielsweise nicht Ärzte und Krankenschwestern aus Afrika abwerben, sondern sollten medizinisches und pflegerisches Personal dorthin schicken. Vorbild sind Ärzte aus Deutschland, die in eigener Initiative nach Afrika gehen, um zu helfen – beispielsweise Dr. Hans Schales, der lange Jahre Ärztlicher Direktor und Chefarzt der Gynäkologie und Geburtshilfe am Krankenhaus St. Josef in Saarbrücken-Dudweiler war und 2001 als Mediziner nach Afrika ging. Oder Dr. Michael Weber, Chefarzt der Unfallchirurgie in der Marienhausklinik Saarlouis und Initiator des Vereins „Osteomyelitis- Hilfe”.

Am 22.11.2018 auf den Nachdenkseiten: ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=47366›

Bild: BusyBeesCleaning, wikimedia, CC BY-SA 4.0)

Aber auch die Gerichte und die Medien werden (zu Recht) kaum untätig bleiben, wenn sich bewahrheitet, dass die vom Einwanderungsgesetz herbeigeführte extreme Abhängigkeit der Migranten von ihren Arbeitgebern Ausbeutung und sklavenartige Arbeitsverhältnisse begünstigt, und dass der Ausschluss von allen Sozialleistungen zu grundrechtswidrigen Härten führt. Die Selbstverpflichtung Deutschland durch den Migrationspakt, solche Entwicklungen zu verhindern, machen die entsprechenden Paragraphen noch anfälliger für gerichtliche Revisionsforderungen.

Man darf auch nicht wirklich große politische Gegenwehr erwarten, denn ein äußerst liberales Arbeitskräfteeinwanderungsrecht ist offenkundig von allen tonangebenden Parteien gewollt. Dazu muss man sich nur die Entstehungsgeschichte dieses Einwanderungsgesetzes anschauen.

Zurück geht es ausgerechnet auf das starke Drängen der SPD, die bisher nicht erklärt hat, wie ein lohndrückendes Einwanderungsgesetz im Dienste der Arbeitgeberinteressen zum Selbstverständnis einer ehemals sozialdemokratischen Partei passt. Zur Erinnerung: Erst im Monatsbericht April 2018 [2] hat die Bundesbank die schwache Lohnentwicklung trotz angeblichem Arbeitskräftemangel auf die starke Zuwanderung aus anderen EU-Ländern zurückgeführt.

In ihrem Entwurf von 2016 [3] hat die SPD-Fraktion ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild vorgeschlagen. Das hätte beinhaltet, dass die Anzahl der Zuwanderungsberechtigten zuerst politisch festgelegt wird, und die verschiedenen punkterelevanten Kriterien nur bestimmen, wer im Rahmen dieses Kontingents kommen darf. Mit äußerst bescheidenen 25.000 wollte die SPD „zunächst“ starten. Es war schon damals offenkundig, dass die niedrige Zahl nur der Dämpfung von Widerstand dienen sollte und nicht ernst gemeint war. Aber mit diesem Konzept ist die SPD in den Wahlkampf und ins innerkoalitionäre Ringen gezogen. Beim Wähler gab es ausweislich des desaströsen Wahlergebnisses keine Punkte für dieses arbeitgeberfreundliche Wirken, bei der Union stieß man damit auf mehr Gegenliebe.

Der Entwurf, auf den sich die SPD jetzt ohne erkennbaren Widerstand mit der Union geeinigt hat, ist ein Wunschkonzert für die Arbeitgeber. Es gibt kein übergeordnetes, politisch festgelegtes Kontingent mehr, über das gestritten werden könnte und müsste. Es gibt auch kein Punktesystem mehr, sondern nur noch Mindestkriterien, wann eine Einreise- und Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann. Wie viele solche Erlaubnisse an wen erteilt werden, ist völlig offen und offenbar ins Belieben der zuständigen Behörden gestellt.

Auf Drängen der SPD sollen sogar Arbeitssuchende ohne Jobangebot eine Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitssuche in Deutschland bekommen können. Der Familiennachzug wird großzügig geregelt.

Was die große Koalition da vereinbart hat, ist das Maximum an Freizügigkeit der Einreise, das man dem deutschen Michel zumuten zu können glaubte. Es gibt keine Indizien, die darauf hindeuten, dass die Urheber dieses Gesetzentwurfs viel dagegen hätten, wenn Gerichte oder künftige Koalitionspartner noch freizügigere Regeln erzwingen würden. Die Grünen sind nicht durch eine Vorliebe für mehr Schutz einheimischer Arbeitnehmer vor massenhafter Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt aufgefallen. Und die Linke ist laut Parteiprogramm ohnehin für offene Grenzen und diskriminierungsfreien Zugang zum deutschen Sozialsystem für alle Erdenbürger.

Die Alternative, Pflegekräften ein Gehalt zu zahlen, das zum anständigen Leben in Deutschland reicht, hat dagegen nicht viele maßgebliche Fürsprecher, jedenfalls keine, die es ernst meinen und Einfluss haben.

Die Richtung, in die es gehen soll ist damit vorgezeichnet.

Dieser Text wurde zuerst am 22.11.2018 auf Norberthaering.de unter der URL ‹http://norberthaering.de/de/2-uncategorised/1072-einwanderungsgesetz› veröffentlicht.
Lizenz: Norbert Häring

‹http://www.free21.org/?p=30792›

Publiziert auf Free21 am 27.11.2018, 6:00 Uhr

Dicht gedrängt anstehende Migranten an einem Perron des Wiener Westbahnhofes am 5. September 2015. Quelle: https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=42921707, Foto:Von Bwag, Lizenz: CC BY-SA 4.0.

Keine negativen **Lohneffekte** durch Zuwanderung?

In der Ausgabe der „Anstalt" vom 25.9.2018 wurde die Behauptung aufgestellt [1], dass sämtliche wissenschaftlichen Studien keine negativen Effekte auf die Löhne der Arbeitnehmer durch Zuwanderungen nachweisen konnten. Jens Berger von den Nachdenkseiten.de hat sich der Sache angenommen.

von Jens Berger

Autor: Jens Berger

ist freier Journalist, Wirtschaftsexperte und politischer Blogger der ersten Stunde. Als Redakteur der NachDenkSeiten und Herausgeber des Blogs Der Spiegelfechter schreibt er regelmäßig zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen.

Die Skepsis unserer Leserinnen und Leser ist begründet. Ein Faktencheck zum Faktencheck der Anstalt zeigt nämlich, dass diese Aussage nicht stimmt. Für Verwirrung sorgte bei den Anstalt-Machern wahrscheinlich eine Quelle, die im Faktencheck angegeben ist – ein Beitrag im Oxi Blog [3], der sehr einseitig und manipulativ ist und seine Quellen sehr selektiv zitiert.

Die Schweiz ist mit Deutschland nicht zu vergleichen

Welche Einflüsse die Zuwanderung auf die Löhne hat, ist eine sehr komplexe Frage, die man allein schon aufgrund der angespannten Zuwanderungsdebatte mit der dafür nötigen Differenziertheit betrachten sollte. Migration ist nicht gleich Migration. Es macht beispielsweise einen sehr großen Unterschied, welches Einwanderungsland man betrachtet. Ein Extrem sind dabei Länder wie beispielsweise die Schweiz, in die vor allem Arbeitnehmer einwandern, die vergleichsweise hoch qualifiziert sind und die inländischen Arbeitnehmer meist ergänzen und nicht verdrängen.

Das Oxi Blog, das vom Anstalts-Faktencheck als wichtigste Quelle für diesen Themenkomplex genannt wird, versucht anhand des Schweizer Arbeitsmarkts die Aussage zu belegen, dass vor allem „Niedrigqualifizierte von der Zuwanderung profitierten". Nun ist Deutschland aber nicht die Schweiz und die meisten Zuwanderer auf den deutschen Arbeitsmarkt sind keine Facharbeiter, Informatiker oder Ärzte aus Österreich, sondern vergleichsweise gering Qualifizierte, von denen ohnehin nach dem ersten Jahr lediglich jeder Zehnte arbeitstätig ist [4].

Aussagen über den Schweizer Arbeitsmarkt auf Deutschland zu übertragen, ist im besten Fall nicht zielführend und im schlimmsten Fall sogar manipulativ.

Ergänzung, Konkurrenz oder Verdrängung? Ein Frage der Rahmenbedingungen

In den meisten Einwanderungsländern ergänzen Zuwanderer inländische Arbeitnehmer nicht nur, sondern konkurrieren auch mit ihnen. Aber auch eine direkte Konkurrenz muss nicht zwingend zu ne-

gativen Lohneffekten führen. Den theoretischen Hintergrund dieser Debatte kann man am Beispiel des Berufs des Krankenpflegers ganz gut verdeutlichen. Wenn die Rahmenbedingungen positiv sind, können die zugewanderten Arbeitskräfte, die meist aufgrund sprachlicher und fachlicher Defizite am untersten Ende der Karriereleiter in den Job einsteigen, den inländischen Fachkräften die einfacheren Tätigkeiten abnehmen, so dass diese sich fortbilden können und in qualifizierteren Stellen auch einen höheren Lohn beziehen können. Solch positive Rahmenbedingungen herrschen offenbar in Dänemark vor – dem Untersuchungsraum der Studie von Foged und Peri, die eine der ganz wenigen Studien ist, die zu dem Ergebnis kommt, dass gering qualifizierte inländische Arbeitskräfte keine negativen Lohneffekte hinnehmen müssten, da sie durch die Zuwanderung in höher qualifizierte und besser dotierte Jobs aufsteigen.

Ob diese empirischen Daten aus Dänemark auf Deutschland übertragbar sind, ist jedoch fraglich. Hierzulande besteht im unteren Qualifikations- und Einkommenssektor eher das Risiko von negativen Rahmenbedingungen. Und unter solchen Rahmenbedingungen verdrängt die zugewanderte Arbeitskraft aufgrund ihrer niedrigeren Lohnforderungen die „teurere“ inländische Arbeitskraft.

Weitestgehend einig ist sich die Wissenschaft in folgenden Aussagen:

- Ergänzende Einwanderung wirkt sich langfristig (vor allem durch indirekte Effekte wie Investitionen usw.) eher positiv auf die Löhne der Inländer aus.
- Konkurrierende Einwanderung kann bei positiven Rahmenbedingungen ebenfalls positive Effekte haben.
- Bei negativen Rahmenbedingungen hat die konkurrierende Einwanderung jedoch eine negative Auswirkung auf die Arbeitslöhne.
- Davon sind vor allem gering qualifizierte ansässige Arbeitnehmer betroffen.

Selektive Wahrnehmung führt zu falschen Schlussfolgerungen

Diese Aussagen sind – in verständliche Sprache übertragen – auch die Kernaussagen des DIW Roundups zum Thema „Lohn- und Beschäftigungseffekte der Zuwanderung nach Deutschland“ [5], das auch namentlich von den Oxi-Autoren zitiert wird. Oxi spart jedoch entscheidende Passagen des DIW aus, die nicht in das Bild der Kernaussage, es gäbe „keine negativen Lohneffekte durch Zuwanderung“, passen.

> „Steinhardt (2011) untersucht die Lohnunterschiede zwischen Beschäftigungsgruppen (Produktion, einfache bzw. komplexe Dienstleistungen), die im Zeitraum von 1975 bis 2001 verschieden stark von Einwanderung betroffen waren. Stieg die Anzahl von Arbeitnehmern in einem bestimmten Beschäftigungssegment durch Einwanderung um 10%, sanken die Löhne von Einheimischen um 1,3%. Insbesondere einheimische Beschäftigte in einfachen Dienstleistungstätigkeiten wie z.B. in der Reinigung waren von niedrigeren Löhnen durch Einwanderung im untersuchten Zeitraum betroffen.“ [5]
>
> **DIW Roundup „Lohn- und Beschäftigungseffekte der Zuwanderung nach Deutschland“**

An anderer Stelle verschweigt das Oxi die methodische Kritik des DIW an den von ihm untersuchten und als Beleg angeführten Studien. Das Fazit des DIW ist daher auch nicht, dass es keine negativen Lohneffekte durch Zuwanderung gäbe, sondern dass

> „die langfristigen Effekte von Einwanderung theoretisch unklar [sind] und bisher empirisch nicht überzeugend untersucht werden [konnten]“.

Diese sehr defensive und ausweichende Einschätzung des DIW ist jedoch alles andere als unumstritten – vor allem dann, wenn man den Elfenbeinturm verlässt und sich in die politische Debatte begibt.

Man sieht nur die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht

Denn es kommt ja niemand auf den Gedanken, dass die Zuwanderung vornehmlich gering qualifizierter Flüchtlinge negative Auswirkungen auf die Löhne von Werbefachleuten, Chefärzten, Programmierern, Richtern oder Vermögensberatern hätte. Gerade in der aufgeheizten politischen Debatte geht es darum, dass negative Auswirkungen am unteren Ende der Einkommensskala befürchtet werden. Studien und Metastudien, die ausschließlich Aussagen zu den Gesamtlöhnen machen, sind dazu jedoch nicht sonderlich aussagekräftig. Diese Einschränkung verschweigen die Autoren von Oxi.

Der IAB-Forscher Dieter Bogai ging in seiner 2007 publizierten Metastudie „Ökonomische Effekte der Migration in Deutschland“[6] verstärkt auf eine differenzierte Betrachtung der unterschiedlichen Einkommensgruppen ein. Bogais Studie zeigt auch recht eindeutig, dass die Aussage von Oxi, nach der „empirische Studien zu teils ganz anderen Ergebnissen kommen“, also keine negativen Lohneffekte erkennen, nicht haltbar ist. Von acht untersuchten größeren Studien kamen lediglich zwei zu einem eher positiven Ergebnis.

Eine dieser Studien (Pischke & Velling 1997 [7]) wird dabei vom DIW in der oben bereits zitierten Metastudie methodisch scharf kritisiert, die zweite Studie (Haisken-DeNew/Zimmermann 1995 [8]) ist ebenfalls kritisch zu betrachten, da die positiven Effekte hauptsächlich auf unterstellte indirekte Handelseffekte und Kapitaleinkommen zurückgeführt werden, die gerade bei der Zuwanderung gering qualifizierter Einwanderer jedoch nicht signifikant sein dürften.

Fünf der acht von Bogai untersuchten Studien kommen hingegen zu negativen Lohneffekten und quantifizieren sie auch. Die Untersuchung von Haisken-DeNew

Der Sitz des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin-Mitte. (Foto: Alfred Gutzler - DIW Berlin, CC BY-SA 4.0)

Publiziert auf Free21 am 7.12.2018, 6:00 Uhr

und Zimmermann ist in diesem Zusammenhang abseits des „Gesamtergebnisses“ besonders interessant, da sie die Effekte für Arbeiter und Angestellte durch die Einwanderung in den 1980ern differenzierter betrachtet. Demnach hätte sich der Stundenlohn der Arbeiter um 0,45% verringert, während die Gehälter der Angestellten um 0,12% gestiegen seien. Auch darauf weist das Oxi Blog nicht hin.

Prof. Dr. Herbert Brücker ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bamberg und Forschungsbereichsleiter mit Schwerpunkt internationale Migration, Europäische Integration und Arbeitsmarktpolitik im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. (Foto: flickr, Lizenz: CC-BY 2.0)

Übersehen oder weggelassen?

Die Frage ist, ob diese Versäumnisse nur handwerkliche Fehler sind oder sogar mit Vorsatz begangen wurden, um die Grundaussage nicht zu gefährden. Einiges lässt auf Letzteres schließen. Nur so ist auch zu erklären, dass man den Studien des IAB-Forschers Herbert Brücker zwar eine Stellung einräumt, zentrale Punkte aus diesen Studien aber schlicht unter den Tisch fallen lässt. So erwähnt eine IAB-Studie von Brücker und Jahn, dass die in Deutschland lebenden „Ausländer“ auch langfristig durch Zuwanderung erhebliche negative Lohneffekte erleiden müssten. Brücker erklärt dies mit dem ähnlichen Bildungshintergrund und ähnlichen Berufserfahrungen, die dazu führen, dass die in Deutschland lebenden „Ausländer“ zu „Substituten“ würden, also durch neue Migranten ersetzt werden können.

Aber trifft dies „nur“ auf diese Gruppen zu? Natürlich nicht, auch inländische Geringqualifizierte sind ersetzbar und auch sie müssen demnach negative Lohneffekte befürchten. Und darum geht es bei der gesamten Debatte. Schließlich käme ja niemand auf die Idee, dass Migration einen negativen Lohneffekt auf die Gehälter von Hochqualifizierten hätte.

„Dr. Kebekus“ hat Unrecht

Mit diesen Informationen im Hinterkopf lohnt es, sich noch einmal die zentralen Aussagen der „Zuwanderungsexpertin Dr. Kebekus“ aus der Anstalt genauer anzuschauen …

> Die Untersuchung von großen Migrantenströmen, wie zum Beispiel von Kubanern nach Florida oder Aussiedlern nach Deutschland, hat ergeben: Die Einwanderung hat quasi überhaupt keine Auswirkung auf die Löhne von Einheimischen. […] Die wichtigsten Untersuchungen zeigen alle, dass selbst eine große Zuwanderung die Löhne maximal um 0,1% senkt – kurzfristig. […] Langfristig 0,0%.“

Streng genommen sind alle Teile dieses Zitats entweder schlichtweg falsch oder zumindest verzerrend. Fangen wir mit der Studie zu den „Kubanern“ an. Diese Studie [9] stammt aus dem Jahre 1990 und wurde von David Card verfasst. Heute sind Cards Ergebnisse jedoch sehr umstritten [10]. Der Arbeitsmarktökonom George Borjas weist in einer Studie sogar darauf hin [11] , dass die Löhne der niedrig qualifizierten Einwohner im Raum Miami durch die Masseneinwanderung der Kubaner sogar de facto um 10 bis 30% gesunken sind. Auch die Studie [12] zur Auswirkung der Spätaussiedler auf die lokalen Arbeitsmärkte ist in diesem Kontext unangebracht, da diese Studie zwar keine Lohneffekte, aber dafür sehr massive Verdrängungseffekte erwähnt – demnach hätten für jeweils zehn Spätaussiedler rund drei Ansässige ihren Job verloren, was laut Studie vor allem sehr junge und alte Arbeitnehmer betraf. Einen negativen Einfluss auf die Erwerbsziffern schließt die Anstalt jedoch ebenfalls aus und zeigt so, dass sie sich ihre Ergebnisse sehr selektiv herausgesucht hat und alles, was nicht ins Bild passt, weggelassen hat.

Noch schlimmer sind jedoch die Falschaussagen

So ist es schlicht nicht korrekt, dass „die wichtigsten Untersuchungen“ eine „maximale Senkung“ der Löhne um 0,1% zeigen. Der offenbar als Quelle von Oxi und der Anstalt herangezogene

Aufsatz von Herbert Brücker zählt selbst zahlreiche Studien (z.B. Borjas 2003, Aydemir/Borjas 2005) auf, die viel höhere Lohneffekte nennen. De facto gibt es nur eine einzige Studie (Ottaviano, Peri), die einen Gesamtrückgang von 0,1% erwähnt. Die anderen Studien setzen den Rückgang der Löhne jeweils in den Kontext der Größe der Zuwanderung – was ja auch einleuchtend ist. So gehen Aydemir und Borjas von 0,3 bis 0,4% Lohnrückgang pro Prozent Anstieg des Ausländeranteils aus. Und selbst Studienautor und Quelle Brücker kommt auf 0,18% pro Prozent Anstieg des Ausländeranteils. Sollte es also „eine große Zuwanderung“ (Zitat Kebekus) geben, wären laut dieser Studien die Lohneffekte auch wesentlich größer als 0,1% – und dies sicher nicht nur kurzfristig.

Warum überhaupt diese Unterscheidung zwischen kurz- und langfristig? Die Studienautoren gehen hier von zwei Effekten aus: Einerseits sollen die neuen Einwohner Investitionen anziehen, die ihrerseits positive Lohneffekte haben und anderer-

(Foto: CCo)

Quellen:

[1] ZDF, Die Anstalt, „Lohnkonkurrenz“, am 25.09.2018, <https://www.zdf.de/comedy/die-anstalt/die-anstalt-clip-4-140.html>

[2] Nachdenkseiten, Albrecht Müller, „Auch die „Anstalt“ kann sich mal vertun. Leserbriefe und Anmerkungen zur Sendung vom 25.9.2018“, am 01.10.2018, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=46329>

[3] OXI, „Lohnkonkurrenz durch Migration? Was die Theorie sagt – und was die Empirie dazu erforscht hat“, am 08.06.2018, <https://oxiblog.de/lohnkonkurrenz-durch-migration-was-die-theorie-sagt-und-was-die-empirie-dazu-erforscht-hat/>

[4] Bundeszentrale für politische Bildung, Dr. Herbert Brücker, „Langfristig hängen die Effekte der Fluchtmigration davon ab, wie gut die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen gelingt“, am 20.12.2017, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/261490/effekte-der-fluchtmigration-interview-mit-prof-dr-herbert-bruecker?p=all>

[5] DIW, „Lohn- und Beschäftigungseffekte der Zuwanderung nach Deutschland“, am 15.01.2016, <https://www.diw.de/de/diw_01.c.524298.de/presse/diw_roundup/lohn_und_beschaeftigungs-effekte_der_zuwanderung_nach_deutschland.html>

[6] IAB, Dieter Bogai, „Ökonomische Effekte der Migration in Deutschland“, in 2007, <https://www.iab.de/389/section.aspx/Publikation/k070720802>

[7] EconPapers, Jorn-Steffen Pischke und Johannes Velling, „Employment Effects Of Immigration To Germany: An Analysis Based On Local Labor Markets“, in 1997, <https://econpapers.repec.org/article/tprrestat/v_3a79_3ay_3a1997_3ai_3a4_3ap_3a594-604.htm>

[8] EconPapers, John Haisken-DeNew und Klaus Zimmermann, „Wage and Mobility Effects of Trade and Migration“, in 1996, <https://econpapers.repec.org/paper/wopselapo/_5f001.htm>

[9] JSTOR, David Card, „The Impect of the Mariel Boatlift on the Miami Labor Market“, in 1990, <https://www.jstor.org/stable/2523702?seq=1#page_scan_tab_contents>

[10] http://bruegel.org, David Card, „The Mariel Boatlift Controversy“, am 05.07.2017, <http://bruegel.org/2017/06/the-mariel-boatlift-controversy/>

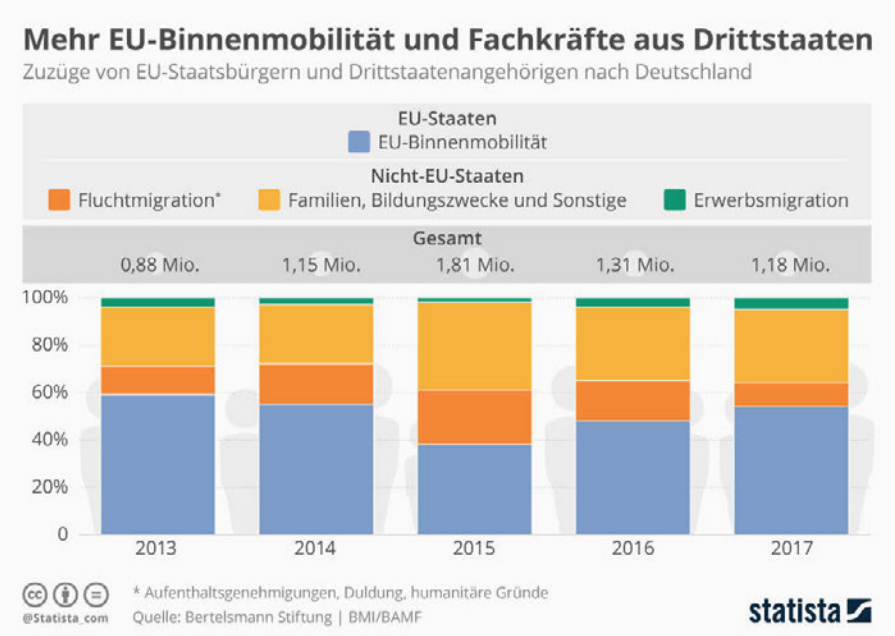
[11] The National Bureau of Economic Research, George J. Borjas, „The Wage Impact of the Marielitos: A Reappraisal“, im September 2015, <https://www.nber.org/papers/w21588>

[12] Journal of Labor Economics, Albrecht Glitz, „The Labor Market Impact of Immigration: A Quasi-Experiment Exploiting Immigrant Location Rules in Germany“, im Januar 2012, <https://www.journals.uchicago.edu/doi/10.1086/662143>

[13] Nachdenkseiten, Albrecht Müller, „Auch die „Anstalt“ kann sich mal vertun. Leserbriefe und Anmerkungen zur Sendung vom 25.9.2018“, 01.10.2018, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=46329>

[14] Nachdenkseiten, Norbert Häring, „OXI, Storz und die böse Querfront, Teil 1: unlautere Absichten“, 08.06.2016, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=33709>

Dieser Text wurde zuerst am 09.10.2018 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=46446› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller



Die Zuzüge von EU-Staatsbürgern und Drittstaatenangehörigen nach Deutschland.

seits würden langfristig vor allem die Kapitaleinkommen durch die Zuwanderung steigen. Nun ja – Ersteres ist sehr spekulativ und Letzteres sicher korrekt, sollte jedoch vor allem für die von den negativen Lohneffekten betroffenen gering Qualifizierten auch keine Auswirkungen haben, da sie in der Regel überhaupt nicht über Kapitaleinkünfte verfügen.

Aus Fehlern lernt man

Albrecht Müller hat Recht – auch die Anstalt kann sich mal vertun [13] und dieser Schnitzer hat keine großen Auswirkungen darauf, dass gerade diese Sendung ungemein große Verdienste im Sinne der Aufklärung hat. Wir zweifeln auch nicht daran, dass die Anstalt aus diesem Fehler lernt und auch in Zukunft ihre wichtige Arbeit aufklärerisch fortsetzt.

Vielleicht sollte man aber die Quelle Oxi, die offenbar als einzige Quelle für diesen Themenbereich herangezogen wurde, mit etwas mehr Vorsicht betrachten. Wenn man Studien derart selektiv heraussucht und sämtliche Fakten, die nicht zur eigenen Meinung passen, unter den Tisch fallen lässt, so ist dies nicht sonderlich seriös und vor allem bei derart kontroversen Debatten auch höchst ärgerlich und kontraproduktiv.

Wer oder was ist eigentlich Oxi?

Oxi wurde vor zwei Jahren als monatliche Wirtschaftsbeilage für das Neue Deutschland vom ehemaligen ND-Chefredakteur Tom Strohschneider und Wolfgang Storz, dem ehemaligen Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, der zuletzt mit seiner umstrittenen Querfront-„Studie“ [14] für Kopfschütteln sorgte, ins Leben gerufen. Storz ist mittlerweile aus dem Vorstand ausgeschieden und publiziert auch nicht mehr bei Oxi. Intransparent erscheint nach außen vor allem die Finanzierung von Oxi und in welcher Form Blog und Monatsbeilage wirtschaftlich und organisatorisch mit dem Neuen Deutschland, der Linkspartei und der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammenhängen. Der Verdacht, dass Teile der Partei über Oxi in die Debatte eingreifen, ist zumindest nicht vollkommen auszuschließen. Damit wäre Oxi jedoch selbst „Partei“ und könnte auch nicht als neutrale Quelle für einen Faktencheck gelten.

‹http://www.free21.org/?p=30868›

Publiziert auf Free21 am 7.12.2018, 6:00 Uhr

(Foto: Pixabay, CC0)

Pauschalisierende Meinungen sowie teils ungenaue und interpretationsbedürftige Zahlen prägen die Debatte.

von Holger Bartholz

Wie kriminell sind die **Flüchtlinge** wirklich?

Es gibt wohl keinen Stammtisch, aber auch kaum ein nüchternes Tischgespräch, bei dem die Problematik nicht schon Thema war. Man möchte meinen, dass es mittlerweile fundierte Zahlen und klare Aussagen darüber gibt, ob die Einwanderungskritiker, die vor allem auch das Argument Kriminalität ins Feld führen, im Recht sind oder ob die toleranteren Befürworter hier richtig liegen.

Je nachdem, wo man im Netz schaut und welches Blog oder welche Medien man liest, möchte man das Eine oder das Andere glauben. Das Meinungsspektrum reicht hier von „alle Flüchtlinge sind kriminell“ bis zu „die meisten Flüchtlinge sind arme Opfer und tun niemanden etwas zu Leide und wer etwas anderes sagt, ist ein Volksverhetzer“. Auch an den derzeitigen Wahlergebnissen und den Trends dazu kann man sehr gut sehen, dass hier ein großer Riss durch unser Land geht.

Um es gleich vorweg zu nehmen, die Wahrheit liegt, wie so oft, irgendwo dazwischen. Lassen wir zuerst die nackten Zahlen sprechen, denn vor allem mangelt es an Faktenwissen in der Öffentlichkeit bei dieser Diskussion.

Begrifflichkeiten

Die Behörden in Deutschland werfen in ihren Zahlen mit verschiedenen Bezeichnungen um sich. Da gibt es Zuwanderer, Flüchtlinge, Geflüchtete, Ausländer, Asylbewerber, Nichtdeutsche, Schutzbedürftige und Schutzberechtigte. Ausländer bzw. Nichtdeutsche sind der Oberbegriff für alle ohne deutschen Pass. Dazu zählen auch die Flüchtlinge/Zuwanderer.

Anzahl der Nichtdeutschen

Der Ausländeranteil in Deutschland belief sich zum 30.9.2017 auf 9,57 Millionen. Das sind 11,5% der Bevölkerung. [7] Diese Zahlen stammen aus den Daten der Bevökerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes auf Basis des Zensus 2011. Diese Zahlen sind niedriger, als die Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) vom 31.12.2017, die den Anteil der in Deutschland lebenden Ausländer mit 10,6 Millionen beziffern [8]. Da offiziell immer mit der niedrigeren Zahl gerechnet wird, werden wir das aus Gründen der Vergleichbarkeit auch tun.

Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2017, Herausgeber: BKA (Bild: Screenshot)

Anzahl der Flüchtlinge

Zur Gruppe der Zuwanderer/Flüchtlinge gehören Personen mit folgendem Aufenthaltsstatus: „Asylbewerber“, „International/national Schutzberechtigte und Asylberechtigte“, „Duldung“, „Kontingentflüchtling“ oder „unerlaubter Aufenthalt“.

Auch bei den offiziellen Zahlen der Flüchtlinge gab es Differenzen. Diese haben ihren Grund darin, dass sie erst ab 2017 mittels der Asylgesuchstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zentral erfasst werden. Beim dezentralen Verteilungssystem EASY sind zuvor aufgrund der Anonymisierung teilweise Doppelzählungen aufgetreten.

„Diese Diskrepanz zwischen den EASY-Zahlen und der Zahl der tatsächlich in Deutschland Asylsuchenden zeigt sich besonders deutlich für die Jahre 2015 und 2016. Während im Jahr 2015 im EASY-System insgesamt 1.091.894 Zugänge von Asylsuchenden erfasst wurden, lag die Zahl der tatsächlich im Jahr 2015 Asylsuchenden mit rund 890.000 Personen deutlich darunter. Für das Jahr 2016 verzeichnet das EASY-System 321.371 Zugänge von Asylsuchenden, während sich die tatsächliche Zahl nach Berechnung des BAMF auf gut 280.000 Asylsuchende belief.“ [2]

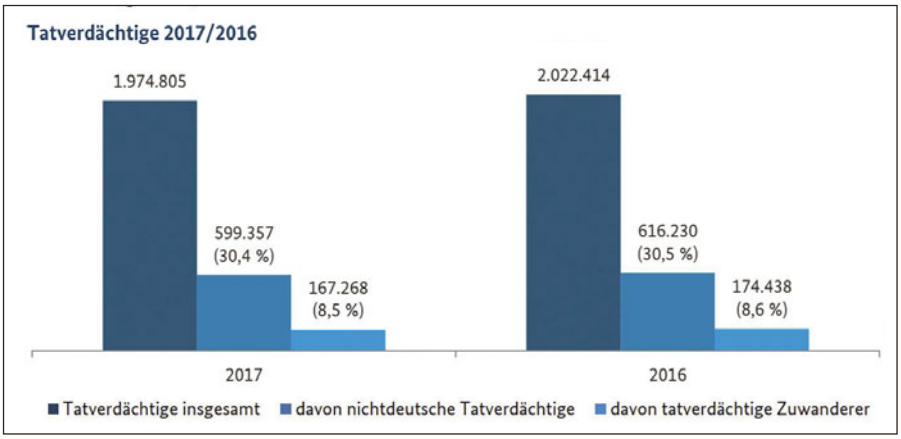
Das ergibt in der Summe die Zahl von rund 1,356 Millionen, auf die sich das BKA in der Broschüre „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, Bundeslagesbild 2017“ [2] bezieht.

Der Anteil der Flüchtlinge an den rund 82,7 Millionen Einwohnern Deutschlands entspricht einem Bevölkerungsanteil von 1,639 % [8]. Jeder siebente der rund 9,57 Millionen Ausländer in Deutschland ist ein Flüchtling.

Demographische Zusammensetzung der Flüchtlinge

27% Kinder (unter 14 Jahre), 8% Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre), 11% Heranwachsende (18–21 Jahre) und 54% Erwachsene [3]. 25% der Flüchtlinge sind über 30 Jahre alt. [4]

2015 war das Verhältnis der Geschlechter zueinander 31% weiblich zu 69% männlich. Das hat sich bis 2017 auf 40 zu 60 verschoben [5].



Grafik B: [10] Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, Bundeslagebild 2017, Seite 9 (Zahlen ohne ausländerrechtliche Verstöße)

Der Anteil der 14- bis 30-jährigen männlichen Flüchtlinge ist unverhältnismäßig hoch und beträgt als Beispiel in Niedersachsen 26,9%. Zum Vergleich: Die Quote dieser Altersgruppe bei der Wohnbevölkerung in Niedersachsen beträgt nur 9,3% [6].

Nationale Zusammensetzung der Flüchtlinge

„Hauptherkunftsstaaten im Jahr 2017 waren – wie bereits in den Jahren 2015 und 2016 – Syrien, Irak und Afghanistan mit einem Gesamtanteil von zusammen [rund] 43 %, wobei deren Anteil gegenüber den Jahren 2016 (57 %) und 2015 (64 %) jedoch deutlich zurückgegangen ist.“ [9]

Zahlen aus der Kriminalstatistik Deutschland 2017

Im Bereich der Allgemeinkriminalität sind laut Kriminalstatistik für 2017, etwas geringer als in 2016, knapp 2 Millionen Tatverdächtige **(wichtig: ohne ausländerrechtliche Verstöße)** registriert worden. Ca. 30% der Tatverdächtigen waren so-

Grafik C: Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei Straftaten (inklusive ausländerrechtlicher Verstöße) in Deutschland von 2002 bis 2017. Statista. Zugriff am 28. November 2018. (Quelle: Bundeskriminalamt) [11]

Publiziert auf Free21 am 11.12.2018, 6:00 Uhr

genannte Nichtdeutsche, also Menschen, die keinen deutschen Pass besitzen, wozu natürlich auch die Flüchtlinge zählen.

Der Anteil der tatverdächtigen Flüchtlinge an der Gesamtzahl der ca. 2 Millionen Tatverdächtigen der Kriminalstatistiken 2016 und 2017 bewegte sich jeweils um die 8,5% und liegt damit 2017 bei mehr als einem Viertel (27,9%) aller nichtdeutschen Tatverdächtigen [10].

In den 2000er Jahren bis 2012 lag der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen (inklusive ausländerrechtlicher Verstöße) zwischen 20 und 24%. [11] Schon damals war also die Kriminalität in Deutschland unter Ausländern mindestens doppelt so hoch, wie unter Deutschen.

Der Anteil an nichtdeutschen Tatverdächtigen stieg 2014 auf 25,7%, 2015 auf 38,5 % und 2016 auf 40,4% (30,5% ohne ausländerrechtliche Verstöße), bevor er 2017 auf 34,8% (30,4%) zurückging. [10, 11] (siehe Grafik C, vorherige Seite)

Auswertung

Der sprunghafte Zuwachs der Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen ab 2015 (Grafik C), der ja zeitgleich zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise eintrat, legt auch ohne die hohe Zahl ausländerrechtliche Verstöße die Vermutung nahe, dass es hier einen Zusammenhang gibt.

Mit über 30% aller Tatverdächtigen (inkl. Zuwanderer) in 2017 ist der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen, der ja nur bei 11,5% Bevölkerungsanteil liegt, überdurchschnittlich hoch, und zwar ca. 2,6 mal so hoch, wie es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht.

Wir erinnern uns, ca. jeder siebente Ausländer war 2017 statistisch ein Flüchtling. Das entspricht einem relativen Anteil an der Gesamtausländerzahl von rund 14,162% und 1,639% an der Gesamtbevölkerungszahl. Flüchtlinge stellen mit 27,9% an den nichtdeutschen Tatverdächtigen einen, im Verhältnis zu ihrer Gruppengröße (14,162%) mehr als doppelt so hohen Tatverdächtigenanteil als die sonstigen ausländischen Tatverdächtigen.

Tatverdächtige	Deutsche	Ausländer*	Zuwanderer
Bevölkerungsanteil in Zahlen:	73,16 Mio.	8,21 Mio.	1,356 Mio.
Bevölkerungsanteil in Prozent**:	88,42 %	9,934 %	1,639 %
Tatverdächtigenanteil in Zahlen:	1.375.448	432.089	167.268
Tatverdächtigenanteil in Prozent:	69,6 %	21,9 %	8,5 %
Tatverdächtigenanteil in Prozent im Verhältnis zum jew. Bevölkerungsanteil:	1,88 %	5,25 %	12,3 %

Grafik E ***ausgehend von 82.740.888 Einw. u. 1.974.805 TV gesamt, *ohne Zuwanderer*

Der Anteil tatverdächtiger Zuwanderer an der Gesamtzahl der rund 2 Mio. Tatverdächtigen betrug ca. 8,5%. Damit ist der Anteil der tatverdächtigen Flüchtlinge mehr als sechs mal höher, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. (siehe Grafik E)

Straftaten

Die Gegenüberstellung der nachfolgenden Zahlen von 2014 bis 2017 geht hier exemplarisch auf die schlimmsten Gewalttaten ein [14], obwohl diese nur unter 1% aller in Deutschland erfassten Straftaten ausmachen. Gerade diese, vor allem Vergewaltigungen, kommen ja in der Flüchtlingsdiskussion immer wieder vor und werden in den Medien weit mehr erwähnt, als die sonstige Kriminalität. Mangels Aufschlüsselung in deutsche und nichtdeutsche bzw. Flüchtlinge als Tatverdächtige, können diese Zahlen uns nur eine Tendenz aufzeigen. 2016 war wohl ein Höhepunkt bei diesen Straftaten. (Grafik F unten)

Nichtdeutsche Tatverdächtige sind besonders überrepräsentiert in folgenden Straftaten/-gruppen (die Zahlen in Klammern beinhalten die Anteile der Zuwanderer): Straftaten gegen das Leben mit 34,7% (14,3%), Vergewaltigung und sexuelle Nötigung/Übergriffe mit 37% (15,9%), Raubdelikte mit 40,3% (15,1%), Wohnungseinbruchdiebstahl mit 41,3% (10,7%), Taschendiebstahl mit 74,4% (31,4%), Urkundenfälschung mit 55,4% (28,2%) und Gewaltkriminalität mit 38,1% (15,1%). [19]

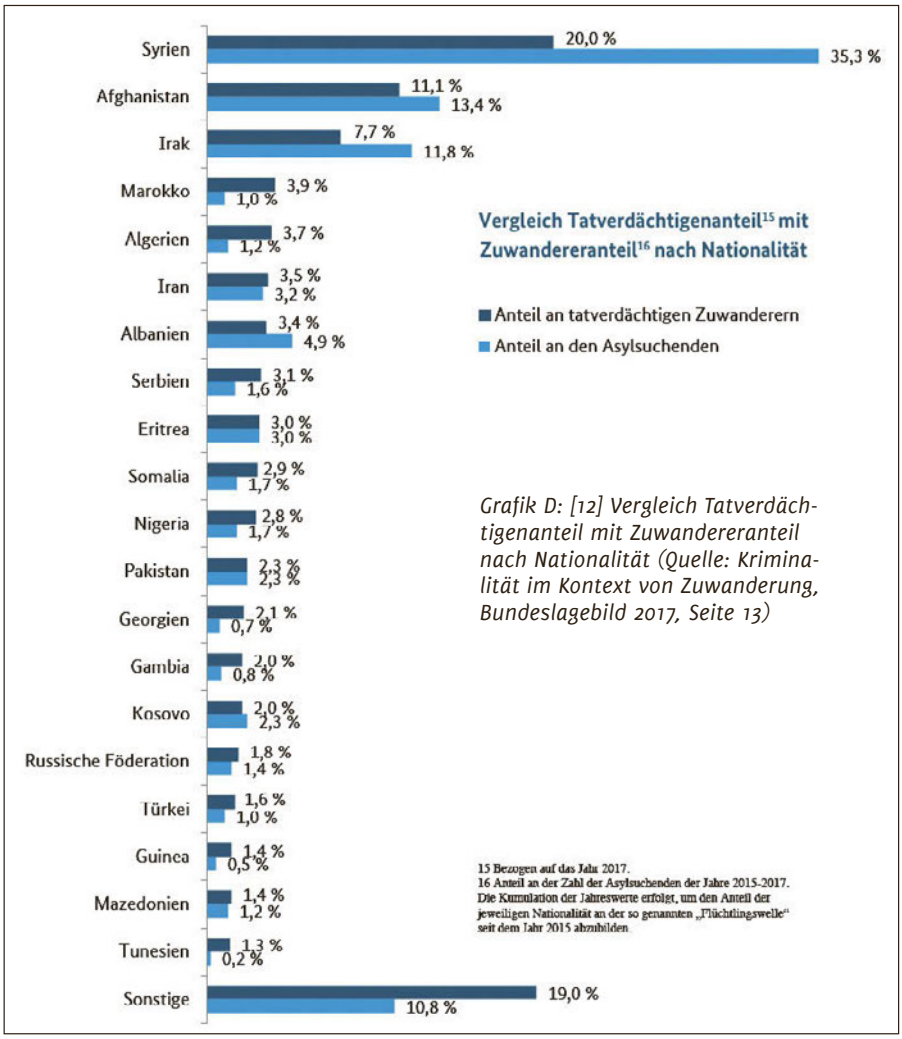
Tatverdächtige nach Nationalität

Da ja nicht pauschal „die“ Flüchtlinge kriminell sind, kommen wir jetzt zu den Herkunftsländern der Tatverdächtigen.

Im Vergleich Tatverdächtigenanteil mit Zuwandererantei nach Nationalität (Grafik D, nächste Seite) sehen wir, dass die geflüchteten Syrer im Verhältnis zu ihrem hohen Anteil an den Zuwanderern bei den Tatverdächtigen weit unrepräsentiert sind. Auch die Zahlen zu Afghanistan und dem Irak sind in abgeschwächterer Form „weniger kriminell“, als die Zahlen anderer

Straftaten und -gruppen, erfasste Fälle					
Schlüssel	Straftat	2014	2015	2016	2017
010000	Mord § 211 StGB	664	649	761	785
020000	Totschlag und Tötung auf Verlangen	1.515	1.467	1.657	1.594
111000	Vergewaltigung und sex. Nötigung § 177	7.345	7.022	7.919	7.495
111100	Vergewaltigung überfallartig (Einzeltäter)	1.316	1.134	1.132	946
111200	Vergewaltigung überfallartig (Gruppen)	129	146	225	122
111300	Vergewaltigung durch Gruppen	294	254	524	258

Grafik F (Quellen: PKS 2015 S. 82/83 und PKS 2017 S. 30)



Grafik D: [12] Vergleich Tatverdächtigenanteil mit Zuwandereranteil nach Nationalität (Quelle: Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, Bundeslagebild 2017, Seite 13)

Nationen unter den Flüchtlingen [12]. Zu den möglichen Gründen dafür zählt bei dieser Zuwandererhauptgruppe vermutlich auch die **positive** Bleibeperspektive.

Ganz anders sieht das Verhältnis bei den tatverdächtigen Zuwanderern aus den Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien aus. Hier liegt der Anteil bei 9% im Verhältnis zu ihrem 2,4%-igen Anteil an der Gesamtzahl der Flüchtlinge [12]. Und auch der Anteil der Mehrfachstraftäter aus diesen Ländern ist mit um die 50% ungleich höher, als der der Hauptgruppe mit ca. 25% [13]. Hier zählt vermutlich die überwiegend **negative** Bleibeperspektive mit zu den Gründen.

Demographie der Tatverdächtigen

Die überwiegende Mehrheit (86,5%) der tatverdächtigen Zuwanderer war männlich, 66 % der tatverdächtigen Zuwanderer waren jünger als 30 Jahre. Insgesamt waren 71,5% Erwachsene. [16]

Mehr als die Hälfte der Erwachsenen war bei Tatbegehung zwischen 18 und 30 Jahre und mehr als ein Fünftel zwischen 30 und 40 Jahre alt. [16]

Ein Vergleich der Altersstruktur tatverdächtiger Zuwanderer mit der aller Tatverdächtigen der Statistik 2017 ergibt bei der Altersgruppe der 18- bis unter 30-jährigen einen erhöhten Anteil tatverdächtiger Zuwanderer (Anteil Zuwanderer: 53%, Anteil dieser Altersgruppe an allen Tatverdächtigen insgesamt: 34%). [17]

Opferverteilung

Man hört des Öfteren, dass die Flüchtlingskriminalität sich überwiegend gegen andere Flüchtlinge richtet.

Unter den insgesamt 95.148 Opfern von Straftaten mit tatverdächtigen Zuwanderern befanden sich 2017 zu 41% Deutsche, zu 33% ebenfalls Zuwanderer und zu 26% andere Nichtdeutsche. [18] Wurde ein Flüchtling in 2017 Opfer einer Straftat, waren in 15% der Fälle Deutsche tatverdächtig. [18]

Die deutschen Opferzahlen von tatverdächtigen Flüchtlingen lagen nach den Daten der PKS Niedersachsen in 2016 in diesem Bundesland bei Gewaltkriminalität wie Vergewaltigungen/sexuelle Nötigung bei 58,6% (Flüchtlinge 18,1%) und bei den Raubdelikten bei 70,3%. [20]

Vorsätzliche Tötungsdelikte dagegen, bei denen Flüchtlinge die Tatverdächtigen stellten, haben sich in Niedersachsen zu über 90% unter Flüchtlingen oder sonstigen Nichtdeutschen abgespielt. Bei den schweren/gefährlichen Körperverletzungen trifft das auf ca. 75% der Fälle zu. [21]

Statistische Unschärfen

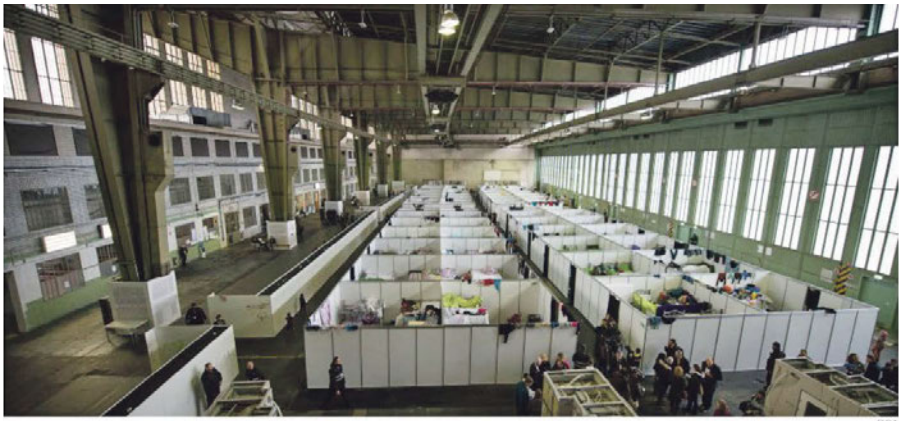
Wie wir weiter oben gesehen haben, gibt es „die" kriminellen Flüchtlinge genauso wenig, wie es pauschal „die" kriminellen Ausländer/Nichtdeutschen gibt. Was wir aber auch festgestellt haben, ist, dass der Anteil der Kriminalität unter Nichtdeutschen und Zuwanderern weit höher ist, als unter den Menschen mit deutschem Pass.

Was könnte diese Zahlen noch relativieren? Die Anzeigebereitschaft bei Straftaten kann recht stark variieren. Je fremder ein Straftäter dem Opfer ist oder erscheint, desto größer ist die statistische Wahrscheinlichkeit, dass er angezeigt wird. Je näher, sowohl sprachlich als auch ethnisch, er ist, desto geringer ist das Risiko einer Anzeige für den Täter [15]. Das lässt sich noch vertiefen, aber aus Platzgründen verzichten wir darauf.

Gründe der höheren Kriminalität

Die Alters- und Geschlechtsangehörigkeit der Flüchtlinge spielt eine sehr große Rolle. „In jedem Land der Welt sind die männlichen 14- bis unter 30-jährigen diejenige Bevölkerungsgruppe, die durch besondere Risikofreude und eine hohe Affinität zu verbotenen Aktivitäten auffällt." [21] In Deutschland lag die Quote 2014 bei der Wohnbevölkerung um die 10%, die Quote dieser Altersgruppe bei den Gewaltdelikten

Publiziert auf Free21 am 11.12.2018, 6:00 Uhr



Sammelunterkunft in einem ehemaligen Hangar (Foto: K.-Ludwig Poggemann, Lizenz: CC BY 2.0)

dagegen bei fast 50% und bei Raubdelikten über 60%. [21] Der Anteil dieser Altersgruppe bei den Flüchtlingen ist weit höher, daher auch die Quote der Tatverdächtigen.

Der Anteil der weiblichen Flüchtlinge ist relativ gering. Der Großteil der männlichen Jugendlichen und jungen Männer lebt hier in reinen Männergruppen ohne Partnerinnen, Mütter, Schwestern oder andere weibliche Bezugspersonen. Die gewaltpräventive, zivilisatorische Wirkung von Frauen und Familien kommt dadurch weniger zum Tragen.

Männer und Jugendliche aus dem Kulturkreis, aus dem viele der Flüchtlinge stammen, haben oft gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen verinnerlicht, die sich in vielen Untersuchungen als Gewalt fördernd erwiesen haben. [22]

Menschen aus Kriegsgebieten können unter Traumata leiden und haben zum Teil Gewalt in einem Maße erlebt und verinnerlicht, dass es ohne Behandlung dazu führen kann, dass ihre Alltags- und Anpassungsfähigkeiten darunter leiden.

Ganz wichtig ist aber auch die jeweilige Aufenthaltsperspektive der verschiedenen Flüchtlingsgruppen. Zuwanderer aus Nordafrika haben eine viel schlechtere Anerkennungsquote, als z.B. Syrer, Afghanen oder Iraker. Die Kriminalität dieser beiden Gruppen ist folgerichtig sehr unterschiedlich. Es macht sicherlich einen Unterschied, ob Flüchtlinge aus Ländern stammen, wo sie politisch verfolgt oder durch Kriegshandlungen bedroht waren, oder ob jemand aus wirtschaftlichen Gründen zugewandert ist. Jemand, der aus Sicherheitsgründen nicht zurück möchte, lebt regelkonformer.

Und natürlich nicht zuletzt hat der soziale Status, wie die Art der Unterbringung, die Jobchancen und damit verbundene Einkunftsmöglichkeiten und somit der Grad der Integration, Teilhabe und des Wohlstandes einen sehr großen Einfluss darauf, wie kriminell Bevölkerungsanteile sind oder werden.

Fazit

Hier möchte ich Thomas Röper von antispiegel.ru zitieren, der mich auf die Idee zu diesem Artikel gebracht hat:

> „Dies sind Fakten und ich halte es für gefährlich, dass Politik und Medien diese Dinge verschweigen, denn ein ignoriertes Problem bleibt trotzdem ein Problem. Man muss über diese Dinge offen sprechen, um sie zu lösen. Man kann bei der Diskussion und der Suche nach Lösungen ja zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen und diese dann diskutieren. Aber ein Problem nicht zu thematisieren, macht die Sache nicht besser, sondern in der Regel nur schlimmer."

Dem möchte ich mich anschließen. Vorurteile und Ressentiments werden sicherlich nicht abgebaut, wenn man mit geschönten Zahlen und Begründungen abwiegelt und relativiert. Pauschale Verurteilungen aufgrund von kalten Zahlen, ohne die sozialen und geopolitischen Hintergründe zu sehen, sind aus meiner Sicht der andere falsche Weg. Und ganz wichtig: Einfachen Lösungen ist immer zu misstrauen.

Quellen:

[1] Anzahl der neu registrierten Flüchtlinge in Deutschland, *<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/663735/umfrage/jaehrlich-neu-registrierte-fluechtlinge-in-deutschland/>*

[2] Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, Bundeslagebild 2017, Seite 5

[3] ebenda, S. 8

[4] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, „Aktuelle Zahlen zu Asyl (12/2017)" Seite 7 *<http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-dezember-2017.pdf>*

[5] [4] und als Grafik *<https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/flucht/218788/zahlen-zu-asyl-in-deutschland#Antragsteller>*

[6] Gutachten „Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland, Schwerpunkte: Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer" der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Januar 2018, S. 73

[7] Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung - Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2017, Seite 19 *<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200177004.pdf>*

[8] Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2.4, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung - Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2017, Schutzsuchende, Seite 28 *<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Schutzsuchende2010240177004.pdf>*

[9] Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, Bundeslagebild 2017, Seite 7

[10] Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, Bundeslagebild 2017, Seite 9

[11] Erhebung durch Bundeskriminalamt, PKS-Zeitreihen 1987 bis 2017 - Grundtabelle, Mai 2018

[12] Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, Bundeslagebild 2017, Seite 13

[13] ebenda, Seite 16

[14] PKS 2015 S. 82/83 UND PKS 2017 S. 30

[15] [6] S. 74

[16] Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, Bundeslagebild 2017, S. 24

[17] Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, Bundeslagebild 2017, S. 14

[18] Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, Bundeslagebild 2017, S. 54

[19] PKS 2017, S. 25

[20] [6] S. 84

[21] [6] S. 73

[22] [6] S. 74

Autor: Holger Bartholz

Gelernter Schriftsetzer, selbständig und seit Anfang 2015 Mitglied des Free21-Netzwerkes. Seit dem Tod von Tommy Hansen offiziell für den redaktionellen Bereich von Free21 verantwortlich.

‹http://www.free21.org/?p=30870›

Pegida-Demonstration am 25.1.2015 in Dresden mit 15.000 bis 25.000 Teilnehmern (Foto: Kalispera Dell, wikimedia, CC BY-SA 3.0)

Wie rechts ist der **Osten** wirklich?

Rassismus und rechte Gesinnung nur im Osten?

von Katrin McClean

Mit den Ereignissen von Chemnitz, die unsere Medienlandschaft wochenlang beschäftigten, hat sich das Bild vom „braunen“ Osten wieder einmal in die Köpfe gebrannt, vornehmlich in die Köpfe Westdeutscher, die nun endgültig so viel Angst vorm Osten haben, dass sie da nur noch unter größten Vorsichtsmaßnahmen hinfahren würden. So zu hören von meinen Hamburger Bekannten und etwa zu lesen bei Margarete Stokowski vom Spiegel. [1]

Angesichts solcher Ängste beschäftigt mich die Frage: Warum hat man ausgerechnet die Bilder aus Chemnitz durch jeden Sender und jede Zeitung geschleift? [2] Inzwischen mussten mehrere Sender und Medien einräumen, dass die Berichterstattung überzogen war. Ein Beitrag von Andrea Drescher in Free21 legt eindrücklich dar, warum ein Begriff wie Hetzjagd einfach nicht dem Tatbestand entspricht. [3] Zudem gibt es inzwischen eine glaubwürdige Gegendarstellung von der Urheberin des Videos selbst. [4]

Wenn Rassismus und gewaltbereite Neonazis in unserer Gesellschaft Fuß fassen, darf das sicher nicht verschwiegen werden. Aber warum einen derart umstrittenen Beleg so hochpeitschen? Es gibt doch Vorfälle, die wesentlich eindeutiger als der in Chemnitz sind. Am 21. September 2018 zogen etwa hundert Neonazis durch Dortmund und brüllten unter anderem „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“. Sie zündeten Garagendächer an. Hier gab es nicht mal den Ansatz einer bundesweiten Empörung. Einzig die Huffingtonpost berichtete. [5]

Ich kenne mehrere Menschen in westdeutschen Kleinstädten, die sich regelmäßiger rassistischer Anfeindungen ausgesetzt sehen. Und in Hamburg gab es auch schon mal eine Kita in einem Villenviertel, die mit einem „niedrigen Migrationsanteil“ geworben hat. [6]

Rassismus und auch Neonazis sind also mitnichten nur ein ostdeutsches Problem. Angesichts des Schweigens zu Dortmund

„Eine Straße mitten in Dortmund-Dorstfeld. Hier markieren Nazis regelmäßig ein Revier, das sie gerne kontrollieren wollen.“ (Foto und Text: Michael Bonvalot, Twitter, CC BY-NC)

Publiziert auf Free21 am 29.11.2018, 6:00 Uhr

muss man sich aber fragen: Könnte es vielleicht noch ein paar andere Gründe geben, warum das Geschehen in Chemnitz so aufgebauscht wurde und warum so oft vom „braunen“ Osten die Rede ist?

Ist der Osten wirklich mehr rechts als der Westen?

Dieser Frage sollten wir doch mal in aller Sachlichkeit nachgehen. Wie ist denn das Wahlverhalten? [7]

Was alle wissen: Der Osten wählt doppelt so viel AfD wie der Westen. Es steht 22 % zu 11 %. Aber was eben genauso wahr ist: Der Osten wählt weit mehr als doppelt so viel Die Linke wie der Westen. Da steht es 17,4 % zu 7,4 %.

Damit geht einher, dass „Ossis“ ein deutlich geringeres Vertrauen zu den Regierungsparteien haben, wogegen das Wählen von CDU oder SPD in westlichen Haushalten nicht selten zur Familientradition gehört.

2017 wurden im Westen CDU/CSU/SPD zu 56 Prozent gewählt. Im Osten kamen die Groko-Parteien gerade mal auf 42 Prozent. Sie wären in den neuen Bundesländern allein also gar nicht regierungsfähig.

Fakt ist also, der Osten ist wesentlich regierungskritischer als der Westen.

Und wie sieht es mit dem Vorwurf „rechts“ aus? Nehmen wir mal die klassische Einteilung, nach der alles rechts von der SPD rechts ist, da sieht es so aus:

Im Westen wählen 56 Prozent CDU, CSU, FDP oder AFD. Im Osten wählen 56 Prozent CDU, FDP oder AFD.

Also 56 Prozent ALLER Deutschen wählen Parteien, die sich in den Fragen „sichere (also militärisch abgeschottete] Grenzen“,„Stärkung von Arbeitgeberrechten“, „Opferung von Arbeitnehmerrechten“, „Zustimmung zu Kriegseinsätzen und Rüstungsausfuhren“, „Abschiebung in „sichere“ Herkunftsländer“ im Wesentlichen einig sind.

Da sich die SPD in den meisten Positionen inzwischen auch eher nach „rechts orientiert, müsste man sogar sagen, der Westen wählt viel stärker Richtung rechts als der Osten. Bei der SPD steht es derzeit 22 (West) zu 14 (Ost).

Zumindest kann man eindeutig feststellen: Im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung kann dem Osten keine überdurchschnittlich rechte Einstellung nachgewiesen werden. Im Gegenteil sind linke Einstellungen und linkes Wahlverhalten hier weit ausgeprägter als im Westen.

Ein Wort zur Neonazi-Szene im Osten

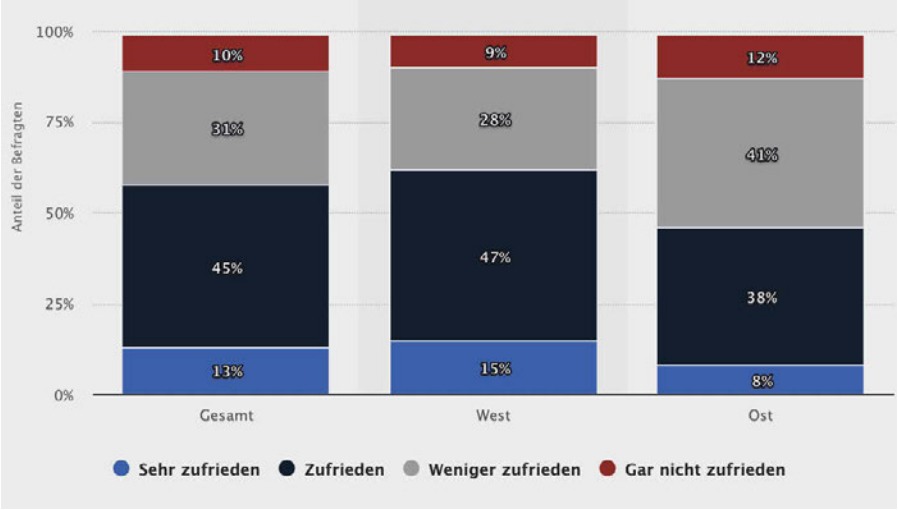
Nun ist es ja eine unumstrittene Tatsache, dass es in verschiedenen Regionen in den neuen Bundesländern eine rege Neonazi-Szene gibt. So wie es, und das sei hier vorab noch einmal betont, im gesamten Bundesgebiet leider eine rege Neonazi-Szene gibt, siehe Dortmund. Für die Entstehung der Neonazi-Szene im Osten gibt es sehr konkrete Gründe. Die Autorin selbst hat diese Entwicklung als ehemalige Psychologin für Jugendliche an Einzelschicksalen miterlebt.

In der DDR standen alle Taten, die für Neonazis typisch sind, unter strenger Strafverfolgung. Das öffentliche Schmieren eines Hakenkreuzes konnte bereits zu Gefängnishaft führen.

Für verhaltensschwierige Jugendliche in der DDR waren solche Straftaten beliebte Mutproben oder Provokationen. Mit der Wende verloren gerade diese Jugendlichen eine soziale Sicherheit, die ihnen bis dahin kaum bewusst gewesen war. Während sie bis 1989 in dem Bewusstsein lebten, dass ihnen zumindest eine Zukunft als Arbeiter bevorstand, denn Arbeitslosigkeit gab es in der DDR ja nicht, standen die meisten von ihnen plötzlich vor dem puren Nichts. Problemjugendliche hatten auf dem desaströsen Nachwende-Arbeitsmarkt im Osten die schlechtesten Zukunftschancen überhaupt. Die bis dahin überall funktionierende Jugendbetreuung wurde „abgewickelt“, Jugendclubs bzw. -zentren geschlossen. Das spürbarste Merkmal von Freiheit war für diese Jugendlichen, dass das Schmieren von Hakenkreuzen oder Herumbrüllen antisemitischer oder nationalistischer Parolen nicht mehr strafverfolgt wurde. Dafür kamen westliche NPD-Funktionäre wie Michael Kühnen in den Osten, um hier „Aufbau“-Arbeit zu leisten. [8] In manchen Dörfern waren Neonazis die einzigen, die sich als Anlaufstelle für orientierungslose Jugendliche anboten.

Gerhard Schröder sah dieses Problem und kündigte nach seiner sogenannten Sommerreise 2000 einen klaren Konfrontationskurs gegen Rechtsextremismus an. Wobei er gleichzeitig ankündigte, die soziale Jugendarbeit in diesen Regionen zu verstärken. [9] Zu letzterem ist kaum etwas geschehen, nur der politisch-mediale Konfrontationskurs wurde durchgezogen.

Der hatte sich jedoch schon vorher als kontraproduktiv erwiesen und tat das auch weiterhin. Die häufige Berichterstattung vom „Kampf gegen rechts“ schenkt(e)



Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert alles in allem sehr zufrieden, zufrieden, weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden? (West-/Ost-Vergleich, 2016, Quelle: ARD-DeutschlandTREND, Oktober 2016, Seite 9) [12]

Rechtsextremen eine enorm hohe gesellschaftliche Aufmerksamkeit und sorgt(e) damit auf indirekte Weise für deren Popularisierung. Psychologisch nennt man so etwas „negative Verstärkung“.

Die kaum minder gewaltbereite Antifa lieferte (und liefert) desorientierten rechtsextremen Jugendlichen zudem einen willkommenen Feind, wie der ehemalige ostdeutsche Neonazi Ingo Hasselbach in seinem Buch beschreibt. Und was die Versuche von Resozialisierung angeht – Antifa-Aktivisten setzten sogar durch, dass Einrichtungen zur Resozialisierung rechtsextremer Jugendlicher geschlossen wurden. [8]

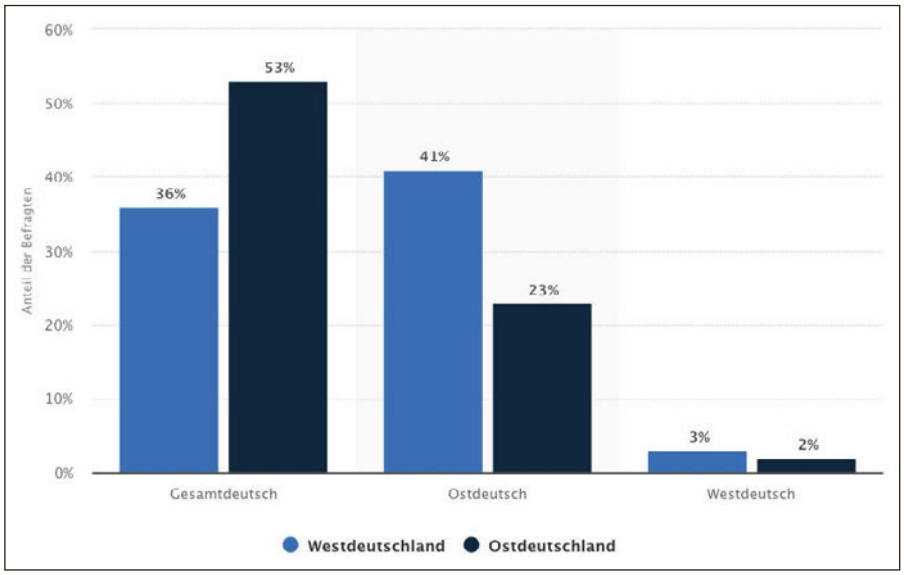
Rückblickend muss man also feststellen, dass die Politik der Konfrontation und das Ausbleiben dringend notwendiger Jugendarbeit in den Nachwendejahren eine wesentliche Mitschuld am Entstehen der ostdeutschen Neonazi-Szene trug.

Da sollte man doch meinen, dass Politiker aus Erfahrung lernen. Dass man also bei einem besorgniserregenden vermeintlich neuen Aufkeimen rechtsextremen Gebarens im Osten nun mal eine vernünftige Politik entwickelt. Doch das glatte Gegenteil ist der Fall. Stärker denn je setzt man auf eine fast grenzenlose mediale Popularisierung einer vermeintlich „rechten Gefahr“. Und Slogans wie „Linke gegen rechte Hetze“ etablieren erneut das bereits gescheiterte Konfrontationsmodell im gesamt-gesellschaftlichen Rahmen.

Da muss man sich schon fragen: Ist der „Kampf gegen rechts“, der gerade von Medien, Politik und Kultureinrichtungen beschworen wird, wirklich ernst gemeint? Oder geht es eigentlich um etwas ganz anderes? Und vor allem: Warum soll die rechte Gefahr im Osten so besonders gefährlich sein? Warum sehen unsere Medien und Politiker in den Neonazis von Dortmund offenbar keine akute Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung?

Rechter Osten oder gefährliches Protestpotential?

Zwischen Bürgern aus Ost- und Westdeutschland gibt es ein paar Unterschiede. Und damit ist jetzt mal nicht das Gerede vom Untertanen-Geist des Ossis gemeint, der nichts als Diktatur kennt.



Ist der Rechtsextremismus Ihrer Meinung nach eher ein westdeutsches, ein ostdeutsches oder ein gesamtdeutsches Problem? Online-Umfrage aus 2016. Quelle: YouGov [13]

Solchen Behauptungen fehlt seit Jahren ein entsprechender Beweis, sie fußen in erster Linie auf Hypothesen.

Dabei gibt es reihenweise Fakten, an denen man überhaupt nicht vorbei kommt, wenn man sich mal wirklich die Unterschiede zwischen Bürgern aus Ost und West anschaut.

Ostdeutsche bis in die Jahrgänge Anfang der Siebziger haben noch in DDR-Schulen gelernt. Dabei ist völlig egal, ob sie das gemocht haben oder nicht, ob sie sich all die Lehr- und Glaubenssätze gemerkt haben oder nicht. Fakt ist aber, dass sie alle ohne Ausnahme mit Kapitalismuskritik groß geworden sind. Das war schlichtweg Schulstoff. Was bedeutet, die kritische Distanz zu der Gesellschaft, in der Ostdeutsche heute leben, ist ihnen quasi in die Wiege gelegt. Eine Identifikation mit dem Weltbild vom westlichen Hort der Freiheit und Demokratie ist bei ihnen nicht ganz so wahrscheinlich, wie man das von Westdeutschen erwarten kann.

Darüber hinaus haben diese Jahrgänge erlebt, dass sie oder zumindest ihre Eltern noch einmal ganz von vorn anfangen mussten. Kaum ein Ossi, der 1989 schon im arbeitsfähigen Alter war, hat nicht mindestens einmal seine Arbeit wechseln oder sich neu orientieren müssen. Abschlüsse wurden nicht anerkannt oder nützten nichts mehr. Jeder musste auf seine Weise in das neue System hineinfinden. Da entstehen auch schon mal ganz kritische Verhältnisse zu diesem Neuen. Eine frühe Beziehungsstörung zum Westen wurde nicht zuletzt durch das unselige Wirken der Treuhand verstärkt. Heute bestätigen mehrere Zeugen entgegen der üblichen „Volkswirtschaft am Boden“-Leier, dass es durchaus wirtschaftliches Potential gab, das gut sanierungsfähig gewesen wäre. Was ja auch die Aufgabe der Treuhand sein sollte. Doch stattdessen wurden potentielle Konkurrenten abgewickelt, blühte eine dubiose Wirtschaftskriminalität und besetzten „Experten“ aus dem Westen im Handumdrehen die Schlüsselpositionen im Osten. [10]

Bis heute stammen ca. 75 Prozent aller Entscheidungsträger in ostdeutschen Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen aus dem Westen. Aber nicht nur das, Kultureinrichtungen, Fernseh- und Radiosender kamen unter die Intendanz von Westdeutschen. Gleichzeitig wurde ein akademischer Kahlschlag betrieben. Fast die gesamte Intelligenz der einstigen DDR wurde in den Wendejahren praktisch mit „abgewickelt“, Professoren und Dozenten mit teilweise hanebüchenen Begründungen aus dem Hochschuldienst entlassen. Nur ein kompletter Ignorant kann sich darüber wundern, wenn hier eine Stimmung des Bevormundetwerdens entstanden ist.

Publiziert auf Free21 am 29.11.2018, 6:00 Uhr

Markus Decker, ein westdeutscher Journalist, der seit den 90er Jahren in Ostdeutschland arbeitet, versteht diese Stimmung und hat ein schönes Beispiel dafür:

> „Neulich gab es hier in Berlin eine Podiumsdiskussion zum Thema Stasi. Fünf der sechs Teilnehmer waren Westdeutsche. Stellen Sie sich das mal umgekehrt vor! Undenkbar, dass in Düsseldorf auf einem Podium zur BRD-Geschichte, sagen wir: zum Thema 68er-Bewegung, sechs Leute diskutieren – und fünf davon kommen aus dem Osten und erklären den Westdeutschen, wie das mit den 68ern wirklich war. Im Osten ist so etwas Alltag.“ [11]

Auch der Umgang mit Chemnitz ist wieder einmal so ein Fest für „Besserwessis“. Natürlich sind es jetzt wieder die Westdeutschen, die ganz genau wissen, dass die Männer auf dem Video ja nur die Spitze dessen sind, was da noch so an rechtsextremen Umtrieben in Chemnitz zu befürchten steht. Während sich Bürger, Künstler und Aktivisten in Chemnitz nach Kräften bemühen, um zu zeigen, wie viel Weltoffenheit es in ihrer Stadt gibt. Doch Beiträge darüber hört man leider nur beim Radiosender MDR-Kultur aus Halle.

Mir geht es mitnichten darum, für Mitleid mit Ostdeutschen zu werben. Mitleid braucht niemand, und die meisten, die noch Marx und Lenin in der Schule hatten, haben inzwischen ihren Weg im Kapitalismus gemacht. Es muss nur einfach klar sein, dass aufgrund der Geschichte und der besonderen Situation der Ostdeutschen bis heute das regierungskritische Potential im Osten hoch ist. Was sich ja auch im Wahlverhalten widerspiegelt.

Mit Hartz IV-Sanktionen und weiterem Sozialabbau dürfte da so manche Toleranzgrenze endgültig überschritten werden. Und natürlich wundern sich manche Ossis, warum in ihrem abgewickelten und leergewohnten Nest seit Jahrzehnten nichts getan werden konnte, weil das Geld fehlte, und jetzt, wo Flüchtlinge Hilfe brauchen, ist mit einem Mal alles möglich. Nicht alle Ostdeutschen werden deshalb gleich rechtsextrem. Doch Sprüche wie: „Deutschland geht es so gut wie nie zuvor“ erinnern Ossis höchstens an die Schönfärberei in der DDR und wecken Widerspruch und Widerstand.

Könnte es nicht sein, dass die derzeitige Regierung Angst vor diesen Ossis hat? Weil sie längst nicht mehr alles glauben, was man ihnen in der Tagesschau erzählt. Weil man sie schon mal betrogen hat, und weil sie am Ende vielleicht sogar noch hartnäckiger sein könnten, als die Aktivisten von Stuttgart21.

Wer weiß, wie viel Wut sich im Osten noch zusammenbraut, wenn Deutschland seine Rüstungsausgaben in gigantische Höhen treibt und keine Umkehr vom neoliberalen Kurs der Privatisierung im Billiglohnland Deutschland erkennen lässt. Da könnten sich die Ossis ja daran erinnern, dass sie mit einer Revolution schon einmal eine Wende bewirkt haben. Es dürfte kaum etwas geben, wovor sich unsere Wirtschaftselite und ihre treue Regierung mehr fürchten als davor, dass ein massiver Widerstand gegen „die Obrigkeit“ Schule macht.

Da ist es doch praktisch, wenn man gleich den gesamten Osten zur „braunen Zone“ erklären kann. Alles Rechte! Mit denen kann man nicht reden! Und hinfahren geht ja sowieso nicht! Um Himmelswillen, da könnten ja Vorurteile zusammenbrechen. Da könnten linke Intellektuelle wie Margarete Stokowski mit einem Mal erkennen, dass sie dort jede Menge Mitstreiter gegen das „Schweinesystem“ finden könnten.

Das ist gefährlich. Da muss Berührungsangst geschürt werden: Kein Kontakt mit Nazis! (Auch wenn’s keine sind, völlig egal.)

So werden Feindbilder gepflegt, eine Gesellschaft wird gespalten, und die eine Hälfte der Gesellschaft macht potentielle Regierungskritiker mundtot, noch bevor sich die Regierung selbst die Hände schmutzig machen muss. Und man wird sogar noch mit einem positiven Selbstwertgefühl belohnt im „Kampf gegen rechts“.

Derweil in Dortmund wieder ein paar Neonazis wie zu Hitlers Zeiten grölen. Und auch schon mal von Herrenrassen und Untermenschen fantasieren. Das macht dann aber nix. Denn der Rest ist ja ruhig. Und wer weiß, vielleicht kann man diese Nazis ja nochmal ganz gut gebrauchen, wenn es wieder gegen Russland geht.

Quellen:

[1] *<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/rechtsextremismus-endlich-die-aengste-ernst-nehmen-a-1225331.html>*

[2] *<https://www.youtube.com/watch?v=Eig_EHMi6q0>*

[3] *<http://www.free21.org/die-ideologische-mobilmachung/>*

[4] *<https://www.tichyseinblick.de/meinungen/tichys-einblick-fand-die-herkunft-des-chemnitz-videos-heraus/>*

[5] *<https://www.huffingtonpost.de/entry/dortmund-neonazis-randalieren-in-den-strassen-und-die-polizei-lasst-sie_de_5ba5fec9e4b069d5f9d322b6>*

[6] *<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article182143788/Kinderbetreuung-Hamburger-Kita-wirbt-mit-niedrigem-Migrantenanteil.html>*

[7] *<https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl_2017/wahlergebnisse-2017-so-haben-die-bundeslaender-bei-der-bundestagswahl-gewaehlt_id_7631289.html>*

[8] **Ingo Hasselbach, Winfried** Bonengel: Die Abrechnung [AtV, 2001]

[9] *<https://www.zeit.de/2012/49/Gerhard-Schroeder-Neonazis>*

[10] *<http://www.3sat.de/page/?source=/kulturzeit/tips/164243/index.html>*

[11] *<https://www.zeit.de/2014/33/markus-decker-westdeutsche-im-osten-zweite-heimat>*

[12] **ARD, Infratest dimap. n.d. Statista. Zugriff am 26. November 2018. Verfügbar unter** *<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/752/umfrage/zufriedenheit-mit-dem-funktionieren-der-demokratie-in-deutschland>*

[13] **YouGov. n.d. Statista. Zugriff am 26. November 2018. Verfügbar unter** *<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/623865/umfrage/empfinden-ob-der-rechtsextremismus-ein-ostdeutsches-problem-in-deutschland>*

Autor: Katrin McClean

schreibt Krimis für Erwachsene und Detektivhörspiele für Kinder. Als Friedensaktivistin ist sie der Verbreitung von Feindbildern als Mittel der medialen Kriegsführung auf der Spur.

www.katrinmcclean.de

‹http://www.free21.org/?p=30804›

Ilyushin IL-20M (Foto: Alan Wilson, wikimeidia, CC BY-SA 2.0)

Die Folgen einer **Provokation**

Am 17. September 2018 schoss die syrische Luftabwehr versehentlich ein russisches Aufklärungsflugzeug vom Typ IL-20 ab. Dies beruhte auf der Tatsache, dass die etwa 100 Kilometer entfernten Zielerkennungssysteme der von den Syrern benutzten Flugabwehr-Systeme vom Typ S-200 nicht in der Lage waren, eine saubere Freund-Feind-Kennung der Zielobjekte zu liefern. Der Tod von 15 russischen Militärangehörigen hat weitreichende Konsequenzen.

von Peter Frey

Die im Landeanflug auf Khmeimin befindliche IL-20 war in geringer Flughöhe von vier israelischen F-16-Kampfflugzeugen als Deckung benutzt wurden. Die F-16 hatten zuvor ein angebliches Militärobjekt der Hisbollah bei Latakia angegriffen – nur zehn Kilometer vom russischen Stützpunkt Khmeimin entfernt (1).

Dieser Abschuss hat erhebliche Folgen und diese treffen Akteure im Syrien-Krieg, die im Rahmen der allgemeinen Berichterstattung zur nun erfolgten Lieferung von modernen russischen S-300 Flugabwehrsystemen an Syrien interessanterweise nicht benannt werden. Vielmehr fokussieren die Medien auf Israel und dessen zukünftige Möglichkeiten, auch weiterhin Luftangriffe auf Objekte in Syrien durchzuführen; hierbei werden immer wieder die Tarnkappen-Fähigkeiten der als Wundervogel deklarierten US-amerikanischen F-35 herausgestellt (2). Dabei geht es um viel mehr, als um die S-300, die über eine zuverlässige Freund-Feind-Kennung verfügen.

Bei allen Angriffen, welche Syrien seit Kriegsbeginn bis zu diesem Tag aus der Luft trafen, waren es allein die Syrer, die die aktiven Defensivhandlungen zur Abwehr durchführten. Die russische Rolle beschränkte sich im Prinzip auf die Bereitstellung von Aufklärungsdaten und im Vorfeld auf die Ausbildung der Syrer an den komplexen, miteinander agierenden, verschiedenen Waffensystemen. Eine De facto-Flugverbotszone hatte Russland lediglich über Khmeimin und den Marinehafen Tartus aufgespannt und auch dort wurden feindliche Objekte nur dann aktiv bekämpft, wenn sie direkt auf die russischen Stützpunkte zielten.

Die Angriffe auf Latakia – durch westliche Propagandamedien in typischer Manier als „die Assad-Hochburg“ tituliert (3) – waren vom Zeitpunkt her wohl gewählt. Nur wenige Stunden zuvor hatten die Türkei, der Iran und Russland – akzeptiert von der syrischen Regierung – eine Deeskalationsvereinbarung für die mit zehntausenden islamistischen Terroristen, aber auch etwa zwei Millionen Zivilisten vollgestopfte Provinz Idlib unterzeichnet. Selbst die ARD-Tagesschau räumte in ihren Berichten – ansonsten von Anti-Assad-Propaganda nur so triefend – ein, dass sich das Idlib-Problem in der Präsenz von tausenden, vor allem

Publiziert auf Free21 am 3.11.2018, 6:00 Uhr

ausländischen islamistischen Kämpfern manifestiert (4).

Die Vereinbarung sieht einen Abzug schwerer Waffen der „moderaten Opposition“ von den Frontlinien zur syrischen Armee und ihren Verbündeten vor. Dem sollte der Rückzug der Kämpfer und die Übernahme der Kontrolle durch türkische und russische Militärpolizei folgen. Außerdem wurde die Öffnung von Korridoren vereinbart, über die Zivilisten Idlib verlassen können. Die Provinz Idlib liegt nur wenige Dutzend Kilometer vom in der darauf folgenden Nacht angegriffenen Latakia entfernt (5).

Zuvor hatte nach bekanntem Muster eine wochenlange, geradezu hysterische Kampagne westlicher Medien und Politiker – in heuchlerischer Sorge um die Zivilbevölkerung – „gewarnt“ vor einem „Giftgasangriff Assads“ und unverhüllt mit militärischer Gewalt gedroht (6). Völkerrecht – wenn es überhaupt jemals gelebt wurde – existiert nur noch auf dem Papier. Schwankend, aber letztlich willig hatten sich Deutschlands Spitzenpolitiker in diese Schmierenkomödie eingereiht und die Unterstützung deutscher Soldaten für einen „vergeltenden Militärschlag“ angeboten.

Israel hat in den vergangenen Jahren über 200 mal Syrien angegriffen (7). Dafür setzte es Kampf-Jets der Typen F-15 und F-16 ein. Nachdem die syrische Luftabwehr in den vergangenen Jahren mittels russischer Hilfe modernisiert und deren Bedienung qualifiziert wurde, stieg das Risiko für die aggressiven Akte der israelischen Luftwaffe (IDF) an, schmerzhafte syrische Gegenwehr zu erfahren. Bis schließlich im Februar 2018 – erstmals seit Jahrzehnten – ein israelisches Kampfflugzeug über Syrien abgeschossen wurde (8).

Danach änderten die Israelis ihr Vorgehen endgültig in die – bereits zuvor schon praktizierte Taktik (9) – der völkerrechtswidrigen Nutzung libanesischen Luftraums, um von dort aus Syrien mit Luft-Boden-Raketen anzugreifen. Bei der Attacke vom 17. September missbrauchten sie schließlich – vom Mittelmeer aus – den Luftraum über internationalen Gewässern (10). Die hochmoderne russische Luftabwehr in diesem Gebiet, die ohne weiteres in der Lage gewesen wäre, die F-16 vom Himmel zu holen, wurde nicht eingesetzt. Das wusste Israel! Nicht aus Geheimdienstquellen, sondern weil Russland in Syrien eine ganz klare Doktrin fährt und diese hat etwas mit der Anerkennung syrischer Souveränität, wie auch israelischer Nöte zu tun.

Russland greift dort aktiv ein, wo man Syrien der Souveränität über sein Staatsgebiet beraubt hat, aber nicht dort, wo sie wiederhergestellt wurde. All das geschieht in enger Abstimmung mit den syrischen Militärs und unter ausdrücklicher Bitte der syrischen Regierung. Das ist ein anderes Herangehen, als das der gegen jedes Völkerrecht auf syrischem Boden operierenden westlichen Militärs. Im Gegensatz zu Jenen hat Russland syrisches Territorium in keiner Weise annektiert und sein Mandat bewegt sich in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht und der syrischen Verfassung.

Viele – gerade auch viele, die Russland positiv, ja solidarisch gegenüberstehen – fordern seit Jahren den massiveren Einsatz des russischen Militärs, samt seiner fortgeschrittenen Militärtechnik, um „reinen Tisch“ in Syrien zu machen. Dabei verkennen sie die oben beschriebene Doktrin, welche das willkürliche Ausspielen von Macht ausschließt und damit die von ihren Gegnern so sehr gewünschte Eskalation vermeidet.

Das erlaubt auch eine Berücksichtigung der Befindlichkeiten Israels und die sind paranoid (a1). Paranoia wurde dem Staat Israel praktisch in die Wiege gelegt, als er – wie ein Pfahl im Fleische – in arabischen Boden gerammt wurde. Keinen kann daher der massive Widerstand verwundern, der diesem Projekt von Anfang an durch die angestammten Bevölkerungen der Region entgegengesetzt wurde und ebenso verständlich ist natürlich das teilweise irrationale Bewusstsein der Israelis, permanent bedroht zu werden.

Russland hat starke Verbindungen zu Israel. Israels Bevölkerung hat sich in den letzten drei Jahrzehnten mehr als verdoppelt (11). Von acht Millionen Israelis haben etwa 1,5 Millionen Wurzeln in der

Die Raketenstartanlage des russischen Luftabwehrraketensystems S-300P (Foto: Leonidl; CC BY-SA 3.0)

Quellen:

(1) 20.9.2018; <https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/76345-neue-satellitenbilder-zeigen-nachwirkungen-israel-latakia-syrien/>

(2) 4.10.2018; <https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/77063-nach-verlegung-von-russischer-s300-israel-einsatz-f35/>

(3) 17.9.2018; <https://de.euronews.com/2018/09/17/syrien-luftangriffe-auf-assad-hochburg-latakia>

(4) 5.9.2018; <https://www.tagesschau.de/ausland/idlib-tuerkei-101.html>

(5) 18.9.2018; <http://www.taz.de/!5533435/>

(6) 6.9.2018; <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/frankreich-droht-assad-bei-giftgas-einsatz-in-idlib-mit-militaerschlag-15774604.html>

(7) 25.9.2018; <http://www1.cbn.com/cbnnews/world/2018/september/israel-strikes-200-iranian-targets-to-block-an-outpost-for-destroying-us-russia-throws-in-a-monkey-wrench>

(8) 10.2.2018; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-schiesst-israelischen-f16-kampfjet-ab-a-1192817.html>

(9) 17.3.2017; <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-03/naher-osten-syrien-israel-luftangriffe-grenzgebiet-buergerkrieg-syrische-armee>

(10) 18.9.2018; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/russischer-militaerflieger-offenbar-von-syrischen-luftabwehr-abgeschossen-a-1228657.html>

(11) 16.10.2018, 14:15 Uhr; <https://de.wikipedia.org/wiki/Israel#Bev%C3%B6lkerungswachstum>

(12) 17.11.2018; <https://www.deutschlandfunk.de/einfluss-der-ultraorthodoxen-russischsprachige-einwanderer.724.de.html?dram:article_id=400796>

(13) 8.12.2016; <https://de.rbth.com/gesellschaft/2016/12/08/wie-russen-ihre-judische-identitat-finden_654571>

(14) 5.5.2018; <https://de.sputniknews.com/politik/20180505320588826-israel-fla-raketenkomplexew-s-300-lieferung-syrien-syrien-russland/>

(15) 24.9.2018; <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/russland-will-luftabwehrsystem-an-syrien-liefern-15804257.html>

(16) 11.5.2018; <https://de.sputniknews.com/technik/20180511320669022-russland-keine-s300-lieferungen-syrien/>

(17) 23.9.2018; <https://de.sputniknews.com/politik/20180923322413247-chronologie-il20-abschuss/>

(18) 1.10.2018; <https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/76738-interview-nach-klarung-zukunft-idlib-kommt-frieden-syrien/>

(19) 10.5.2018; <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-05/syrien-israel-iran-angriffe-golanhoehen-lieberman-militaer>

(20) 23.9.2018; <https://de.sputniknews.com/politik/20180923322405526-israel-russland-il-20-abschuss-verantwortung/>

(21) 24.9.2018; <https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/76499-reaktion-auf-abschuss-von-il-s-300-fur-syrische-armee/>

(22) 21.10.2018; <http://www.deagel.com/Artillery-Systems/S-300PMU2_a000372002.aspx>

(23) 19.10.2018; <https://southfront.org/russian-specialists-are-converting-s-300pm-systems-delivered-to-syria-into-s-300pmu-2-favorit/>

(24) 2.10.2018; <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bundesregierung-will-tornado-einsatz-gegen-is-beenden-15818382.html>

F-16 der iraelischen Luftwaffe von der Ramon Air Base, Israel (Foto: Master Sergeant Kevin J. Gruenwald, US Air Force, gemeinfrei)

ehemaligen Sowjetunion beziehungsweise Russland (12). Andere Quellen gehen davon aus, dass sogar bis zu einem Viertel aller Einwohner Israels von dort stammen (13). Angesichts dessen scheint es mir zu simpel, von einer gegenseitigen Feindkennung der beiden Staaten auszugehen.

Wie aggressiv auch Israel gegenüber Syrien auftrat, so bedacht war es, nicht mit dem russischen Militär in Konflikt zu geraten. Bis zum 17. September 2018 funktionierte das im Großen und Ganzen. Russland war seinerseits bemüht, verlässliche Beziehungen mit Israel zu pflegen und das bekam auch Syrien zu spüren. Schon 2010 hatten Russland und Syrien einen Vertrag zur Lieferung von S-300 für das Jahr 2013 abgeschlossen, der auf Drängen Israels dann doch zurückgestellt wurde (14,15).

Als die Luftverteidigung Syriens von den westlichen Verbündeten, einschließlich Israels, seit 2017 immer intensiver ausgetestet wurde, kam das Thema S-300 im Frühjahr erneut ins Gespräch. Wieder sagte Russland den Israelis zu, die Lieferung des hochmodernen Waffensystems zu verschieben (16). Dass sich pro-iranische Kräfte – Berater und Milizen – aus einer 85 Kilometer breiten Zone von der israelischen Grenze entfernten und so eine relativ unkomplizierte Befriedung Südsyriens im Sommer 2018 ermöglichten, ist mit Sicherheit ebenfalls dem russischen Verhandlungsgeschick, einschließlich intakter Beziehungen zu Israel, zu verdanken (17,a2).

In Anbetracht der Vorgeschichte hat Israel wohl eine „Verkettung tragischer Umstände“ angestoßen (18). Es hatte seine eigene rote Linie, die definiert, was man sich alles in Syrien erlauben darf, so weit vorgeschoben (19), dass früher oder später eine Konfrontation mit dem russischen Militär heraufbeschworen werden musste. Das ist nun geschehen. Auf diese Weise erfahren wir aber auch, dass die Kommunikationskanäle zum gleichen Thema zwischen den USA und Russland offenbar funktionieren – und das ist wirklich ein gutes Zeichen. Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenko sagte dazu:

„Das Verhalten der israelischen Luftwaffe unterscheide sich somit radikal von jenem der US-Luftwaffe. Zwischen Russland und den Vereinigten Staaten gebe es einen Kommunikationskanal, über den die Parteien einander im Voraus über Einsatzpläne in verschiedenen syrischen Regionen in Kenntnis setzen würden. Dadurch würden rechtzeitig Maßnahmen ergriffen, um Gefahren – sowohl in der Luft als auch auf dem Boden – für russische und US-amerikanische Soldaten zu bannen.“ (20)

Russlands Reaktion ist dosiert, aber trotzdem weitreichend. Denn die S-300 sind es nicht allein. Es sei der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu zitiert:

Publiziert auf Free21 am 3.11.2018, 6:00 Uhr

„Die syrischen Streitkräfte erhalten innerhalb von zwei Wochen das moderne S-300-Boden-Luft-Raketensystem. Es ist in der Lage, Luftangriffe bei Reichweiten von mehr als 250 Kilometern abzufangen und gleichzeitig mehrere Luftziele zu bekämpfen. Mit hoher Immunität gegen Störsignale und hoher Feuerrate wird der Komplex die Kampffähigkeiten der syrischen Luftverteidigung erheblich stärken. Ich betone, dass wir auf Antrag der israelischen Seite im Jahr 2013 die Lieferung der S-300 nach Syrien ausgesetzt hatten, obwohl die syrischen Truppen bereits an diesem System ausgebildet wurden. Heute hat sich die Situation geändert, und das war nicht unsere Schuld.

Das russische Militär wird auch bessere Kontrollsysteme für die syrischen Luftabwehrtruppen liefern, die bisher nur an die russischen Streitkräfte geliefert werden. Das Wichtigste ist, dass dies die Identifizierung russischer Flugzeuge durch die syrischen Luftabwehrkräfte gewährleistet.

Die dritte Maßnahme ist eine Reihe von elektronischen Gegenmaßnahmen an der syrischen Küste, welche die Satellitennavigation, die Bordradarsysteme und die Kommunikation von Kampfflugzeugen, die Ziele auf syrischem Gebiet angreifen, unterdrücken werden. (21)

Der dritte Punkt ist von bedeutender Tragweite! Er schränkt nämlich die Möglichkeiten von Inherent Resolve, der sogenannten Mission westlicher Staaten zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, bei ihrem völkerrechtswidrigen Einsatz in Syrien weiter ein. Die Syrische Arabische Armee (SAA) bekommt Instrumente, die nicht nur Israel herunterkühlen. Perspektivisch sind diese auch unbedingt notwendig, wenn die SAA daran geht – notfalls mit Gewalt – die Souveränität über die Gebiete im Osten und Südosten des Landes wiederherzustellen. Das an Syrien gelieferte S-300PMU-2 System kann in einem Radius von 250 Kilometern den Luftraum überwachen und gleichzeitig 36 verschiedene, angreifende Objekte zerstören (22,b1).

Wie, in welcher Anzahl und wo die S-300 einschließlich der elektronischen Störsysteme eingesetzt werden, ist offen. Eine flächendeckende Sicherung syrischen Luftraumes werden auch sie noch nicht gewährleisten können. Es ist naheliegend, dass sie Syrien zuerst an dessen Mittelmeerküste sicherer machen werden, zumal sie sich dort auch mit den unter russischer Hoheit stehenden Abwehrsystemen vernetzen lassen.

Bis Ende November sollen syrische Einheiten in der Lage sein, das komplexe S-300 zu bedienen, einschließlich der Integration in die vorhandenen Strukturen der syrischen Luftverteidigung (23). Ab diesem Zeitpunkt wird die syrische Luftverteidigung auch eine bedeutende Kraft sein, um Provokationen des Westens zu unterbinden, die unweigerlich auftreten werden, wenn Idlib von den terroristischen Milizen befreit wird (a3). Bis dahin arbeitet die Diplomatie und versucht durch Verhandlungen, soweit möglich, militante Kämpfer zur Aufgabe zu bewegen.

Es ist zumindest bemerkenswert, dass die deutsche Regierung Anfang Oktober 2018 beschloss, den Einsatz deutscher Tornados zur Luftaufklärung, sowie eines Luftbetankungs-Flugzeuges – beide aktuell auch über Syrien unterwegs – im Folgejahr zu beenden. Gründe dafür wurden keine genannt (24).

Bitte bleiben Sie schön aufmerksam.

Karte von Syrien (Quelle: CIA World Factbook, gemeinfrei)

Anmerkungen:

(a1) Paranoia ist bei der Einschätzung israelischer Politik ausdrücklich nicht (ab)wertend gemeint. Sie drückt eine der Realität widersprechende, über die Maßen empfundene Gefahr aus, von äußeren Feinden, wie zum Beispiel dem Iran, existenziell bedroht zu werden.

(a2) Es sei darauf hingewiesen, dass sich die Präsenz iranischer Militärs in Syrien vollständig im Rahmen nationalen, syrischen Rechts als auch des Völkerrechts bewegt, deren abgestimmte Bewegungen auf syrischem Territorium also absolut legal sind. Ihr „Rückzug" aus den grenznahen Gebieten zu Israel ist daher als Geste guten Willens und dem zur Deeskalation zu werten.

(a3) Wir dürfen sicher davon ausgehen, dass mit Beginn der gewaltsamen Entwaffnung islamistischer Milizen in Idlib, „ganz furchtbare Giftgas-Anschläge des Assad-Regimes" den Westen „verpflichten", in den Konflikt auf eskalierende Weise einzugreifen.

Autor: Peter Frey

Baujahr 1960 und seit 1965 Dresdner, ist gelernter Autoschlosser, war LKW-Fahrer, Taxifahrer, selbständig in der IT-Beratung, insolvent, Sozialhilfeempfänger, Hartz IV-Empfänger, studierte schließlich ab 2004 Informationstechnik und ist seit Jahren in seiner Heimatstadt Dresden in der Friedensbewegung aktiv, um Menschen aufzuwecken und so zu aktivem, selbst bestimmten, dem kleinen wie dem großen Frieden gewidmeten Handeln zu bewegen. Seit einigen Jahren ist er hauptberuflich als Administrator tätig und betreibt nebenher den Blog Peds Ansichten.

www.peds-ansichten.de

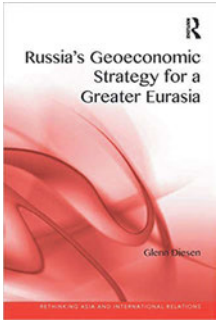
Dieser Text wurde zuerst am 25.10.2018 auf Peds Ansichten unter der URL ‹https://peds-ansichten.de/2018/10/syrien-luftabwehr-israel-abschuss-il-20-s-300/› veröffentlicht. Lizenz: Peter Frey, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=30557›

Der kalte Krieg um **Eurasien** – von Moskau aus betrachtet

Wer sich wundert, wie es nach einer Phase der Entspannung in den 1990er Jahren zu dem neuen Kalten Krieg, der akuten Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen den USA und Russland sowie der allgegenwärtigen Dämonisierung Russlands kommen konnte, dem sei das neue Buch „Russia's Geoeconomic Strategy for a Greater Eurasia" von Glenn Diesen aus dem Jahr 2017 empfohlen.

von einem Gastautor auf www.norberthaering.de



Das Cover der Buchausgabe der geopolitischen Analyse von Glenn Diesen.

Bild oben: Eurasien ist ein geographisch-geologischer Begriff für Europa und Asien als ein zusammengefasster Kontinent. Er hat eine Fläche von 55 Millionen Quadratkilometern und etwa 4,6 Milliarden Einwohner. (Grafik: TUBS, Lizenz: CC BY-SA 3.0)

In der gebundenen Variante ist das Buch mit knapp 130 Euro leider sehr teuer – Qualität hat offensichtlich ihren Preis. Es gibt eine eBook-Version für 31 Euro, aber nur beim amerikanischen Fast-Monopolisten Amazon.

Der Autor von „Russia's Geoeconomic Strategy for a Greater Eurasia" Glenn Diesen stammt aus Norwegen. Er hat in Australien und in St. Petersburg studiert, in Australien in Philosophie und in den Niederlanden in Sozialwissenschaften promoviert. Er lehrte zunächst an Universitäten in Australien und ist derzeit Professor an der NRU Higher School of Economics in Moskau, die als eine der drei führenden Universitäten Russlands gilt.

Ökonomische Machtpolitik

Der für das Buch zentrale Begriff „Geoeconomics" lässt sich definieren als „Machtpolitik unter Einsatz ökonomischer Mittel unter besonderer Berücksichtigung geographischer Realitäten". Geoökonomische Politik will ein Netz von multipolaren ökonomischen Beziehungen schaffen, von denen das eigene Land natürlich in besonderem Maße profitieren sollte, die aber dennoch Vorteile für alle Parteien bieten müssen, damit sie nachhaltig sind. Davon abzugrenzen ist die Geopolitik, die auf politische und in der Folge dann auch oft militärische Machtmittel setzt.

Diesens Analyse nimmt ihren Ausgangspunkt in der einflussreichen Heartland-Theorie, die der britische Geograph Halford John Mackinder entwickelte und 1904 vorstellte. Sie wurde dann von dem einflussreichen amerikanischen Politikwissenschaftler Nicolas John Spykman weiterentwickelt. Die Heartland-Theorie hat illustre US-Außenpolitiker wie die US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski und Henry Kissinger ebenso maßgeblich beeinflusst wie manche Präsidenten, darunter Ronald Reagan. Gemäß dieser Theorie ist Eurasien wegen seiner enormen Ressourcen an Bevölkerung, Energie und Rohstoffen das eigentliche Machtzentrum der Welt („Heartland"). Maritime Groß-

Publiziert auf Free21 am 30.10.2018, 6:00 Uhr

mächte außerhalb Eurasiens wie Großbritannien und später den USA („Rimland“) müssten sich daher zur Aufrechterhaltung ihrer geostrategischen Vormachtstellung stets darum bemühen, im Rahmen eines „Teile-und-herrsche“-Ansatzes eine geoökonomische Integration Eurasiens zu verhindern. Der gegen 1500 abgeschlossene Niedergang der Seidenstraße als ökonomisches Netzwerk Eurasiens erst habe den Aufstieg des Westens in Gestalt des britischen Empires und später den USA möglich gemacht.

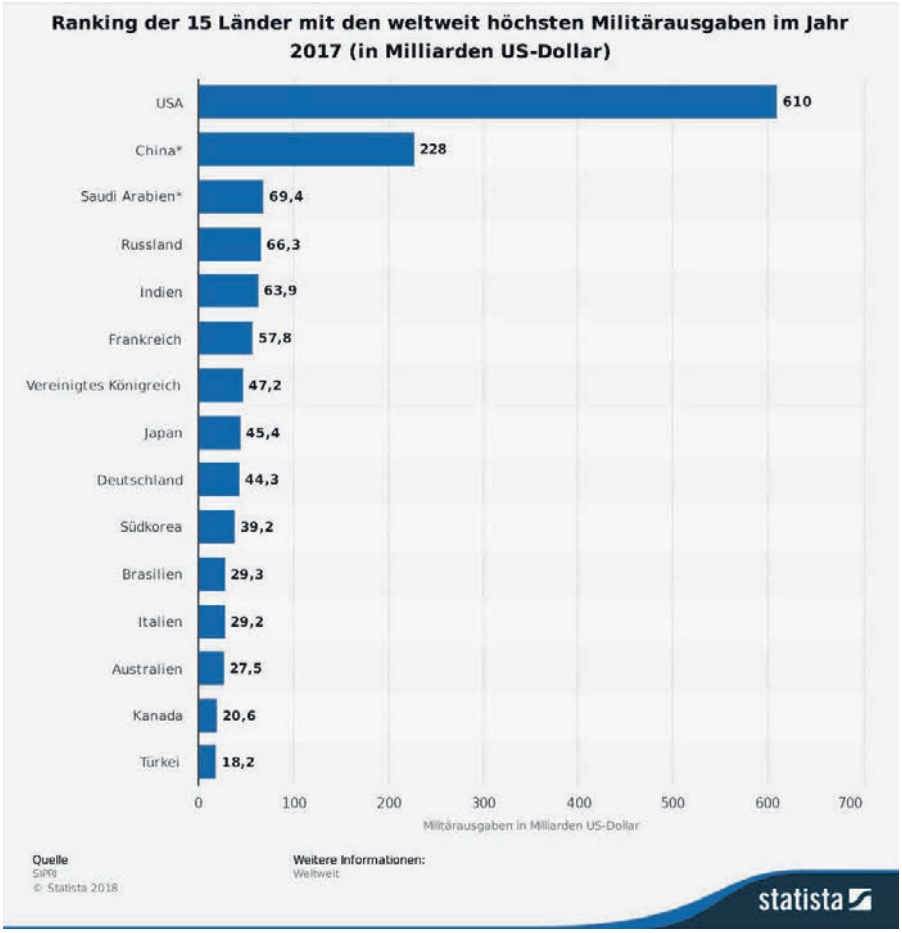
Die westlichen Großmächte hätten seither versucht, jeden Ansatz geoökonomischer Integration Eurasiens im Keim zu ersticken und den Kontinent vom Rand her zu beherrschen. Mit dem Wiederaufstieg Chinas als ökonomischem Powerhouse Asiens und der Annäherung Chinas und Russlands kommt es nun zu der von der US-Regierung so gefürchteten geoökonomischen Integration des Großkontinents und damit zu einem sich beschleunigenden Machtverlust der USA, den diese verzweifelt und mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Die USA, so Diesen,

„… haben strategische Interessen, die ökonomischen Bindungen zwischen bedeutenden eurasischen Landmächten wie Russland, China, Deutschland und dem Iran diametral entgegenstehen“.

Ronald Reagan sagte im Jahr 1988: „Die grundlegenden nationalen Sicherheitsinteressen der USA wären gefährdet, wenn ein feindlicher Staat oder eine Gruppe von Staaten die eurasische Landmasse dominieren – den Bereich auf dem Globus, der oft als das Heartland der Welt bezeichnet wird.“ Und erst kürzlich betonte der aktuell für Europa und Eurasien zuständige Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium Wess Mitchell:

> „Es gehört weiterhin zu den wichtigsten nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten, zu verhindern, dass feindliche Mächte die eurasische Landmasse dominieren.“

Am klarsten hat Brzezinski in seinem Buch „The Great Chessboard“ das Verhältnis der USA zu anderen Nationen definiert. Die drei Hauptziele der hegemonialen geopolitischen Strategie seien es,



Die fünfzehn Länder mit den weltweit höchsten Militärausgaben im Jahr 2017. Im Jahr 2017 beliefen sich die Militärausgaben der USA auf rund 610 Milliarden US-Dollar (716 Mrd. in 2018). Insgesamt betrugen die weltweiten Militärausgaben im Jahr 2017 laut Quelle rund 1,74 Billionen US-Dollar. Davon entfielen 35% auf die USA. (Quelle: SIPRI. n.d. Statista. Zugriff am 30. Oktober 2018)

> Bündnisabsprachen zwischen Vasallen zu verhindern und deren Abhängigkeit in Sicherheitsfragen zu erhalten, die Zahlungsbereitschaft Tributpflichtiger sicherzustellen und zu verhindern, dass sich die Barbaren zusammenschließen“. Und Paul Wolfowitz, stellvertretender US-Verteidigungsminister unter Präsident George W. Bush, definierte die Regionen, um die es dabei geht, als „Westeuropa, Ostasien, das Territorium der früheren Sowjetunion und Südwestasien“.

In der Zeit des ersten Kalten Krieges stand die Eindämmung der Sowjetunion im Mittelpunkt. Die Sowjetunion als kommunistisches Land in einem kapitalistischen Umfeld habe dabei den Fehler gemacht, die geoökonomischen Bindungen an die Nachbarn zu vernachlässigen. Ihre starke geopolitische, aber nicht geoökonomische Ausrichtung als größte Militärmacht Eurasiens habe die USA gezwungen, neben ihrer zur Erringung und Erhaltung der Position als Weltmacht notwendigen Flotte auch noch eine enorme und kostspielige Landarmee aufzubauen. Die Russische Förderation als Nachfolgestaat der Sowjetunion sei von der geopolitischen auf die wesentlich effektivere geoökonomische Strategie umgestiegen. Dagegen seien die USA bei ihrem Ansatz militärischer Machtentfaltung geblieben, hätten jedoch ihre Vorgehensweise geändert: Statt die Machtverhältnisse auf dem eurasischen Kontinent von außen auszubalancieren, sähen sie Eurasien nun als „großes Schachbrett“, auf dem sie sich direkt militärisch engagieren.

USA droht finanzielle Überforderung

Die enormen Kosten des Militärapparats mit seinen weltweit rund 1000 Stützpunkten drohen die USA ökonomisch zu überfordern.

> [Die Erhaltung der] globalen Hegemonie ist zu einem finanziell nicht durchzuhaltenden Unterfangen geworden mit Blick auf die steigende Verschuldung und die soziale Ungleichheit [in den USA]",

schreibt Diesen. Es sei inzwischen zu der neuen Situation gekommen, dass die USA, aber auch die EU und Japan Schulden in einem nicht mehr nachhaltigen Ausmaß angehäuft hätten, während China, Russland und andere Schwellenländer die wichtigsten Kreditgeber seien. Die USA hätten sich auf den Weg hin zum Bankrott begeben.

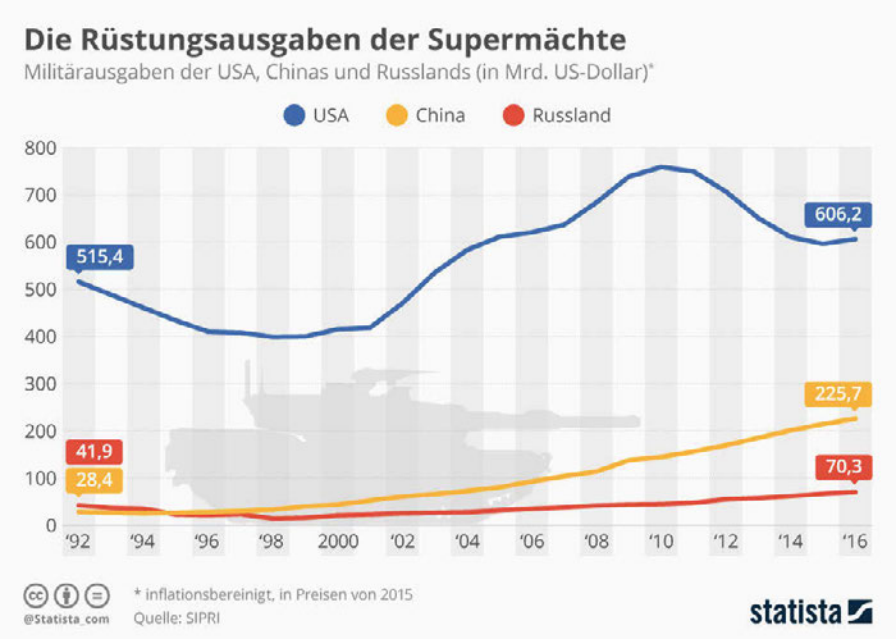
Washington widersetze sich gleichwohl jeglicher Reform seiner Außenpolitik hin zu geoökonomischen Strategien und sehe Militärmacht weiterhin als das zentrale Instrument zur Erhaltung des „unipolaren Moments" der Weltgeschichte, der mit dem Untergang der Sowjetunion als zweite Supermacht begann. Die Konzentration auf militärische Macht unter Vernachlässigung der Bewahrung des eigenen Wohlstands habe sich nach dem Ende des Kalten Kriegs sogar noch verfestigt. So sei der zwischenzeitliche Ansatz, mittels Freihandelsabkommen wie TTIP und TPP Russland und China ökonomisch zu marginalisieren, wieder aufgegeben worden.

Die Vereinigten Staaten versuchten, den Aufstieg konkurrierender Machtzentren zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen – mit der Folge, dass ihnen die Kontrolle über die entstehende internationale Infrastruktur entgleitet, die nun ohne oder gegen den Westen entwickelt werde. Ihre aggressive Politik habe das Zusammenrücken ihrer wichtigsten Rivalen in Asien ausgelöst. Mit dem ökonomischen Niedergang durch die Überbetonung des Militärischen gehe den USA zudem die Option verloren, ihren Verbündeten wirtschaftliche Vorteile zu bieten.

Russland gibt Ziel der Westintegration auf

Russland wiederum habe spätestens seit dem amerikanisch-europäisch initiierten Putsch in der Ukraine im Jahr 2014 seine fast 200-jährige Politik der Bemühungen um Integration in Europa bzw „den Westen" aufgegeben. Man habe erkannt, dass man sich damit in zu große Abhängigkeiten begeben habe, die vom Westen unter anderem in der Zeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unter dem ersten russischen Präsidenten Boris Jelzin gnadenlos ausgenutzt worden seien. Die russische Elite habe realisiert, dass sich aus einer Bittstellerposition heraus keine politischen und ökonomischen Vorteile erzielen lassen. Russland wolle sich als eine Schlüsselmacht Eurasiens etablieren und setzt darauf, dass es aufgrund seiner Landmasse die Transportkorridore kontrolliert und der mit Abstand wichtigste Energielieferant des Großkontinents ist.

Russland sieht sich dabei typischen geoökonomischen Problemen gegenüber – etwa, dass das Land den kleineren Partnern in Asien trotz der gegebenen Asymmetrie genügend Vorteile bieten muss, so dass für diese die Integration attraktiv bleibt. Russland versucht zudem der Falle zu entkommen, in der sich viele rohstoffexportierende Länder befinden: Man exportiert Erdöl und Erdgas und muss sämtliche höherwertigen und komplexeren Güter importieren. Dem steuert Moskau mit einem ehrgeizigen Plan der Revitalisierung der eigenen Industrie entgegen. Die USA und Europa versuchten dies mit den Sanktionen nach Kräften zu sabotieren. Dennoch sei zu erwarten, dass Russland von der eurasischen Integration stark profitieren und sich in Zukunft positiv entwickeln wird. Russland müsse allerdings bestrebt sein, im Verhältnis zu seinem extrem wichtigen, aber wirtschaftlich wesentlich stärkeren Partner China nicht den Kürzeren zu ziehen.



2016 investierte die Volksrepublik 226 Milliarden US-Dollar in ihr Militär. Die USA gaben im selben Jahr 606 Milliarden US-Dollar aus. Zum Vergleich: das deutsche Militärbudget belief sich 2016 auf 41 Milliarden US-Dollar. (Quelle: Mathias Brandt (2018), Daten des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) zugegriffen am 26. November 2018)

Publiziert auf Free21 am 30.10.2018, 6:00 Uhr

China wiederum hat seine Politik der vergangenen Jahrzehnte aufgegeben, sich im Inneren ökonomisch zu modernisieren und sich nach außen unauffällig zu verhalten, um diese Modernisierung nicht zu gefährden. Das Land setze nun seine industriellen Überkapazitäten und enormen Währungsreserven in einer neomerkantilistischen Politik ein. Unter dem Stichwort der Neuen Seidenstraße oder „One Belt, One Road" sollen die Rohstoffquellen und Absatzmärkte Chinas diversifiziert werden. Chinas Führung fühlt sich zunehmend unwohl in der Beziehung mit den USA und ist sich im Klaren darüber, dass es derzeit noch bilateral den Kürzeren zieht. Sowohl der gewaltige Leistungsbilanzüberschuss als auch die hohen Schulden, die die USA in China haben, machten das Reich der Mitte anfällig. Das zeige sich bereits im aktuellen amerikanisch-chinesischen Handelskrieg, könnte sich aber laut Diesen noch wesentlich zuspitzen, sofern die USA ihre Auslandsschulden nicht zahlen oder durch Inflationierung entwerten. Peking sei zunehmend daran interessiert, sich aus der ungünstigen Abhängigkeit von seinem Hauptschuldner zu lösen.

Unilateralismus der EU

Für deutsche Leser sind Diesens Hinweise zur Position Europas besonders relevant und interessant. Die EU sei eine „bürokratische und regulatorische Supermacht", die Zugang zu ihrem enormen Markt nur unter Akzeptanz diskriminierender Bedingungen erlaubt und sich so ein Netz asymmetrischer Machtbeziehungen geschaffen hat, von dem ihre Mitgliedsländer und Großkonzerne in besonderem Maß profitieren. Asymmetrische Machtbeziehungen gebe es auch im Inneren der EU, wo die großen und wirtschaftlich starken Mitgliedsländer – vor allem Deutschland – mit einer neomerkantilistischen Wirtschaftspolitik deutlich überproportional profitieren.

Die EU ist laut Diesen einem europäischem Unilateralismus verbunden, so wie es die USA auf globaler Ebene handhaben. Die EU betrachte sich als das einzige Gravitätszentrum Europas und strebe stark asymmetrische Abhängigkeitsbeziehungen in Form konzentrischer Ringe von Staaten mit unterschiedlichem Grad der Integration in die EU an. Russland hingegen als ein weiteres Machtzentrum mit 180 Millionen Einwohnern, enormen Energievorräten, umfangreichen Rohstoffvorkommen und seiner fast endlosen Landmasse lasse sich nicht in dieses System konzentrischer Kreise integrieren. Versuche in den 1990er und 2000er Jahren, Russland eine Agenda zu diktieren, die in den bilateralen Beziehungen die EU begünstigen und Russland benachteiligen sollte, seien gescheitert. Diesen kritisiert, dass sich die EU als unfähig erwiesen habe, Russland ausreichende Vorteile zuzugestehen, die dem europäisch-russischen Verhältnis Stabilität gegeben hätten.

> „Die EU hat damit nicht erkannt, dass es in der Ära der Geoökonomik eine vollkommen neue Dynamik der Außenbeziehungen geben muss",

so Diesen. Die EU sei – wie die USA – noch der Epoche der Geopolitik verhaftet, die nicht selten mit militärischen Mitteln umgesetzt werde. Die EU sei dadurch eine Quelle der Instabilität geworden, indem sie beispielsweise extreme antirussische Gruppierungen in den baltischen Staaten, Georgien und der Ukraine fördere. Dieser Ansatz sei auch für die EU selbst gefährlich, da externe Akteure wie Russland dazu gedrängt würden, zur Schadensbegrenzung Spaltungen und Divergenzen innerhalb der EU auszunutzen und zu vertiefen. Die Verhandlungsmacht der EU nehme dabei aber stetig ab, da Westeuropa als Wirtschaftspartner längst nicht mehr die einzige Option für das inzwischen auf Asien ausgerichtete Russland sei.

Dem neuen Kalten Krieg liegt, wie Diesen überzeugend ausführt, mit dem Aufstieg von Asien und insbesondere China die größte Umverteilung von geoökonomischer Macht seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zugrunde. Auf der Gewinnerseite befinden sich die eurasischen Landmächte China und Russland, auf der Verliererseite die USA als wichtigste maritime Macht, die versucht, sich ihrem Niedergang entgegenzustellen. Auch Europa werde marginalisiert: Der Aufstieg von China und Russland führt laut Diesen dazu, dass sich die EU ökonomisch gesehen nicht mehr wie gegenwärtig in der Mitte des europäischen Kontinents befindet, sondern an der Peripherie des eurasischen Großkontinents.

Der Autor rät den USA, ihre dominante Position dazu zu nutzen, ein für sie vorteilhaftes Format einer multipolaren Wirtschafts- und Sicherheitsarchitektur mitzugestalten, statt auf die unweigerlich verloren gehende Unipolarität zu setzen. Sie sollten auch wieder verstärkt auf Zuckerbrot und weniger auf Peitsche zu setzen, was erfolgversprechender sei. Der EU empfiehlt er mehr Rationalität, was ihren schwindenden Zusammenhalt und ihre Verhandlungsmacht mit externen Akteuren wie Russland betrifft. Diesen räumt jedoch ein, dass von derartigen Veränderungen bislang wenig zu erkennen ist. Somit dürfte der neue Kalte Krieg weitergehen – bis der Westen irgendwann Vernunft annimmt.

Das 1963 bis 1967 erbaute Berlaymont-Gebäude in Brüssel ist der Sitz der Europäischen Kommission (Foto: CCo)

Dieser Text wurde zuerst am 04.10.2018 auf http://norberthaering.de/ unter der URL ‹http://norberthaering.de/de/buchtipps/29-buchtipps/1036-eurasien› veröffentlicht. Der Autor bleibt anonym. Lizenz: Norbert Häring

‹http://www.free21.org/?p=30514›

Linkes Bild: Die RENWO-Datenbank ist für registrierte Benutzer kostenfrei einsehbar (Foto: Screenshot Eulu.info/renwo). Rechts + unten: Symbolbilder (Fotos: Pixabay, CCo)

RENWO – die Plattform für mehr Transparenz

Von Produkten, Politikern und dem, was wer zu bieten hat …

von Andrea Drescher

Es gibt in Österreich eine Plattform namens Wer liefert Was. Dort erfährt der Interessierte, von welchem Anbieter man welche Produkte und Dienstleistungen beziehen kann. Man weiß anschließend, was man von wem erwarten kann – je nach Ausrichtung des Unternehmens. Die Plattform mit dem weniger naheliegenden Namen RENWO https://eulu.info/renwo/ hat unter dem Motto „The Elite is no longer invisible" Ähnliches zu bieten.

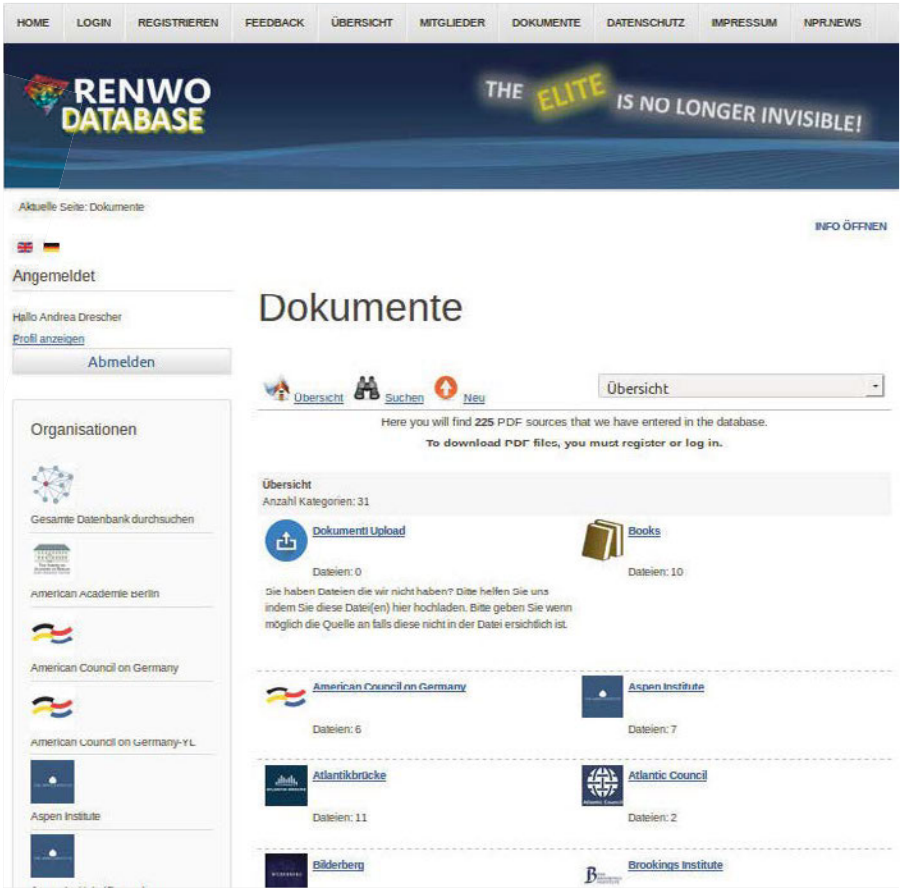
Ein Besuch dieser Plattform hilft aufzuklären, welche Message man von welcher öffentlich bekannten Person erwarten oder wie man deren Aussagen einordnen kann – je nach Ausrichtung des oder der Think-Tanks, in dem derjenige jeweils organisiert ist beziehungsweise war. Man erfährt dort im Detail, welche Politiker, Journalisten und unternehmerischen oder industrienahen Personen sich in welcher transatlantischen Organisation engagieren, so dass man einen Eindruck gewinnt, was diese Person wohl an die Öffentlichkeit bringen soll.

Der Gründer von RENWO, Werner Nosko.

Während die kommerzielle Plattform mit erheblichen Geldmitteln betrieben wird und natürlich wirtschaftlichen Zwecken dient, ist RENWO eine rein private Initiative des aus Tirol stammenden und in Wien lebenden Friedensaktivisten Werner Nosko, der auch die Informationswebseite npr.news.eulu.info betreibt. Dieser hat in mühseliger Kleinarbeit die verschiedenen öffentlich zugänglichen Informationen zu bekannten und weniger bekannten Think-Tanks und transatlantischen Organisationen analysiert und in eine für Recherchezwecke geeignete Datenbank-Form übertragen.

Befragt nach seiner Motivation für Aufbau und Betrieb der Plattform sagt Wer-

Publiziert auf Free21 am 10.10.2018, 6:00 Uhr



ner Nosko: „Ich bin selbst daran interessiert zu erfahren, ob ein Politiker in irgendeinem Think-Tank oder einer anderen transatlantischen Organisation engagiert ist. Die Suche danach war immer aufwendig und mühsam. Das wollte ich mir und anderen leichter machen. Jetzt, nachdem ich die Informationen in einer Datenbank zusammengefasst habe, können Journalisten und Politik-Interessierte mit wenigen Klicks feststellen, wer sich wo engagiert und daher vermutlich „das Passende“ liefert.“

Die Plattform steht allen Interessierten zur Verfügung. Einzige Voraussetzung zur Nutzung ist die einfache Registrierung – danach kann man anfangen, in der Datenbank zu recherchieren. Die Quellen, das heißt die jeweils aktuellen Informationen aus den verschiedenen Organisationen, auf deren Basis die Datenbank aufgebaut wurde, stehen als PDF-Dokumente ebenfalls zum Download zur Verfügung. Auch die Webseiten der Organisationen sind unter einer Kurzbeschreibung verlinkt, so dass man direkt weiterrecherchieren kann. Damit hat Werner Nosko ein äußerst nützliches Hilfsmittel geschaffen, wenn man Überparteilichkeit und Unabhängigkeit von bestimmten Personen überprüfen möchte.

Die Recherche-Datenbank hat nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Im Gegenteil. Sie ist „work in progress“ und wird regelmäßig aktualisiert. Hinweise auf fehlende globale Organisationen, die aufzunehmen wären oder bekannte Mitgliedschaften von öffentlich relevanten Personen nimmt Werner Nosko gerne entgegen, um die Recherche-Plattform auf einem möglichst aktuellen und umfassenden Stand zu halten.

Dass es sich um ein privates Projekt handelt, wird zwar in der doch etwas gewöhnungsbedürftigen Benutzeroberfläche deutlich, die Inhalte lassen dafür aber kaum zu wünschen übrig.

Angefangen bei der American Academy Berlin, Bilderberg, Club of Rome bis zu Weltbank oder Weltwirtschaftsforum: Alle wesentlichen Organisationen sind vertreten. Man kann in über 78.000 Datensätzen recherchieren und erhält, wenn man nach einer Person sucht, unter anderem sämtliche Organisationen, in denen diese beteiligt ist, den Herkunftsstaat und die offiziell bestätigte Rolle der Person in der jeweiligen Organisation sowie den Zeitraum dieser Tätigkeit.

Beim Grünen-Politiker Cem Özdemir finden sich zum Beispiel diverse Einträge, die zumindest Zweifel an der Unabhängigkeit aufkommen lassen.

Spannend sind auch Informationen zu den Spendern der jeweiligen Organisationen. So kann man erfahren, dass die Abu Dhabi National Oil Company dem Atlantic Council jährlich zwischen 250.000 und 999.000 US-Dollar spendet. Völlig uneigennützig natürlich.

Das Motto von Renwo stimmt wirklich: The Elite is no longer invisible!

Autor: Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin – je nachdem was gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.

‹http://www.free21.org/?p=30178›

Pentagon-Pressesekretär Peter Cook beantwortet Fragen von Reportern während eines Briefings im Pentagon, 23. Februar 2016. Cook sprach den Plan des Verteidigungsministeriums an, die Haftanstalt in der Naval Station Guantanamo Bay, Kuba, zu schließen. (Foto: DoD, Navy Petty Officer 1st Class Tim D. Godbee)

Die **Propaganda**-Fabrik

27.000 Menschen arbeiten im Auftrag des Pentagons daran, die öffentliche Meinung im Sinne der US-Eliten zu manipulieren.

von Thomas Röper

Wenn jemand glaubt, dass die Mainstream-Medien unabhängig über militärische Konflikte der USA – wie aktuell etwa in Syrien – berichten, dann sollten Sie ihm diesen Beitrag zu lesen geben. Tatsächlich beschäftigte das Pentagon schon 2009 sage und schreibe 27.000 Mitarbeiter, die ausschließlich für das mediale Aufpolieren der US-Kriege zuständig waren. Und nein, das ist keine Verschwörungstheorie, die Tatsachen sind belegt, geraten jedoch erstaunlich schnell in Vergessenheit.

Die New York Times hat schon 2008 darüber berichtet und auch der Spiegel brachte damals dazu einen Artikel [1], in dem man lesen konnte:

> „Mit einer gigantischen PR-Truppe hat die Bush-Regierung die Öffentlichkeit in den USA seit Jahren hinters Licht geführt. Ein Enthüllungsbericht der ‚New York Times' zeigt jetzt, wie gezielt und perfide das System der Desinformation funktioniert."

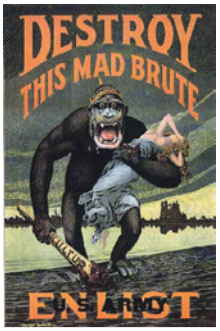
Weiter berichtete der Spiegel:

„Wenn US-Zuschauer die Nachrichten aus dem Irak auf TV-Kanälen wie CNN, Fox News, NBC oder ABC schauen, sollten sie ihren Ohren lieber nicht trauen. Wie ein Bericht der ‚New York Times' enthüllt, unterhält das US-Verteidigungsministerium bis zum heutigen Tag eine Truppe von TV-Militärexperten, um seine Sicht der Dinge auf den Irak und den Krieg gegen den Terror zu verbreiten."

Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass die Meldungen, die wir in Deutschland zu diesen Themen bekamen, über Nachrichtenagenturen wie Reuters zu uns kamen. Und Reuters berichtet über das, was sogenannte Experten in den US-Nachrichten erzählen.

Man sollte also auch den deutschen Nachrichten zu diesen Themen besser nicht trauen, nur sagt der Spiegel dies natürlich nicht. Er kann ja schlecht sagen „Glaubt mir kein Wort mehr!"
Weiter hieß es in dem Artikel:

„Besonders praktisch: Die Regierung musste ihre PR-Experten nicht einmal selbst bezahlen, denn das übernahmen die Sender und Zeitungen, die sie engagierten. Je mehr exklusive Informationen die Experten aus dem Pentagon präsentieren konnten, desto öfter konnten sie mit einem Auftritt auf der Mattscheibe rechnen. Und je mehr ‚Hits' – also Auftritte – sie bekamen, desto mehr verdienten sie. Was sie allerdings den TV-Stationen als ‚exklusiv' zutrugen oder in ihre Analysen



US-Propagandaplakat aus dem Ersten Weltkrieg für die Aufnahme in die US-Armee (Foto: public domain)

Publiziert auf Free21 am 1.11.2018, 6:00 Uhr

einfließen ließen, war sorgsam gefiltert im Sinne der Bush-Regierung. Woher sie die Informationen erhalten hatten, sollten die Experten natürlich nicht offenlegen – so die Ansage des Pentagons."

Frage: Wie oft haben sie im Spiegel oder anderen Nachrichten inklusive der Tagesschau die Formulierung gehört, dass eine Nachricht „von nicht genannten Quellen" in einem Ministerium oder gar bei den Geheimdiensten kam? Wenn sie den letzten Satz im vorherigen Absatz noch einmal lesen, dann dürfte klar werden, wie man eine solche Formulierung zu verstehen hat. Wenn eine Nachricht mit einem solchen Satz eingeleitet wird, kann man fast sicher davon ausgehen, dass es sich um bewusste Desinformation handelt, die gezielt von den entsprechenden Stellen verbreitet wird. Und die Medien machen dieses Spiel gerne mit – schon damals hatten die TV-Sender kein Interesse, diese Dinge einzugestehen oder aufzudecken, wie man am Ende des Artikels lesen kann:

„Die TV-Stationen zeigten sich dagegen wenig erbaut über die Enthüllungen der ‚New York Times' und verweigerten größtenteils eine Stellungnahme. Kein Wunder, denn die meisten wussten nichts von etwaigen Verbindungen ihrer Experten – und, so legen die Recherchen der Zeitung nahe, interessierten sich auch nicht weiter dafür."

Anfang 2009 wurde auch der Umfang dieser „PR-Armee" bekannt. Unter der Überschrift „27.000 PR-Berater polieren Image der USA" berichtete der Schweizer Tagesanzeiger [2] darüber und begann seinen Artikel wie folgt:

„Ein Chefredakteur beklagt den immensen Einfluss des amerikanischen Verteidigungsministeriums auf seine Journalisten. Jetzt ist ihm der Kragen geplatzt: Er enthüllt schier unglaubliche Fakten über die PR-Arbeit des Pentagons."

Offensichtlich tobte damals zu diesem Thema ein Machtkampf zwischen der Nachrichtenagentur AP und dem Pentagon, denn der Tagesanzeiger schrieb weiter:

„Tom Curley, Chef der amerikanischen Nachrichtenagentur AP, kann dazu nicht mehr länger schweigen. Am Wochenende referierte er an der Universität von Kansas vor Journalisten über den Druck des US-Verteidigungsministeriums auf seine Berichterstatter in Kriegsgebieten wie Irak oder Afghanistan. Sein Fazit: ‚Es wird langsam unerträglich.' Hohe Generäle hätten gedroht, dass man die AP und ihn ruinieren werde, wenn die Reporter weiterhin auf ihren journalistischen Prinzipien beharren würden. Seit 2003 wurden bereits elf Journalisten der AP im Irak für mehr als 24 Stunden verhaftet."

Das Pentagon, man muss sich dies auf der Zunge zergehen lassen, machte also Druck auf AP, weil dort Journalisten ihre Arbeit machten und wahrheitsgemäß berichten wollten. Und dazu schreckte es auch nicht davor zurück, zur Abschreckung schon mal Journalisten zu verhaften.

Weiter stand im Tagesanzeiger:

„Auch Zahlen und Fakten zum Umfang der Propaganda hatte der Chef von AP parat: ‚Laut AP-Recherchen verfügt das Pentagon über 27.000 Personen, die ausschliesslich für die Öffentlichkeitsarbeit (PR, Werbung, Rekrutierung) zuständig sind.' Zum Vergleich: Das gesamte US-Aussenministerium mit Hillary Clinton an der Spitze beschäftigt rund 30.000 Personen. Die PR-Maschinerie des Militärs kostet die Steuerzahler jährlich 4,7 Milliarden Dollar. Seit 2004 sind die Ausgaben um 63 Prozent gewachsen. Wozu diese Mittel genau eingesetzt werden, bleibt meist geheim. Eine für den Informationskrieg zuständige Dienststelle namens ‚Joint Hometown News Service' befindet sich nach AP-Informationen auf einem früheren Luftwaffen-Stützpunkt in San Antonio, Texas. Dort würden Wort- oder Bildberichte produziert, die man unter falscher Quellenangabe den Medien zuspielt. Für 2009 sei die Herausgabe von 5.400 Pressemitteilungen, 3.000 Fernsehspots und 1.600 Rundfunkinterviews geplant – doppelt so viel wie noch vor zwei Jahren. Dieser Service ist nur ein kleiner Ausschnitt des ständig wachsenden Pentagon-Medienimperiums. Schon jetzt ist es größer als die allermeisten Pressekonzerne der USA."

Luftaufnahme des Pentagon-Geländes. (DoD-Foto, public domain)

Nun kann man einwenden, das wäre alles lange her, die Presse hätte berichtet, alles ist bekannt, Problem gelöst. Leider nicht. Denn man muss schon intensiv im Netz suchen, wenn man Berichte der Mainstream-Medien zu diesem Thema finden möchte. Die alternativen Medien haben das Thema eifrig aufgegriffen, die etablierten waren sehr zurückhaltend. Und niemand hat gefordert, dass sich etwas ändern solle. Und seien wir ehrlich – was hätte eine solche Forderung gebracht? Es gibt Meldungen, allerdings nur in den alternativen Medien, dass die Anzahl der PR-Mitarbeiter mit der Aufgabe, unsere Nachrichten zu produzieren, noch gewachsen ist und damit auch das Budget. Man spricht heute von über 30.000 PR-Mitarbeitern, die für das Pentagon Nachrichten produzieren und an die Nachrichtenagenturen leiten.

Aber egal, wie viele es heute sind, die „Nachrichten", die diese Leute im Auftrag des Pentagons herstellen, kommen über die Nachrichtenagenturen in unsere Zeitungen und Nachrichtensendungen.

Und wenn ein Ministerium seine „Nachrichten" selbst fabriziert, dann nennt man das „Propaganda". Goebbels hatte übrigens keine 27.000 Mitarbeiter – man kann den Effekt, den diese „PR-Armee" auf unsere Nachrichten hat, im Umfang also kaum erahnen.

Tom Curley hat meines Wissens später seine Proteste dagegen nicht wiederholt; 2012 ist er bei AP als Chef zurückgetreten. Und weitere Meldungen über dieses Thema gab es kaum mehr. Oder können Sie sich erinnern, je davon gehört zu haben?

Es gab immer mal wieder Vorfälle, in denen das Pentagon erwischt wurde, wie es zum Beispiel Videos fälschte. Aber die Qualitätsjournalisten haben entweder ein gestörtes Langzeitgedächtnis und längst vergessen, dass das Pentagon sei-

ne Nachrichten ohnehin selbst fabriziert – oder aber sie haben aus dem Streit zwischen Pentagon und AP gelernt und wenig Lust, selbst eventuell einmal im Gefängnis zu landen. Oder aber die Drohung des Pentagons gegenüber AP, die Agentur zu ruinieren, hat auch andere Redaktionen getroffen, weshalb sie sich besser nicht mehr an diese Geschichte erinnern. Man kann sich seine eigene Erklärung aussuchen, aber Fakt ist, dass niemand in der Presse sich an diese Geschichte erinnern will und dafür dürfte es Gründe geben.

Nur zwei Beispiele: Im Jahre 2016 kam heraus, dass das Pentagon im Jahre 2005 für satte 500 Millionen Dollar [3] Propaganda-Videos für Al-Kaida gedreht und dafür die britische PR-Agentur Bell Pottinger engagiert hatte. Der Skandal kam in Verbindung mit einer Geschichte über die amerikanische PR-Agentur Lincoln Group heraus. Diese hatte – ebenfalls im Auftrag des Pentagons – Artikel fabriziert, die anschließend in irakischen Zeitungen veröffentlicht wurden, um „aufständische Gruppen zu infiltrieren". Dies teilte das US-Verteidigungsministerium mit, nachdem die Geschichte öffentlich geworden war.

Das Pentagon begründete die 2005 selbst hergestellten Propaganda-Videos für Al-Kaida elf Jahre später damit, dass man in die Videos Tracker-Programme eingebaut habe, um die Kämpfer lokalisieren und bekämpfen zu können, die sich diese Video angeschaut hatten. Nachfragen zum Erfolg der Aktion, die immerhin eine halbe Milliarde gekostet hatte, gab es nicht und entsprechend auch keine Antworten.

Auch 2017 gab es einen Vorfall mit einem falschen Video. Diesmal musste der Öffentlichkeit erklärt werden, warum die USA im Jemen aktiv waren und man zog als Begründung wieder Al-Kaida hervor. Bei einem Einsatz von Spezialkräften waren mindestens 14 unschuldige Zivilisten getötet worden. Das Pentagon präsentierte ein Video mit einer Anleitung zum Bau von Bomben als Beleg dafür, dass bei dem Einsatz wichtige Informationen gewonnen worden waren. Blöd nur, dass dieses Video zu diesem Zeitpunkt schon 10 Jahre alt war. Das amerikanische Verteidigungsministerium nahm das Video schnell wieder von seiner Webseite, als es damit konfrontiert wurde.

In keinem dieser Fälle – und auch in keinem anderen – hat sich jemand an das große Desinformationsprogramm des Pentagons erinnert, welches bereits 2008 und 2009 bekannt geworden war. Kein sogenannter kritischer Journalist hat auch nur die Frage gestellt, ob es hier eventuell Zusammenhänge geben könnte. Könnte man ja widerlegen, wenn es nicht so wäre. Aber es wurde einfach nicht erwähnt und auch nicht danach gefragt.

Nur zum Vergleich: Im Gegensatz zu den 27.000 Pentagon-PR-Leuten haben Sie doch sicher schon davon gehört, dass es in Russland eine „Troll-Fabrik" geben soll, die versucht, die Meinungsbildung im Westen zu beeinflussen. Darüber berichten die Medien ja immer wieder – im Gegensatz zu dem US-Programm.

Ob es diese „Troll-Fabrik" gibt, weiß ich nicht. Es wird behauptet, dass dort einige hundert Mitarbeiter tätig wären. Mag sein, aber was sind ein paar hundert gegenüber einer Armee von 27.000 Mitarbeitern und einem Budget von fast 5 Milliarden Dollar? Wohlgemerkt in 2009, das Gesamtbudget des Pentagons ist seitdem ja weiter gewachsen.

Und man muss auch festhalten, dass es verwunderlich wäre, wenn Russland sich nicht gegen die massive westliche Medienkampagne verteidigen würde. Der Artikel im Schweizer Tagesanzeiger spricht dann auch von einem „Informationskrieg" und einer „dafür zuständigen Dienststelle". Und wenn es ein Informationskrieg ist, dann sollte man doch erwarten, dass sich der Angegriffene auch verteidigt.

Ich habe diese Dinge immer im Hinterkopf, wenn ich Nachrichten schaue oder lese. Und ich bin von Grund auf misstrauisch, wenn Meldungen über das Pentagon kommen. Und noch misstrauischer bin ich immer dann, wenn es heißt, dass die Medien sich auf „vertrauliche Informationen aus Geheimdienstkreisen" stützen. Denn was jemandem passiert, der vertrauliche Informationen aus Geheimdienstkreisen veröffentlicht, das können Sie Edward Snowden fragen, der sich seit Jahren in Moskau verstecken muss, weil die USA ihn genau dafür anklagen wollen.

Wenn also in den Medien von „Informationen aus Geheimdienstkreisen" die Rede ist und anschließend niemand wegen Geheimnisverrates verhaftet wird, können wir davon ausgehen, dass die Geheimdienste diese Informationen selbst weitergegeben haben und es sich um Desinformation handelt – zum Beispiel weil die Bevölkerung auf den nächsten Krieg eingeschworen werden soll.

Quellen:

[1] Spiegel Online: Pentagon beschäftigt PR-Armee für US-TV, 20.4.2008: *<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/gekaufte-meinung-pentagon-beschaeftigt-pr-armee-fuer-us-tv-a-548519.html>*

[2] Tages-Anzeiger: 27.000 PR-Berater polieren Image der USA, 12.2.2009: *<https://www.tagesanzeiger.ch/ausland/amerika/27000-PRBerater-polieren-Image-der-USA/story/20404513>*

[3] Independent: US government spent over $500m on fake Al-Qaeda propaganda videos that tracked location of viewers, 6.10.2016: *<https://www.independent.co.uk/news/world/us-government-pentagon-fake-al-qaeda-propganda-videos-a7348371.html>*

Autor: Thomas Röper

Jahrgang 1971, hat als Experte für Osteuropa in verschiedenen Versicherungs- und Finanzdienstleistungsunternehmen in Osteuropa und Russland Vorstands- und Aufsichtsratspositionen bekleidet, bevor er sich entschloss, sich als unabhängiger Unternehmensberater in seiner Wahlheimat St. Petersburg niederzulassen. Er lebte 15 Jahre in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru. Die Schwerpunkte seiner medienkritischen Arbeit sind das (mediale) Russlandbild in Deutschland, Kritik an der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen und die Themen (Geo-)Politik und Wirtschaft.

www.anti-spiegel.ru

Dieser Text wurde zuerst am 10.10.2018 auf Rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/die-propaganda-fabrik› veröffentlicht.

Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=30545›

Publiziert auf Free21 am 1.11.2018, 6:00 Uhr

„Alexa eine Superwanze, die gerne ganze Gespräche mitschneidet, die wir zu Hause führen“

Während die Stasi noch in Wohnungen einbrechen musste, um ein paar Wanzen zu installieren, bezahlen wir heute an die 100 Euro und lassen uns freiwillig ausspähen“, sagt ***Johannes Bröckers*** *im Interview mit den NachDenkSeiten. Der Frankfurter Journalist hat gerade einen flammenden Appell verfasst, der sich gegen die Gewohnheit, bei Amazon einzukaufen, richtet. Ein Interview über ein Unternehmen, das reichlich Grund zur Kritik bietet.*

Von Marcus Klöckner

Figur der Skulpturengruppe „Die Lauschenden“ des Bildhauers Karl-Henning Seemann vor der Musikhochschule in Freiburg im Breisgau. (Foto: Pixabay, CC0)

Buchcover von „Schnauze, Alexa!“, erschienen im Westend Verlag.

Herr Bröckers, Sie haben eine Streitschrift verfasst, die heißt: „Schnauze, Alexa! Ich kaufe nicht bei Amazon“. Für die Leser, die nicht wissen, wer Alexa ist: Wer ist Alexa? Und: Warum soll Alexa die Schnauze halten?

Seit 2016 bietet Amazon auch hier in Deutschland mit „Amazon Echo“ eine mit sieben Mikrofonen ausgestattete Lautsprecherbox an, die auf den Namen Alexa hört und uns für unser Zuhause einen cloudbasierten Voice-Service bietet. Alexa ist also ein Sprachassistent, mit dem wir in Zukunft unsere interaktive Wohnumgebung mittels Sprachbefehlen steuern können. Schon jetzt können wir Alexa bitten, unsere Lieblingsmusik zu spielen, den Wetterbericht oder die Verkehrslage abzufragen oder unsere Einkaufsliste und Terminkalender zu führen. Über eine offene Schnittstelle lässt sich Alexa schon heute mit rund 50.000 Funktionen und an die 20.000 Geräten verbinden und in absehbarer Zeit können wir dann mit Alexa in unserer smarten Wohnumgebung die Waschmaschine anschalten, die Heizung regulieren oder den autonomen Staubsauger starten. Das klingt nach einem tollen Service und großem Komfort, hat aber einen sehr bedenklichen Haken: Jeden Befehl, den wir Alexa geben, speichert Amazon auf seinen Servern und wertet diese Daten aus, um unser Kaufverhalten zu analysieren. Wir werden zu absolut gläsernen Konsumenten und wer das nicht will, der muss eben „Schnauze, Alexa!“ sagen.

Nun könnte man sagen: Alexa? Das ist die Zukunft. Das ist Digitalisierung. Beides wird man nicht aufhalten können.

Digitalisierung ist ja das große Zauberwort der Stunde. Die Kanzlerin verspricht das

„schnelle Internet“ und Dorothee Bär, unsere Staatsministerin fürs Digitale, träumt von Flugtaxis. Was Digitalisierung wirklich bedeutet, was das mit uns als Individuen macht, mit unserer Gesellschaft und unserer Demokratie, darüber wird für mein Gefühl viel zu wenig geredet. Deshalb ist Amazon ein gutes Beispiel. In marktradikaler Konsequenz hat Jeff Bezos Amazon in knapp 25 Jahren von einer Garagenfirma zum wertvollsten Unternehmen des Planeten gemacht. Heute ist Amazon das größte Online-Kaufhaus, bei dem rund ein Viertel aller deutschen Online-Umsätze landen, Amazon stellt den größten Marktplatz zur Verfügung, auf dem an die zwei Millionen Händler ihre Waren anbieten und ist mit den Amazon-Webservices außerdem Marktführer in Sachen digitaler Infrastruktur, also den Rechenzentren, die alle die smarten Möglichkeiten am Laufen halten. Außerdem verfügt Amazon über rund 300 Millionen ständig aktualisierter Kundenprofile. Der „Allesverkäufer“, als der sich Jeff Bezos selbst gerne bezeichnet, ist auf dem Weg zum Allesbeherrscher und Alleswisser zu werden. Wollen wir uns wirklich auf eine digitale Zukunft einlassen, die von wenigen Monopolunternehmen gelenkt und organisiert wird, die dabei totalitäre Überwachungsmethoden anwenden?

Stasi-Mitarbeiter hätten wahrscheinlich Tränen der Freude in den Augen gehabt, wenn sie über solche Möglichkeiten, die Alexa bietet, verfügt hätten, oder?

Das ist ja das Verrückte, gerade hier in Deutschland. Seit der Wiedervereinigung leisten wir uns zu Recht eine Behörde, die Machenschaften der Stasi aufarbeitet und Betroffenen Einsicht in ihre Stasispitzel-Akten gewährt. Keine 30 Jahre später kaufen wir uns jetzt bei Amazon mit Alexa eine Superwanze, die gerne auch mal ganze Gespräche mitschneidet, die wir Zuhause führen. Das kann passieren und wurde in Tests nachgewiesen, wenn Alexa ein Codewort hört, das so ähnlich wie „Alexa“ klingt. Während die Stasi noch in Wohnungen einbrechen musste, um ein paar Wanzen zu installieren, bezahlen wir heute an die 100 Euro und lassen uns freiwillig ausspähen.

Fehlt es im Hinblick auf die Möglichkeiten der Überwachung, die Alexa bietet, vielleicht auch an einem grundlegenden Problembewusstsein auf Seiten der Kunden?

Es fehlt sicher an Problembewusstsein, aber eben auch an Aufklärung. Alexa fragt uns ja nicht, ob sie die Befehle aufzeichnen darf, die wir ihr geben. Wenn man die Gebrauchsanweisung bis ins Kleingedruckte liest oder die richtige Einstellung der App findet, kann man die Befehlshistorie von Alexa auch löschen. Bis das passiert, sind die Daten natürlich längst ausgewertet. Der Prozess müsste doch umgekehrt laufen: Wenn ich Alexa installiere, müsste ich doch zunächst einmal ganz offensiv erfahren, welche Daten aufgezeichnet werden, was damit passiert und ob ich damit einverstanden bin. Aber das passiert nicht. Uns wird smarter Komfort verkauft, den wir mit dem Verlust an unbeobachteter Privatheit und unserer Freiheitsrechte bezahlen. Ein autonomer Staubsauger, der unsere Wohnung sauber hält, ist ja vielleicht ganz lustig, aber warum muss dieser Staubsauger auch gleichzeitig unsere Wohnung ausmessen und diese Daten an Dritte melden?

Tappen wir bereits in eine Falle, wenn wir Alexa als Alexa bezeichnen, also einen menschlichen Namen gebrauchen? Sollte man vielleicht einfach sagen: das Ding?

Ob Amazon Echo oder vergleichbare Geräte von Google oder Apple – alle Anbieter dieser Voice-Services arbeiten an der Optimierung der Sprachqualität, damit Alexa möglichst menschlich klingt. Amazon hat zum Beispiel kürzlich ein Patent angemeldet, weil Alexa jetzt schon an unserer Stimme erkennen kann, ob wir erkältet sind, und uns dann auch gleich die richtige Medizin empfiehlt. Das ist doch wirklich gruselig. Wir streicheln schon heute unser Smartphone häufiger als unsere Kinder oder Lebenspartner und werden ganz sicher auch emotionale Beziehungen zu KI-basierten Maschinen entwickeln und in Zukunft womöglich häufiger mit Alexa oder unserem Kühlschrank sprechen als mit unseren Mitbewohnern. Ehrlich, ich halte das für keine gute Idee.

Ähnlich kritisch wie Alexa bzw. das Ding betrachten Sie auch Amazon. Warum sollte man nicht mehr bei Amazon kaufen?

Jeder, der noch einen Rest an kritischem Potenzial zwischen den Ohren hat, weiß doch, dass Amazon im Grunde ein echter Sauladen ist, der seine Mitarbeiter schlecht bezahlt und permanent mit Kameras überwacht, der ganz Branchen plattmacht, Arbeitsplätze vernichtet und natürlich auch zu den großen Steuervermeidern zählt. Trotzdem wächst auch hier in Deutschland der Amazon-Umsatz kontinuierlich weiter, weil wir all diese Fakten ausblenden, wenn uns Amazon mit neuen Angeboten lockt. Wenn ich mal träumen darf, würde ich mir schon wünschen, dass mal alle

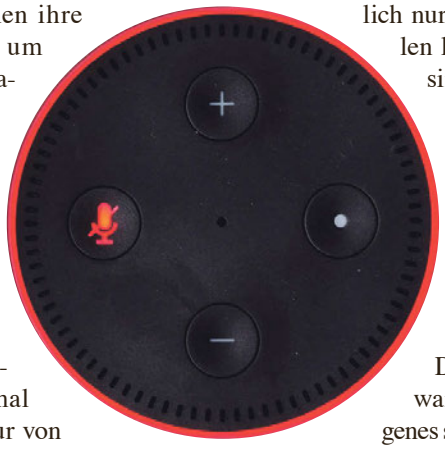
Amazon Echo (Foto: Frmorrison in der Wikipedia auf Englisch, CC BY-SA 3.0)
Bild nächste Seite: Amazon Echo mit ausgeschalteten Mikrophonen (Foto: Hedwig Storch, CC BY-SA 4.0)

Publiziert auf Free21 am 11.11.2018, 6:00 Uhr

mehr als 40 Millionen deutschen Amazon-Kunden sagen: "Nö Amazon, wir kaufen nicht mehr bei dir ein und zwar solange, bis Amazon seine Gewinne ordentlich versteuert und zwar da, wo die Umsätze generiert werden und bis wir mal geklärt haben, wie wir es mit dem Datenschutz halten." Ein schöner Traum, der aber Wirkung zeigen würde. Wenn man sich den aktuellen Diesel-Skandal anschaut, verliert man den Glauben, dass Politik noch im Interesse der Menschen in diesem Land handelt. Und jetzt stelle ich mir eine Dorothee Bär vor, die Jeff Bezos in die Schranken weisen soll – grins. Nein, wir müssen als Konsumenten selbst den Hintern hochkriegen.

Gibt es weitere Gründe?

Nehmen wir als Beispiel die Amazon Web Services (AWS) mit denen Amazon die stabilsten Gewinne einfährt. Hier lagern unter anderem auch jede Menge DAX-Unternehmen ihre IT-Strukturen aus, um Kosten zu sparen. David Cheriton, Professor in Stanford und ein Urgestein der digitalen Welt, rät dringend davon ab. Er sagt: „Das ist so, als ob man sein Gehirn bei Bezos auslagert und ihm das Denken überlässt." Einmal mit der Serverstruktur von Amazon vernetzt, findet man einfach nicht mehr raus. Legen wir mal das Ausspionieren des Einkaufsverhaltens der Amazon-Kunden zu Grunde, kann man sicher davon ausgehen, dass Amazon auch die Ideen von tausenden Unternehmen gut im Blick hat, die AWS nutzen. Mal ganz davon abgesehen, dass auch die CIA mit einer „Secret Cloud" auf AWS zuhause ist.



Können Sie uns etwas zur wirtschaftlichen Dimension von Amazon sagen?

Jeff Bezos ist inzwischen mit kolportierten 150 Milliarden Dollar der reichste Mensch der Welt. Nur 58 Länder dieser Erde verfügen über ein höheres Bruttoinlandsprodukt als Jeff Bezos. 135 Länder dieser Erde liegen mit ihrem BIP weit abgeschlagen zurück. Das zeigt die Dimension ganz gut. *Da ist also enorm viel Geld und damit auch Macht dahinter.*

Ob Jeff Bezos, ob Mark Zuckerberg mit Facebook oder die Google-Gründer Larry Page und Sergey Brin – sie alle waren Anfang der 90er Jahre, als es mit dem Internet so langsam los ging, zur richtigen Zeit am richtigen Ort und haben die Chancen der digitalen Möglichkeiten früh erkannt. Und weil es in dieser neuen Welt des eCommerce keinerlei Spielregeln gab und bis heute kaum gibt, haben alle diese Unternehmen eine marktbeherrschende Position erobert. In unserer analogen Welt wäre hier längst das Kartellamt eingeschritten, aber das gibt es in der digitalen Welt nicht und deshalb hat sich hier eine neue Form des Überwachungskapitalismus entwickelt, in dem wir unsere Bürgerrechte aufgeben. Wir werden zu reinen Konsumenten degradiert und dürfen munter mitspielen – natürlich nur, solange wir bezahlen können. Wenn nicht, sind wir draußen.

Wie sollte man sich als Konsument verhalten? Sie schreiben zu Beginn Ihrer Streitschrift selbst, dass Sie zumindest „im Notfall" noch Amazon nutzen.

Der Ausgangspunkt war tatsächlich mein eigenes schräges und an vielen Stellen wenig reflektiertes Konsumverhalten. Daran muss ich selbst noch arbeiten. Radikal mit Amazon Schluss zu machen, fällt mir selber schwer, denn ich bin ja gar kein Technologieverweigerer. Aber wir müssen uns dringend die Frage stellen, in welcher Gegenwart wir in Zukunft leben wollen. Edward Snowden, der den NSA-Skandal aufgedeckt hat, begründete seine Aktion mit dem Satz:

> „Ich möchte nicht in einer Welt leben, in der alles, was ich tue und sage, aufgezeichnet wird."

Das ist der richtige Ansatz, um die digitale Welt noch mal neu zu erfinden und die Auswüchse, die sich in den Kindertagen der Netzwelt entwickelt haben, zu stoppen.

Kritik von Datenschützern

Alle Sprachbefehle und Sprachbotschaften werden dauerhaft in der Amazon-Cloud gespeichert, um die Spracherkennung zu verbessern. Es sei zwar möglich, diese im eigenen Nutzerprofil zu löschen, dies führe aber zu einer schlechteren Spracherkennung. Anfragen von US-Journalisten beim FBI, ob Amazon Echo zum Abhören benutzt werden könne, wurden weder bestätigt noch dementiert. Im Dezember 2016 wurde jedoch erstmals von Seiten der amerikanischen Strafverfolgungsbehörden auf Cloud-gespeicherte Audio-Daten zurückgegriffen, die sich dadurch die Aufklärung eines Mordfalles erhoffte.[1] Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Andrea Voßhoff, gibt die in der Regel nicht hinreichende Transparenz, wie die gespeicherten Informationen genau genutzt werden, zu bedenken. Da das Gerät auf ein Aktivierungswort hört, lauschen die Mikrofone jederzeit mit. Dadurch wäre es möglich, die Privatsphäre der eigenen Wohnung zu gefährden.[2]

Im April 2018 erhielt Amazon Alexa den deutschen Big Brother Award in der Kategorie Verbraucherschutz. In der Laudatio von padeluun hieß es, sie sei eine Abhörschnittstelle, die sich zum Beispiel als Wecker tarnt, aber ein allwissender Butler in fremden Diensten ist, der sich von mir höchstpersönlich ins Schlafzimmer tragen und an das weltweite Überwachungsnetz anschließen lässt.[3] *Quelle: Wikipedia*

Quellen:

[1] Alfred Ng: Police request Echo recordings for homicide investigation. In: CNET. 27. Dezember 2016, abgerufen am 28. März 2017 (englisch): *<https://www.cnet.com/uk/news/police-request-echo-recordings-for-homicide-investigation/>*

[2] Oliver Voß: Google Home und Amazon Echo: Hey, Google – hörst du gerade mit? In: Wirtschaftswoche. 30. Mai 2016, abgerufen am 28. März 2017: *< https://www.wiwo.de/technologie/digitale-welt/google-home-und-amazon-echo-hey-google-hoerst-du-gerade-mit/13638898.html>*

[3] *<https://bigbrotherawards.de/2018/verbraucherschutz-amazon-alexa>*

Autor: Marcus Klöckner

studierte Soziologie, Medienwissenschaften und Amerikanistik. Herrschafts- und Medienkritik kennzeichnen seine Arbeit als Autor und Journalist. Zuletzt erschienen von ihm die Bücher „Medienkritik: Zu den Verwerfungen im journalistischen Feld" und „Wie Eliten Macht organisieren". Marcus Klöckner schreibt unter anderem für Rubikon.news, Telepolis.de und die Nachdenkseiten.de

Dieser Text wurde zuerst am 9.11.2018 auf den Nachdenkseiten.de unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=46965› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

‹http://www.free21.org/?p=30636›

Quellen:

[1] Atlantic Council, „Whose Truth? Sovereignty, Disinformation, and Winning the Battle of Trust“: <http://www.atlanticcouncil.org/images/publications/Sovereign_Challenge_Report_091718_web.pdf>

[2] Eine Ergänzung zu Außenminister Heiko Maas und dem Atlantic Council: <http://norberthaering.de/de/27-german/news/972-maas-atlantic-council>

[3] Norbert Häring, „Facebook wird zum Nato-Organ“: <http://norberthaering.de/de/27-german/news/979-facebook-atlantic-council>

[4] naked capitalism, „Facebook Erases Hundreds of Alternative Media Pages in Mass Purge: <https://www.nakedcapitalism.com/2018/10/facebook-erases-hundreds-alternative-media-pages-mass-purge.html?utm_source=dlvr.it&utm_medium=twitter>

[5] Zeit Online, 18.10.18, „EU-Staaten wollen gezielte Desinformation bestrafen“: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-10/europawahl-bruessel-eu-regierungen-cyberangriffe-desinformation-praevention>

[6] Zeit Online, 26.9.18, Facebook und Google verpflichten sich im Kampf gegen Fake-News: <https://www.zeit.de/politik/2018-09/falschinformationen-internet-facebook-google-eu-kommission>

[7] Mail & Guardian, „French MPs adopt ‚fake news‘ bill“: <https://mg.co.za/article/2018-10-10-french-mps-adopt-fake-news-bill>

Protest gegen Zensur (Berlin, 2009) (Foto: zensursula, CC BY-SA 2.0)

Der **Atlantic Council** blä
Bestrafung abweichend

Im September veröffentlichte der Atlantic Council im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums eine Broschüre mit dem vielsagenden (übersetzten) Titel „Wessen Wahrheit?: Souveränität, Desinformation und wie man die Schlacht um das Vertrauen gewinnt“ [1]. Hauptempfehlung: Nicht staatstragende, unbequeme Meinungen und Informationen sind zu zensieren, am besten auf indirektem, unauffälligem Wege. Wie auf Befehl machen sich unsere Bundeskanzlerin und die EU an die Arbeit.

von Norbert Häring

Der Atlantic Council besteht aus hochmögenden Persönlichkeiten der (westlichen) Unternehmenswelt und Politik. Er ist eng mit US-Regierung und Nato verflochten. Nun hat er eine Zensuranleitung veröffentlicht. Nicht zum ersten Mal. Schon im Februar hatte der Atlantikrat eine Broschüre mit Anleitungen zum Kommunikationskampf mit Russland [2] veröffentlicht, in der Heiko Maas und sein Netzdurchsetzungsgesetz prominent herausgestellt und als Vorbilder gepriesen wurden.

Auch jetzt geht es wieder um die Bekämpfung von „Desinformation“. Die Broschüre gibt die Erkenntnisse einer Tagung des Kommandos für Spezialoperationen der US-Armee USSOCOM im März wieder, an der neben Militärs auch Vertreter der Polizei und von Tech-Konzernen wie Microsoft teilnahmen. Im Vorwort heißt es: „In ihrer extremsten Form gefährdet Desinformation die Souveränität von Nationen und birgt sogar Risiken für das regelbasierte [N.H.: kein Witz, das steht da!] internationale System. Das Ausmaß und die wichtige Rolle, die Desinformation in jüngeren militärischen Konflikten [N.H.: z.B. Massenvernichtungswaffen im Irak], in der nationalen Politik und in internationalen Angelegenheit hatten, machte dieses Thema zu einem besonders relevanten Fokus der jährlichen ‚Konferenz zu Herausforderungen für die Souveränität der USSOCOM.“‘

Was ist Desinformation? Hier gibt der Atlantic Council zwei Antworten. Einmal eine ausdrückliche, wonach man aus korrekten Fakten je nach Weltanschauung konkurrierende „Wahrheiten“ ableiten kann. Das klingt gut. Falschinformation wäre danach nur, was auf falsch dargestellten oder erfundenen Fakten beruht, nicht was auf unterschiedlichen Interpretationen und unterschiedliche Einordnung von Fakten und Indizien beruht. Letzteres wäre dem Kernbereich des Rechts auf freie Meinungsäußerung zuzurechnen und entsprechend zu schützen. Aber das ist ja gerade nicht gewollt.

Publiziert auf Free21 am 28.10.2018, 6:00 Uhr

st zu Zensur und er Meinungen

Und so ist die zweite Antwort, die implizite, diejenige, die letztlich zählt. Ungeachtet der philosophischen Erörterungen zu konkurrierenden Wahrheiten, trennt die ganze Broschüre im Weiteren nirgends zwischen objektiven Lügen und Verzerrungen von Fakten auf der einen Seite und unbotmäßigen Interpretationen der Fakten auf der anderen. Der Ausdruck Desinformation wird unterschiedslos für alles gebraucht, was nicht die Wahrheit der Institutionen ist, „von denen das Funktionieren von Nationen abhängt", und was daher die nationale Souveränität unterminiert. Je mehr Wahrheit in einer unbotmäßigen Interpretation steckt, desto gefährlicher ist sie und desto mehr muss sie bekämpft werden. Die Broschüre gibt als Beispiel die Deutung des „Krieges gegen den Terror" als „Krieg gegen den Islam". Das ist so nahe an der Wahrheit, dass diejenigen, die diese Sichtweise pflegen, gar keine weitere Indoktrination brauchen, sondern sich durch tägliche Beobachtung des Weltgeschehens bestätigt fühlen dürfen. Das ist aus der Sicht des Atlantic Council die schlimmste Form von Desinformation.

„Wenn Desinformation falsche Wahrnehmungen erzeugt und sicher geglaubte Wahrheiten (beliefs) untergräbt, erodiert das soziale Vertrauen und dadurch wird die Souveränität einer Nation gefährdet."
Desinformation sind also die Wahrheiten der falschen Leute oder Gruppen. Besonders deutlich wird das, wo das Internet und die sozialen Medien mit der Erfindung des Buchdrucks verglichen werden. Dabei erscheint der Buchdruck als schlimme Sache, die zu tiefgreifenden Umwälzungen der bestehenden politischen Ordnung (des Absolutismus) und jahrzehntelangen blutigen Konflikten geführt habe. Ähnliches drohe nun durch die Erfindung des Internets, die dazu führt, dass jeder an den Torhütern der öffentlichen Meinung vorbei seine Meinung verbreiten könne.
Das Problem wird u.a. so beschrieben:
„Technologie hat die Fähigkeit für Gruppen und Individuen demokratisiert, mit begrenzten Ressourcen einen Narrativ praktisch unbegrenzt zu verbreiten."
Früher dagegen war alles besser:

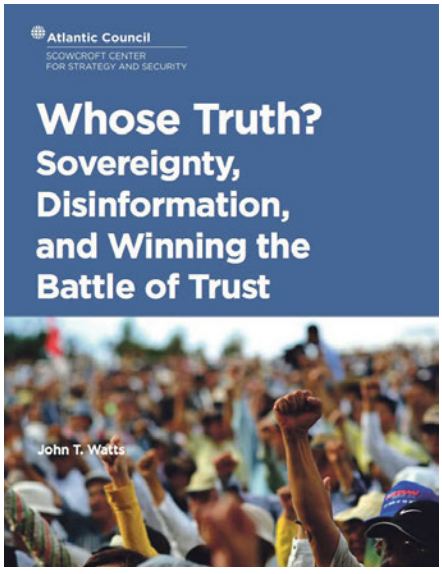
> „In der Vergangenheit hatte die allgemeine Öffentlichkeit begrenzte Informationsquellen, die von professionellen Türwächtern gemanagt wurden."

Diese beklagenswerte Demokratisierung sei zwar nicht allein der Grund für den vielfach dokumentierten Verfall des Vertrauens in die westlichen Regierungen, aber es sei ein machtvoller Verstärkungsmechanismus.

Darüber, was da als Ursache verstärkt wird, lässt sich der Atlantic Council nicht aus, obwohl man nicht lange suchen müsste. Lügen zur Rechtfertigung von Kriegen, die Finanzkrise, ins Groteske gesteigerte Vermögens- und Einkommensungleichheit, Kungelei mit Terrorpaten wie Saudi Arabien bei gleichzeitiger Verdammung viel weniger ruchloser Regierungen: Gründe für Vertrauensverlust, die man angehen könnte, aber nicht will, gibt es genug. Stattdessen kommt zum Beispiel die Empfehlung, etablierte Medienunternehmen sollten die Kommentarfunktion bei ihren Online-Artikeln abschalten, um der ungefilterten Stimme des Volkes keine Bühne zu bieten.
Der Atlantic Council rät ab davon, die abweichenden Stimmen zu eliminieren, weil das den Ansichten der Opfer noch zusätzliche Legitimität verleihen würde. Die Regierung Saudi Arabiens kann ein Lied davon singen. Hätte sie die Broschüre doch gelesen, bevor sie einen missliebigen Journalisten in ihrem Konsulat in Istanbul bei lebendigem Leibe zerstückeln ließ, stünde sie heute besser da.
Nein, die wichtigste Empfehlung lautet, indirekt vorzugehen und sich die Meinungsmanipulationsmacht der IT-Konzerne und sozialen Medienunternehmen zunutze zu machen:
„Unternehmen und der Privatsektor verstehen eventuell nicht von selbst die Rolle, die sie bei der Bekämpfung von Desinformation spielen, dabei ist ihre Rolle die wichtigste. Zumindest im Westen ist ihnen die zentrale Rolle zugefallen, weil die allgemeine Öffentlichkeit ihnen als Institutionen stärker vertraut [N.H.: als den Regierungen]."

> „Zum Glück haben Veränderungen in der Politik der Social-Media-Plattformen wie Facebook bereits einen beträchtlichen Einfluss auf die Art und Qualität der verbreiteten Inhalte."

Das letzte Zitat ist eine vornehme Umschreibung der Tatsache, dass Facebook sich inzwischen vom Atlantic Council dabei beraten lässt [3], welche alternativen Medienseiten zu löschen sind, weil sie die staatliche Souveränität untergraben.



Das Cover der Broschüre des Atlantic Council „Whose Truth? Sovereignty, Disinformation, and Winning the Battle of Trust": ‹http://www.atlanticcouncil.org/images/publications/Sovereign_Challenge_Report_091718_web.pdf› (Bild: Screenshot)

Kleines Dossier zum Atlantic Council:

Facebook wird zum Nato Organ18.5.2018: *<http://norberthaering.de/de/27-german/news/979-facebook-atlantic-council>*

Eine Ergänzung zu Außenminister Heiko Maas und dem Atlantic Council: 15.04.2018 *<http://norberthaering.de/de/27-german/news/972-maas-atlantic-council>*

Von Gabriel über Schulz zu Maas: Der Atlantic Council hat gewonnen 9.4.2018: *<http://norberthaering.de/de/27-german/news/970-gabriel-maas>*

Spiegel Online ist eine Schande für den deutschen Journalismus 13.1.2018: *<http://norberthaering.de/de/27-german/news/931-spon-schande>*

Atlantic Council wird von eigenem Autor als diffamierende Propagandaschleuder entlarvt 23.5.2017: *<http://norberthaering.de/de/27-german/news/836-atlantische-trojaner>*

Spiegel Online betätigt sich als Propagandaorgan des Atlantic Council 14.2.12017: *<http://norberthaering.de/de/27-german/news/782-spon-atlantic-council>*

Sigmar Gabriels fataler transatlantischer Fehltritt 27.1.2017: *<http://norberthaering.de/de/27-german/news/768-gabriel-vs-schulz>*

McCarthy reloaded: Washington Post enttarnt einflussreiche Medien als russische Propagandaorgane (mit Nachtrag) 28.11.2016: *<http://norberthaering.de/de/27-german/news/721-mccarthy>*

Trojanische Pferde des Kremls: Atlantic Council bläst zur Hatz auf Gabriel, Wagenknecht und Gauland (mit Nachträgen) 20.11.2016: *<http://norberthaering.de/de/27-german/news/715-atlantic-council>*

Autor: Norbert Häring

ist Wirtschaftsjournalist und Autor populärer Wirtschaftsbücher. Er schreibt für Deutschlands führende Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt. Er ist Mitgründer und Ko-Direktor der World Economics Association.

www.norberthaering.de

Dieser Text wurde zuerst am 21.10.2018 auf norberthaering.de unter der URL ‹http://norberthaering.de/de/27-german/news/1048-desinformation› veröffentlicht. Lizenz: Norbert Häring

‹http://www.free21.org/?p=30495›

Erst vor kurzem hat Facebook das vielhundertfach mit linken und rechten kritischen Seiten getan [4]. Twitter sperrte viele der betroffenen Autoren ebenfalls. Der Staat muss darüber hinaus aber auch dafür sorgen, so der Atlantic Council, dass diejenigen, die nicht staatstragende Meinungen und Berichte (Desinformation) auf den Sozialen Medien verbreiten, negative Konsequenzen zu spüren bekommen.

Merkel tut wie geheißen

Wie auf Befehl ließ Bundeskanzlerin Angela Merkel am 17. Oktober im Deutschen Bundestag zur Agenda des EU-Rats wissen:
„Innere Sicherheit beginnt natürlich erst einmal zu Hause. Sie ist aber nachhaltig heute nur noch international sicherzustellen und kein Staat kann das alleine gewährleisten. Er kann nicht gewährleisten, dass Wahlmanipulatoren oder Cyber-Kriminelle agieren, denn die machen vor Grenzen nicht halt. (…) Wir wollen Leitlinien für den Umgang mit Parteien schaffen, die in ihren Kampagnen aktiv Desinformation betreiben – und das bedeutet in letzter Konsequenz auch, in solchen Fällen über finanzielle Sanktionen nachzudenken."
Und so kam es auch, wie einem Bericht der Zeit [5] über das Treffen der EU-Regierungschefs zu entnehmen ist:

> „Vor der Europawahl im Mai wollen die Regierungen der EU-Staaten den Kampf gegen (…) Desinformation verstärken. Auf ihrem Gipfel in Brüssel beschlossen die 28 EU-Regierungen, dass Parteien finanziell bestraft werden sollen, wenn sie gezielt falsche Informationen zur Destabilisierung verbreiten. Das geht aus der Gipfel-Erklärung hervor. Durchgesetzt werden könnte dies durch die Zahlungen, die Parteien für den Europawahlkampf und als Fraktionen im Europäischen Parlament erhalten."

Die EU-Regierungen beauftragten demnach die EU-Kommission, bis Ende des Jahres Vorschläge vorzulegen. Was genau Desinformationen sind und wer bestimmen soll, was konkret darunter fällt, haben sie nicht beschlossen. Die Zeit vermutet, dass Parteien im Fokus stehen dürften, die angeblich eng mit der russischen Regierungspartei zusammenarbeiten, insbesondere solche, die in EU-Staaten (unbotmäßige) Regierungen stellen, wie in Italien und Österreich.
Die Wortwahl deckt sich auf bemerkenswerte Weise mit der des Atlantic Council. Es ist nicht mehr wie bisher von Fake News die Rede, sondern durchgängig von Desinformation und auch von Destabilisierung. Das der Atlantic Council schon vor den letzten Wahlen in Frankreich und Deutschland drastisch vor angeblich drohender russischer Einflussnahme gewarnt hat, und so gut wie nichts davon zu bemerken war, spielt für unsere willfährig-hyperaktiven Politker keine Rolle.
Es fehlt auch nicht der Hinweis, dass sich große Internetkonzerne [6] wie Google und Facebook bereits im September gegenüber des EU-Kommission dazu verpflichtet haben, verstärkt gegen Desinformation vorzugehen – ganz im Sinne des vom Atlantic Council vorgeschlagenen indirekten Vorgehens, an Parlamenten und Gerichten vorbei. Dafür braucht man nicht einmal eine klare Definition von Desinformation. Praktisch.
Sonst müsste man vielleicht noch erklären, wie sich die vor jeder Wahl massenhaft gegebenen Versprechen, die niemand einzulösen plant, von zu bestrafender und zu blockierender Desinformation unterscheiden.
In Frankreich ist man schon etwas weiter. Dort hat das Parlament am 10. Oktober zwei Gesetze gegen Desinformation [7] angenommen. Das eine erlaubt es, Internetmedien, die unter Kontrolle einer ausländischen Macht stehen, vom Netz zu nehmen, wenn sie Desinformation verbreiten. Gemeint ist erkennbar vor allem der neue französische Dienst von RT. Das andere Gesetz gibt Parteien und Kandidaten in den letzten drei Monaten vor Wahlen das Recht, die Verbreitung von falschen Informationen durch Gerichtsbeschluss untersagen zu lassen.

Publiziert auf Free21 am 28.10.2018, 6:00 Uhr

Occupy-Demonstration am 15. Oktober 2011 in Düsseldorf (Foto: Barbara Bumm, wikimedia, CC BY-SA 3.0)

Auf dem Weg in die **Kleptokratie**

Als Kleptokratie bezeichnet man eine Staatsform in der die Plünderer, die Diebe über die Gesellschaft herrschen. Es ist die Steigerungsform der Plutokratie, der Herrschaft der Reichen. Die Übergänge sind fließend und laut dem Börsenmakler und Buchautoren Dirk Müller („Mr. Dax") sind wir inzwischen schon ein gutes Stück auf dem Weg vorangekommen.

von Paul Schreyer

Das Buch von Dirk Müller „Machtbeben"

Müller, bekannt sowohl für seinen ökonomischen Sachverstand wie für seinen politischen Klartext, hat diese Woche [Ende August] ein neues Buch vorgelegt, in dem er diese These nicht nur anschaulich belegt, sondern zudem eine Fülle brisanter Informationen zusammenträgt.

Ich habe bislang die ersten hundert Seiten seines Buches „Machtbeben" [1] gelesen und nach dieser Lektüre kann ich das Werk, das dieser Tage auf Platz 7 der Spiegel-Bestsellerliste eingestiegen ist, nur jedem empfehlen. Von besonderem Interesse war für mich Kapitel 2, im Grunde ein 50-seitiges „Buch im Buch", betitelt mit der Überschrift „Die Macht der Plutokraten". Hier kommt der Autor zu ganz ähnlichen Analyseergebnissen wie ich in meinem Buch „Die Angst der Eliten" [2].

Bei einer so deprimierenden Diagnose stellt sich die Frage nach möglichen Auswegen und hier gibt der Autor eine fast schon philosophische Antwort: „Widerstand beginnt mit Achtsamkeit und Respekt, nur gemeinsam sind wir stark". Müller betont, dass das derzeitige System seine Macht auf einer immer weiter vorangetriebenen Spaltung der Menschen begründe, wogegen jeder im Kleinen, in seinem persönlichen Umfeld eine ganze Menge ausrichten könne. Es ist dies für ihn auch eine der Lehren aus dem weitgehenden Scheitern von organisierten Widerstandsbewegungen wie Occupy.

Anonyme Einschüchterungsversuche

In diesem Zusammenhang erinnert er an Wolfram Siener. Der damals 20-jährige hatte im Oktober 2011, auf dem Höhepunkt der Occupy-Bewegung, medial Furore gemacht. In der ZDF-Talksendung von Maybrit Illner stahl er damals den versammelten Politprofis die Show und ging den anwesenden Vertreter des Bankenverbandes frontal an [2a].

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheint jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

Danach stürzten sich die großen Medien auf ihn, durchaus mit Sympathie. Im Spiegel hieß es [3], Siener „bewege“ die Menschen, „weil seine Wut aufrichtig erscheint“. Er sei der „Hoffnungsträger der Generation Occupy“:

„Man kauft ihm die Rolle des Revolutionsführers gerne ab. Weil seine Wut ehrlich wirkt. Weil er sich so aufrichtig über die kaputte Welt empört, dass es plötzlich nicht mehr naiv wirkt, das zu tun. Weil man ihm abkauft, dass es ihm wirklich um die Sache geht und nicht nur darum, ins Fernsehen zu kommen. Am Samstag rissen sich die TV-Teams trotzdem um ihn: Tagesschau, Sat1, ZDF. Dutzende Male erklärt er ihnen in seinem schnellen, gepressten Duktus seine Vision. ‚Es geht um direkte Demokratie‘, sagt er, ‚darum, dass die Bürger sich das Wirtschaftssystem nach ihren Vorstellungen formen und nicht umgekehrt.‘ Verwirklichen sollen diese Vision nicht Parteien, sondern die Bürger selbst: im Internet.“

Viele waren voll des Lobes für den jungen Mann, der eloquent das aussprach, was die meisten fühlten: Das (Geld-)System lenkt die Bürger und nicht umgekehrt. Doch wenig später tauchte Siener ab, verschwand von der Bildfläche, äußerte sich nicht mehr öffentlich. Was war passiert, hatte sich ein junger Mann da vielleicht einfach übernommen?

An die beunruhigende, wenig bekannte Wahrheit erinnert nun Dirk Müller in seinem neuen Buch. Eine Mitarbeiterin Müllers hatte 2013, also zwei Jahre später, Siener erneut interviewt und dabei erfahren, dass der 20-jährige auf dem Höhepunkt seiner Popularität massive Todesdrohungen erhalten hatte, am Telefon, und zwar regelmäßig und über Wochen hinweg:

Solche Einschüchterungsversuche sind tatsächlich häufiger, als viele glauben mögen. Ein mir bekannter Geisteswissenschaftler, der kaum in der Öffentlichkeit steht, und vor einiger Zeit als Referent an einer wissenschaftlichen Tagung teilnahm, in der es auch um Herrschaftskritik ging, berichtete mir vertraulich, dass er am Tag seines Auftritts einen Anruf erhalten hatte, in dem ihm der Mitschnitts eines gerade von ihm geführten privates Telefongesprächs mit einem Familienmitglied nochmals abgespielt wurde. Die Botschaft war kaum misszuverstehen: Wir beobachten Dich, pass auf, was Du gerade tust. Diese Methode schilderte [4] im vergangenen Jahr auch ein CIA-Whistleblower, dem das gleiche passiert war. So etwas scheint zum Standardrepertoire zu gehören.

Karl Kautsky 1854–1938 (Foto: wikimedia, gemeinfrei)

Gegen solche Einschüchterungsversuche hilft nur Transparenz. Dass Dirk Müller diesen Vorgang nun noch einmal in einem Bestseller hervorhebt, kann daher nur dabei helfen, die wirkenden Kräfte und Methoden vielen Menschen noch bekannter zu machen.

Demokratie als Fassade

In seinem Kapitel über die Plutokraten zitiert Müller mehrfach den adligen Vordenker Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894–1972), der bereits in den 1920er Jahren für eine europäische Einigung geworben hatte, mit erheblicher finanzieller Unterstützung durch die Großindustrie. Er gehörte zur obersten Elite der Gesellschaft und war 1950 der erste Träger des Karlspreises, welcher seither vor allem an Staatsführer und Spitzenpolitiker verliehen wird. In seinem 1925 erschienenen Buch „Praktischer Idealismus“ [5] kam Coudenhove-Kalergi dabei zu Schlussfolgerungen (S. 39f), die zeitlos aktuell sind und die Dirk Müller nun zitiert:

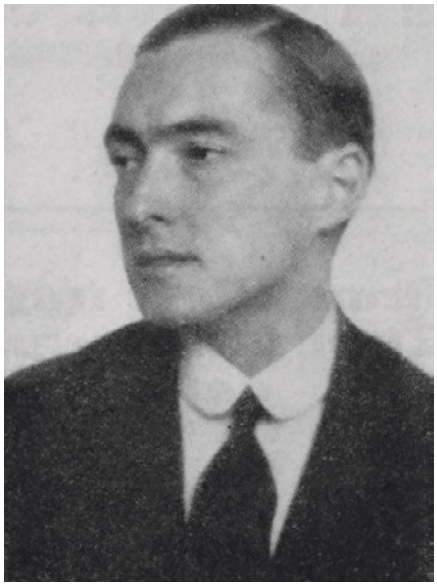
„Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: Weil die Völker nackte Pluto-

Publiziert auf Free21 am 26.10.2018, 6:00 Uhr

kratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. An die Stelle der feudalen Gesellschaftsstruktur ist die plutokratische getreten: nicht mehr die Geburt ist maßgebend für die soziale Stellung, sondern das Einkommen. Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

„Die Klasse, die heute herrscht", so Coudenhove-Kalergi, „ist bar allen Verantwortungsgefühles, aller Kultur und Tradition". Ein Zufall, dass im selben Jahr, in dem diese Worte veröffentlicht wurden, 1925, die SPD ihr radikales Heidelberger Programm [6] beschloss? In diesem Grundsatzprogramm, das über 30 Jahre lang, bis 1959 gelten sollte, hatte der Philosoph Karl Kautsky die entscheidenden Passagen formuliert:

„Die Beherrscher der entscheidenden Großbanken und der entscheidenden Monopole schweißen industrielles und Bankenkapital immer mehr zu einer höheren Einheit zusammen, dem sogenannten Finanzkapital. Dank ihm wird das ganze ökonomische und politische Getriebe im Staate der Botmäßigkeit einiger weniger Finanzmagnaten unterworfen. (…) Ihre Herrschaft ist weniger beschränkt als die der noch übrigbleibenden Monarchen in Europa. (…) Diesen Monopolen gegenüber gibt es nur eine Alternative: Entweder die Gesellschaft fügt sich ihnen und lässt sich von ihnen unterjochen, oder sie bemächtigt sich ihrer. Das letztere wird eine dringende Forderung nicht bloß der von ihnen beschäftigten Arbeiter, sondern der ganzen Gesellschaft."



Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi (1894–1972) war ein österreichischer Schriftsteller, Politiker und Gründer der Paneuropa-Bewegung (Foto: unbekannt, gemeinfrei)

Womit wir wieder bei „Occupy" wären, und den Versuchen, aus der Dunkelheit heraus solche Initiativen – und überhaupt jede ernsthafte Änderung am System – schon in ihren Ansätzen zu verhindern. Man darf gespannt sein, wie die „Aufstehen"-Bewegung [7], die kommende Woche, am 4. September, offiziell starten soll, noch medial und anderweitig in die Zange genommen werden wird.

Unterstütze **Free21.org**

Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Quellen:

[1] Randomhouse, Dirk Müller „Machtbeben": *<https://www.randomhouse.de/Buch/Machtbeben/Dirk-Mueller/Heyne/e538997.rhd>*

[2] Westend Verlag, Paul Schreyer „Die Angst der Eliten – Wer fürchtet die Demokratie?": *<https://paulschreyer.wordpress.com/bucher/>*

[2a] Wolfram Siener bei „Maybritt Illner" am 13.10.2011 im ZDF: *<https://youtu.be/VI4SB9m-FOCA>*

[3] Spiegel Online, Stefan Schultz „Hoffnungsträger der ‚Generation Occupy'": *<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bankenkritiker-wolfram-siener-hoffnungstraeger-der-generation-occupy-a-792029.html>*

[4] Youtube, CIA Agent Whistleblower Risks All To Expose The Shadow Government: *<https://www.youtube.com/watch?v=XHbrOg092GA&feature=youtu.be&t=1m38s>*

[5] Paneuropa-Verlag, R.N.Coudenhove-Kalergi „Praktischer Idealismus": *<https://ia600703.us.archive.org/27/items/RichardCoudenhoveKalergiPraktischerIdealismus/Richard%20Coudenhove-Kalergi%20-%20Praktischer%20Idealismus.pdf>*

[6] Paul Schreyer „Die ferngesteuerte SPD – und ihre vergessenen Wurzeln": *<https://paulschreyer.wordpress.com/2018/01/22/die-ferngesteuerte-spd-und-ihre-vergessenen-wurzeln/>*

[7] Paul Schreyer „Zur neuen Sammlungsbewegung ‚Aufstehen'": *<https://paulschreyer.wordpress.com/2018/08/07/zur-neuen-sammlungsbewegung-aufstehen/>*

Autor: Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für Telepolis und die NachDenkSeiten. Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren" wurde ein Spiegel-Bestseller. Paul Schreyer lebt in Mecklenburg-Vorpommern.

paulschreyer.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst am 30.8.2018 auf paulschreyer.wordpress.com unter der URL ‹https://paulschreyer.wordpress.com/2018/08/30/auf-dem-weg-in-die-kleptokratie/› veröffentlicht. Lizenz: Paul Schreyer

‹http://www.free21.org/?p=30479›

(Foto: Pixabay.de, Lizenz: CCo-1.0)

Den Frieden leben

Anleitung zum praktischen Utopismus: In ihrem Buch „Wir sind Frieden“ stellt die Friedensaktivistin Andrea Drescher Menschen und Konzepte vor, die uns zeigen: Jeder kann sich für eine friedlichere Gesellschaft einsetzen.

von Katrin McClean

Buchcover von „Wir sind Frieden“ von Andrea Drescher

Was ist Friedensaktivismus? Wo beginnt er und was zählt alles noch mit dazu? Wer Friedensbewegung hört, der denkt automatisch an Großdemonstrationen mit Hunderttausenden von Teilnehmern. Die allerdings sind spätestens seit 2003 vorbei oder zumindest vorläufig Geschichte. Und das wiederum lässt so manchen in Hoffnungslosigkeit verfallen.

Der Versuch von 2014, mit über hundert Mahnwachen für den Frieden in deutschen, schweizerischen und österreichischen Städten wieder eine größere Friedensbewegung aufleben zu lassen, scheint gescheitert. Diffamierungen von außen sowie Streitigkeiten und Zerwürfnisse von innen sorgten dafür, dass nur wenige dieser Mahnwachen bis heute aktiv geblieben sind. Ihre Wahrnehmung in der breiten Öffentlichkeit geht gegen Null.

Die Ukraine-Krise, die damals zu den wichtigsten Auslösern dieser Bewegung gehörte, ist noch immer nicht gelöst und die öffentliche Dämonisierung Russlands geht weiter. Deutschland schmiedet weitere Aufrüstungspläne und mischt in illegalen Angriffskriegen in Nahost und Nordafrika mit, um die Freiheit von Öl-Konzernen und Rüstungsindustrie zu verteidigen.

Währenddessen lassen sich die Deutschen und ihre Nachbarn wahlweise von den Zwängen des Geldverdienens beherrschen und / oder von medialen Parallelwelten und politischen Märchen ablenken, darunter auch dem von der Demokratie im eigenen Land.

Digitale Medien treiben die emotionale Abstumpfung ganzer Generationen voran und gehören damit auch noch zu den erfolgreichsten Wirtschaftsbranchen der westlichen Welt. Kann man da überhaupt noch für Frieden aktiv sein?

„Man kann es und muss! Mehr denn je!“, sagt Andrea Drescher und stellt zum Beweis 37 Friedensaktivisten in ihrem Buch „Wir sind Frieden“ vor. Der Porträtsammlung ist ein Beitrag vorangestellt, der Möglichkeiten aufzählt, die man in unserer Gesellschaft (noch) hat, um für eine bessere Welt einzutreten [1].

Ein Teil davon, etwa vegane oder zumindest vegetarische Ernährung, der Verzicht auf Plastikverpackungen oder das Bestehen auf fairen Handelsbeziehungen, ist inzwischen in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Es gibt kaum

Publiziert auf Free21 am 23.11.2018, 6:00 Uhr

einen Supermarkt, der nicht die Papiertüte oder vegane Produkte anbietet, was man ja durchaus als Beweis dafür sehen kann, dass dringend notwendige Ideen ihren Weg in den freien Markt finden.

Es ist zumindest auch ein Sieg der ökologischen Vernunft, wenn Tierschutz und Umweltschonung zum Trend werden. So gesehen beginnt Friedensbewegung beim bewussten Konsum.

Aber die Palette der Handlungsmöglichkeiten, die Andrea Drescher darlegt, geht viel weiter, muss auch weitergehen. Denn selbst mit veganen Produkten bleibt man letztendlich noch dem Zwang von Gewinn, Rendite und Wachstum verhaftet.

Andrea Drescher selbst ist ein Beispiel für konsequenten Konsumverzicht. Als Selbstversorgerin macht sie sich beinahe unabhängig von Geld und berät andere, die den Weg in ein autarkes Leben wagen wollen. Gingen alle Menschen diesen Weg, könnten globale Finanzkartelle oder Branchen wie die Rüstungsindustrie schlichtweg nicht weiter existieren. Schön wäre es, doch von unrealistischem Sendungsbewusstsein ist Andrea Drescher frei.

Das Schöne an ihrem Buch „Wir sind Frieden" ist, dass es zeigt, wie unsere Gesellschaft an allen Ecken und Enden Veränderung braucht und auf eigenverantwortliches Handeln wartet.

„Unser System ist einfach nicht mehr zeitgemäß", lässt sie den Anti-TTIP-Aktivisten Gernot Almesberger aus Österreich feststellen. Das wirft die Frage auf: Woher kann die Veränderung eines Systems kommen, welches nicht mehr in der Lage ist, ihre selbst verursachten Probleme zu meistern.

Aussteigen oder Einsteigen?

Ein Teil der Friedensaktivisten sieht die Lösung im kompletten Ausstieg.

Drescher porträtiert aber auch Menschen, die vorhandene Strukturen nutzen, um dem Prinzip „Gier nach Rendite" ein Handeln aus Vernunft entgegenzusetzen. Darunter fällt etwa ein Unternehmer, der sich in der österreichischen Wirtschaftskammer für die Etablierung der Gemeinwohlökonomie in Österreich einsetzt und sein Institut für nachhaltiges Wirtschaften bewusst „Friedensakademie" nennt. Für ihn ist die neoliberale Wirtschaftspolitik eine Kriegserklärung an die nachfolgenden Generationen, die ihre Verteidiger im Heute dringend brauchen.

Über solche und ähnliche Beispiele hinaus treffen wir im Buch „Wir sind Frieden" auf viele Aktivisten, die mit den Mahnwachen von 2014 erstmals oder seit Längerem wieder politisch aktiv geworden sind. Viele von ihnen gehen nicht mehr zu den Kundgebungen, haben aber dennoch ein dauerhaftes persönliches Engagement gefunden. „In der Friedensbewegung muss es alles geben", ist das Motto eines Einzelaktivisten, und das belegt Andrea Drescher mit ihrem Buch.

Aufklärung

Wenn das erste Opfer des Krieges die Wahrheit ist, dann gehören Initiativen, um verschwiegene Wahrheiten unters Volk zu bringen, zum ältesten Mittel der Friedensbewegung. Man erinnere, Hans und Sophie Scholl wurden wegen der Verteilung von Flugblättern hingerichtet. Eine der „dienstältesten" Friedensaktivistinnen in Deutschland, Fee Strieffler, kommt im Buch zu Wort. Sie verbreitet mit ihrem Mann Wolfgang Jung seit den siebziger Jahren alarmierende Informationen über die NATO. Beide kassierten Berufsverbote beziehungsweise berufliche Einschränkungen. Heute engagieren sie sich als Aufklärer gemeinsam mit einstigen Vertretern der Mahnwachen und weiteren Aktivisten für die Stopp Airbase Ramstein Kampagne.

Seit 2014 sind neue Aufklärungsmagazine entstanden. Andrea Drescher schreibt für Free21 und stellt uns Gründer Tommy Hansen und Verleger Lukas Puchalski vor. Weiterhin erfahren wir von Mark Bartalmai, dem einzigen Journalisten, der sich dauerhaft in die Ost-Ukraine wagte und vom deutschen Journalismus wegen seiner Berichte im Internet regelrecht bekämpft wurde.

Sensibilisierung

Kein Krieg ohne Feindbild, kein Krieg ohne Angst vorm anderen - das sind Erkenntnisse, die sich immer stärker durchsetzen und Psychotherapie im Licht des Friedensaktivismus erscheinen lassen. Andrea Drescher interviewt SozialtherapeutInnen, die ihre Arbeit, wie zum Beispiel Achtsamkeitstraining, als Beitrag zur Friedensbewegung verstehen. Für die es weniger um die Stärkung eines Ichs geht, das sich für die Herausforderungen eines neoliberalen „Homo Oeconomicus" wappnet. Für die es vor allem um die Befähigung zum „Wir" geht, um die Fähigkeit, Barrieren und Feindbilder wahrzunehmen und das Aufeinander-Zugehen zu erproben, um die eigene Isolation zu überwinden.

Ein Training des Miteinanders und der gegenseitigen Akzeptanz als Gegenentwurf zu einer Politik der Blockbildung, Boykottierung und Bestrafung – im Kleinen wie im Großen.

Solidarität und Hilfeleistung

Wo Feindbilder geschürt und militärische Fronten gebildet werden, müssen sich Menschen verbinden, um Kriege zu verhindern, ihre Folgen zu lindern oder sie endgültig zu beenden.Auch das ist ein Ansatz für Friedensaktivismus. Etwa für die Teilnehmer der „Druschba-Fahrten" von 2016 und 2017. Mit Freundschaftstreffen in zahlreichen russischen Städten wollen die deutschsprachigen „Friedensfahrer" ein Zeichen gegen den Konfrontationskurs der deutschen Regierung setzen.

Andere Friedensaktivisten, die uns im Buch „Wir sind Frieden" vorgestellt werden, engagieren sich konkret in Hilfsprojekten für die Opfer von Kriegen. Der Erlös vom Verkauf des Buches kommt so auch dem Hilfsverein Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe e.V. zugute, der sich derzeit in der Ost-Ukraine engagiert, für die Kriegsopfer auf Seiten der Donezker und Lugansker Volksrepubliken, die ansonsten nur sehr wenig internationale Beachtung finden.

Eine Ausnahmeerscheinung unter den vorgestellten Friedensaktivisten ist wohl der Hamburger Schneidermeister Marco Glowatzki. Der ist auf eigene Faust nach Syrien gezogen und hat dort eine Ausbildungsstätte für Modeschneiderei eröffnet, um so ein deutliches Zeichen gegen die Blockadepolitik der Bundesregierung gegen Syrien zu setzen [2].

Ein neuer Trend?

Insgesamt hat man den Eindruck, dass sich mit der neuen Generation von Friedensaktivisten auch ein neuer Trend durchsetzt. Während sich die Generation der Friedensbewegten in den siebziger und achtziger Jahren gern mit Attributen wie „Entschlossenheit“ und „Kampfeswillen“ schmückten, setzt sich heute der Gedanke durch: Gewalt lässt sich nicht durch Gewalt besiegen. Und vor allem: Menschlichkeit lässt sich nicht mit Gewalt erzwingen.

Es geht darum, die Logik der Gewalt zu durchbrechen, Fronten zu überwinden, Brücken zu bauen und auch im Andersdenkenden den Mitmenschen zu sehen. Der Druck auf den Einzelnen ist die Kriegserklärung des Neoliberalismus, Solidarität und Bildung von Gemeinschaften die Botschaft des Friedens.

Gemeinschaft als Erfolgskonzept des Widerstandes. Am Beispiel einer Landwirtschaftsgenossenschaft in Österreich wird exemplarisch gezeigt, wie mehrere Bauern durch ihren Zusammenschluss dem sicheren Untergang entgehen konnten.

Das Buch ist eine Einladung, an diesem „Wir für eine bessere Welt“ teilzunehmen, mit einer eigenen Idee, einem Ansatz, der im persönlichen Leben in Beruf und Region machbar ist. Es zeigt vor allem: Machbar ist vieles, und alles stärkt die bereits vielfach vorhandenen friedlichen Kräfte in dieser Welt.

Was ich mir gewünscht hätte

Die aus Westdeutschland stammende Autorin lebt in Österreich, was sich in der Auswahl der Interviewpartner widerspiegelt. Zehn Österreicher und überwiegend „westdeutsche“ Friedensaktivisten prägen das Bild. Zum Unfrieden in Deutschland gehört für mich aber auch die Entmündigung in den neuen Bundesländern. An die neunzig Prozent aller höheren Entscheidungsträger im Osten Deutschlands sind in den alten Bundesländern sozialisiert.

Schade, dass sich dieses Missverhältnis auch im Friedensbuch von Andrea Drescher wiederherstellt. Auch hier kommen nur wenige „Ossis“ zu Wort. Obwohl doch ausgerechnet in Dresden und Cottbus die Mahnwachen außergewöhnlich stabil geblieben sind und eine wichtige Alternative zu Pegida darstellen.

Auch die Darstellung der älteren Generation von Friedensaktivisten hätte ich mir noch stärker gewünscht. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Die Interviews entstammen einer Serie, die auf Free21 erschien, und dort ja vielleicht fortgesetzt wird.

„Wir sind Frieden“ kann ab sofort in Deutschland bei www.nuoviso.tv oder http://city-werbung-nb.de/, in Österreich bei www.bioveganversand.at bestellt werden. **Der Erlös kommt zu 100 Prozent dem gemeinnützigen Verein Friedensbrücke Kriegsopferhilfe e.V. zugute.** Eine Hörbuchfassung sowie eine barrierefreie PDF-Datei kann auf www.fbko.org bestellt werden.

Die Ramstein Air Base (Foto: Wikimedia, Lizenz: public domain)

Quellen:

[1] Rubikon, Andrea Drescher, „Jeder ist Teil der Veränderung“, am 01.07.2017, *<https://www.rubikon.news/artikel/jeder-ist-teil-der-veranderung>*

[2] Rubikon, Katrin McClean, „Der unsichtbare Krieg“, am 28.04.2017, *<https://www.rubikon.news/artikel/der-leise-tod>*

Autor: Katrin McClean

schreibt Krimis für Erwachsene und Detektivhörspiele für Kinder. Als Friedensaktivistin ist sie der Verbreitung von Feindbildern als Mittel der medialen Kriegsführung auf der Spur.

www.katrinmcclean.de

Dieser Text wurde zuerst am 17.07.2018 auf Rubicon unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/den-frieden-leben-99ac2f9c-cb3d-49eb-9416-367e01dcc7e9› veröffentlicht. Lizenz: Katrin McClean, Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=30758›

Publiziert auf Free21 am 23.11.2018, 6:00 Uhr

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Druck-Abonnent erhält je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite der kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Druck-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Druck-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:

Abweichende Lieferanschrift:

Str., Nr.:

Name

PLZ, Ort:

Str., Nr.:

E-Mail:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Heinz-Wassen-Str. 6, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2019: 20.2.19/20.4.19/20.6.19/20.8.19/20.10.19/20.12.19

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2019 gedruckt. Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare werden ca. 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Druck-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Druck-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Free21

Der Free21-Stammtisch in Karlsruhe:

Im „Stammtisch-Prinzip“ treffen sich Free21-Leser und Interessierte im Raum Karlsruhe zum geopolitischen und gesellschaftskritischen Gedankenaustausch. Willkommen sind alle Menschen, die die Vision einer friedlichen und freien Welt haben.

Nächster Stammtisch am 21. Januar 2019, 19 Uhr in der „Süßen Marie Veganerie“ Rüppurrer Straße 106 76137 Karlsruhe

Das Free21-Prinzip:

Nicht mehr selbst ausdrucken?

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Wir wollen unsere Website Free21.org weiterentwickeln und suchen dafür auf ehrenamtlicher Basis einen engagierten

Webmaster

der oder die sich mit Wordpress, PHP und CSS solide auskennt. Es müsste ausreichend Expertise vorhanden sein, um für größere Projekte externe Dienstleister briefen und kontrollieren zu können.

Wer uns dabei unterstützen kann, schreibt an: team@free21.org